B6897F

Informationen

313 zur politischen Bildung

bpb:

4/2011

Türkei

Inhalt

Vom Reich zur Republik: die „kemalistische Revolution“ ... 4
Mustafa Kemal und die Gründung der Republik ... 4
„Europäisierung“ und Säkularisierung ... 7
Die kemalistischen Prinzipien ... 10

Ideologische Grundlagen und Verfassungsrahmen ... 11
Das republikanische Prinzip ... 11
Nationalismus als gesellschaftlicher Kitt ... 12
Panturkismus und Neonationalismus ... 13
Minderheitenpolitik ... 14
Die Kurdenfrage ... 16
Was heißt „laizistischer Staat“? ... 20
Verfassungen als Ergebnis politischer Konfliktlagen ... 22
Kommt nun eine „zivile“ Verfassung? ... 25

Die politische Praxis: Institutionen und Verfahren ... 26
Wahlsystem und Regierungen seit 1950 ... 26
Parteienlandschaft nach 2002 ... 28
Parlament, Regierung und Präsident ... 32
Justiz: Reformen und „altes Denken“ ... 33
Militär: Vormund der Republik? ... 35
Der „tiefe Staat“ und Ergenekon ... 37

Wirtschaft und Gesellschaft ... 40
Industrielles „Schwellenland“ ... 40
Bevölkerungsentwicklung ... 41
Wirtschaftlicher Strukturwandel ... 42
Energiepolitik ... 42
Außenhandel, Direktinvestitionen und Tourismus ... 43
Wirtschaftliche Ungleichheit ... 45
Binnenwanderung und Verstädterung ... 46
Bildungswesen ... 46
Stellung der Frauen ... 47
Rolle der Zivilgesellschaft ... 48

Zwischen Tradition und Neuorientierung: die Außenpolitik ... 51
„Friede daheim, Friede in der Welt“ ... 51
Westorientierung im Kalten Krieg ... 52
Türkisch-griechische Konflikte um Zypern und die Ägäis ... 52
Initiativen nach dem Ende des Ost-West-Konflikts ... 54
Die „neue“ Außenpolitik in der AKP-Ära ... 55
Perspektiven des EU-Beitritts ... 60

Herausforderungen im 21. Jahrhundert ... 62

Zeittafel: Republik Türkei (1918-2011) ... 63
Literaturhinweise ... 66
Internetadressen ... 66
Der Autor ... 67
Impressum ... 67

Editorial

In den fast 90 Jahren seit ihrer Gründung im Jahre 1923 hat die Republik Türkei, die *Türkiye Cumhuriyeti,* einen Modernisierungsprozess durchlaufen, der ihre Gesellschaft, Wirtschaft und Politik grundlegend verändert hat. Angestoßen wurde der Prozess von Staatsgründer Mustafa Kemal Atatürk, der nahezu vollständig mit den osmanischen Traditionen brach und die Republik nach dem Vorbild der „modernen" europäischen Staaten gestaltete. Seine Reformen wurden getragen von einer Elite aus Vertretern des Staatsapparates, des Militärs und Angehörigen der säkularen Bildungsschichten. Diese Elite dominierte lange den Staat und verteidigt die kemalistischen Prinzipien bis heute.

Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung blieb dagegen weiterhin den Traditionen verbunden, zu denen vor allem die Zugehörigkeit zum Islam zählt. Ihre Interessen sehen viele durch die „Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung", kurz AKP, vertreten. Diese im politischen Islam wurzelnde Partei sieht sich als wertkonservativ und wirtschaftsliberal im Sinne einer „konservativen Demokratie". Seit 2002 beherrscht die AKP die Parteienlandschaft und gewann im Juni 2011 zum dritten Mal in Folge die Parlamentswahlen. Sie hat in ihrer bisherigen Regierungszeit die staatliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Modernisierung vorangetrieben und die politische Integration neuer Eliten befördert. Gleichzeitig bewirkte sie eine Verstärkung, manche würden auch sagen Verschärfung, der innergesellschaftlichen Debatten.

Insbesondere die traditionelle kemalistische Auffassung von Nation und laizistischem Staat wird intensiv diskutiert. Die Mehrheit der türkischen Bevölkerung sieht sich als Teil einer einheitlichen, ethnisch geprägten türkisch-muslimischen Nation, in der Minderheiten wie die Kurden, die Griechisch-Orthodoxen oder die Aleviten um Anerkennung ringen. In den vergangenen Jahren hat es im Zuge der EU-Beitrittsverhandlungen vonseiten der AKP-Regierung Zugeständnisse gegeben, aber ein tragfähiger gesellschaftlicher Kompromiss steht noch aus. Auch in der Frage, welche Bedeutung der Religion im öffentlichen Leben zukommen sollte, ist die Gesellschaft gespalten. Während die Kemalisten Religion als strikte Privatangelegenheit betrachten und ihr keinen Einfluss auf Politik und Gesellschaft einräumen wollen, sprechen sich andere dafür aus, der Religion im öffentlichen Raum mehr Platz zu geben.

Seit 1923 hat sich die Türkei von einer stark agrarisch geprägten Volkswirtschaft zu einem industriellen Schwellenland gewandelt. Im Jahr 2010 nahm sie Rang 17 auf der Liste der stärksten Volkswirtschaften weltweit ein. Sie ist zudem Mitglied der G-20, der Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer. Verbunden war und ist diese wirtschaftliche Entwicklung mit einer Abwanderung der Bevölkerung in die Städte: Lebten bis in die 1950er-Jahre noch rund 70 Prozent der Menschen auf dem Land, so hat sich das Verhältnis heute umgekehrt. Die Türkei ist zu einem interessanten Wirtschaftsstandort geworden, der auch immer mehr Türkeistämmige Deutsche anzieht. Allerdings sind die regionalen Ungleichgewichte und die Unterschiede in der Einkommensverteilung weiterhin sehr groß.

Auch außenpolitisch orientiert sich die Türkei neu. Waren zu Atatürks Zeiten noch Europa und die USA bevorzugte Partner, so intensiviert die Regierung in Ankara inzwischen ihre Kontakte unter anderem mit dem Nahen Osten, mit Russland, mit den zentralasiatischen Staaten und mit Fernost. Für viele Menschen in den Ländern des „Arabischen Frühlings" ist sie zum Vorbild geworden.

Tatsächlich hat die fortschreitende Modernisierung zu einer „gesellschaftlichen und ideologischen Pluralisierung und Demokratisierung" (Heinz Kramer) geführt, in der zivilgesellschaftliche Bewegungen an Einfluss gewinnen, das Militär politisch an Bedeutung verliert und neue Eliten aus der Mitte der Gesellschaft entstehen. Doch vollzieht sich dies nicht gleichmäßig und nicht ohne Konflikte und Rückschläge. Vorerst bleiben Fragen offen: „Wie europäisch ist die Türkei?", „Welche Rolle spielt die Religion?", „Wie viel politischer Liberalismus und gesellschaftliche Pluralität sind mit den türkischen Traditionen vereinbar?", „Ist die Türkei noch im Westen verankert oder orientiert sie sich zur islamischen Welt hin?" Auf diese Fragen, die auch in der türkischen Öffentlichkeit häufig und kontrovers diskutiert werden, versucht der Autor dieses Heftes eine Antwort zu geben.

Jutta Klaeren

Heinz Kramer

Vom Reich zur Republik: die „kemalistische Revolution“

Die Gründung der Republik Türkei im Oktober 1923 bedeutete eine tiefgehende Zäsur für die dort lebenden Menschen. Von ihrem Schöpfer Mustafa Kemal wurde sie als fundamentaler Bruch mit der Vergangenheit des Osmanischen Reiches gestaltet und in autoritärer Weise durchgesetzt.

Achim Pohl / imagetrust

Denkmal Mustafa Kemals in Iskenderun: Bis heute wird der Freiheitskämpfer und Republikgründer als „Vater der Türken“ (= Atatürk) verehrt.

Das Osmanische Reich hatte im Ersten Weltkrieg an der Seite Deutschlands und seiner Verbündeten gegen die Alliierten (England, Frankreich, Russland und ihre Verbündeten) gekämpft. Es gehörte folglich zu den Verlierern dieses Krieges. Die Alliierten unter britischer Führung besetzten große Teile Anatoliens. Sie ließen aber die Regierung unter Sultan Mehmet VI., die nach der Flucht der jungtürkischen Kriegsregierung von Enver Paşa (Pascha) nach Deutschland im Herbst 1918 an die Macht gekommen war, im Amt und verzichteten auf die Errichtung eines Besatzungsregimes in Istanbul. Politisch blieb das Reich also in den von den Alliierten gesetzten Grenzen handlungsfähig.

Es nahm daher auch an den Friedensverhandlungen bei Paris teil, mit denen 1919/1920 der Krieg offiziell beendet wurde. Dabei konnte und wollte die osmanische Regierung den alliierten Forderungen wenig entgegensetzen und unterzeichnete am 10. August 1920 nach anfänglichen Protesten die Bedingungen des Vertrages von Sèvres. Er sah vor, Anatolien bis auf ein relativ kleines Gebiet im Zentrum weitgehend unter den Siegermächten Frankreich, Italien, Griechenland und Russland aufzuteilen. Als diese Pläne im Sommer 1919 Gestalt annahmen, rührte sich Widerstand, der vor allem von in den Untergrund gegangenen jungtürkischen Gruppierungen getragen wurde.

Aus diesem Widerstand sollte die Republik Türkei hervorgehen, deren Gründung vorwiegend das Werk von Mustafa Kemal (Atatürk) war und einen radikalen Bruch mit dem osmanischen Staat und seiner Gesellschaft bedeutete. Grundlegender politischer und institutioneller Wandel stand so schon am Anfang des neuen Staates. Die nachfolgende Entwicklung der Republik bis heute kann als Anpassung an die damals vorgenommenen Umwälzungen gesehen werden, die immer noch nicht vollständig bewältigt wurde.

Mustafa Kemal und die Gründung der Republik

Mit der Proklamation der Republik am 29. Oktober 1923 trat die „kemalistische Revolution“ in ihre entscheidende Phase: Nach der völkerrechtlichen Konsolidierung des neuen Regimes durch den Vertrag von Lausanne vom Juli 1923, der den Vertrag von Sèvres ersetzte, ging es nun darum, den neuen türkischen Staat gemäß den Vorstellungen seines Schöpfers Mustafa Kemal (1881-1938) aufzubauen. Dieser verfolgte eine Politik des radikalen Bruchs mit der Vergangenheit. Alles, Staat und Gesellschaft, sollte grundlegend

neu geschaffen werden. Vorbild dafür waren die „moderne“ europäische „Zivilisation“ jener Tage und die nationalstaatszentrierte europäische politische Ideologie des ausgehenden 19. Jahrhunderts.

Die kemalistische Reformpolitik war jedoch nicht ohne Voraussetzungen. Insbesondere die jungtürkische Herrschaft ab 1908 und die ihr zugrunde liegenden politischen Ideen haben Mustafa Kemal und seine politische Weltsicht und damit auch sein politisches Wirken als „Vater“ (Atatürk) der modernen Republik Türkei entscheidend geprägt. Damit sind aber auch – gewollt oder ungewollt – die Traditionslinien osmanischer Modernisierungspolitik seit dem frühen 19. Jahrhundert in das Projekt der Republik Türkei eingeflossen. Europa wurde zum umfassenden Vorbild für einen großen Teil der kulturellen, aber auch der politischen und militärischen Eliten des Osmanischen Reiches.

Mustafa Kemal war ein Kriegsheld. Der General genoss im Kreise der Armee und darüber hinaus hohes Ansehen. Außerdem war er ein Angehöriger des jungtürkischen „Komitees für Einheit und Fortschritt“, das als militärischer Geheimbund seit seinem ersten revolutionären Auftreten 1908 zur wesentlichen Triebkraft der politischen Umwälzungen des Osmanischen Reiches vor und während des Ersten Weltkriegs geworden war. Mustafa Kemal war völlig vom national-säkularistischen Gedankengut des Komitees durchdrungen, und dessen autoritärer Politikstil fand ebenfalls seine Billigung. Für ihn war deshalb der neue türkische Staat nur als einheitlicher Nationalstaat auf der Grundlage einer strikten Trennung von Staat und Religion vorstellbar und musste notfalls auch gegen den Widerstand des Volkes oder oppositioneller Kräfte durchgesetzt werden.

Unter den Führungspersonen des nationalen Widerstandes gegen die europäischen Siegermächte war Mustafa Kemal der bei weitem politisch energischste, zielstrebigste und skrupelloseste. Er hatte ein klar umrissenes politisches Programm – die Wiederherstellung des Vaterlandes als türkischer Nationalstaat unter seiner Führung –, das er unnachgiebig verfolgte. Darin hatte das osmanische Fürstenhaus nur noch einen taktischen, aber keinen grundsätzlichen Platz mehr. Mustafa Kemal war nicht bereit, sich in das Istanbuler Herrschaftssystem einzuordnen. Dieses sollte durch sein eigenes, neues abgelöst werden.

Er konzentrierte sich darauf, den nationalen Widerstand in den nicht von alliierten Truppen besetzten Gebieten des Reiches, das heißt in Ost- und Zentralanatolien sowie entlang der Schwarzmeerküste, zu organisieren. Sein politisches Programm wurde im Sommer 1919 auf verschiedenen von Mustafa Kemal in anatolischen Provinzzentren organisierten Kongressen des Widerstandes im „Nationalpakt“ konkretisiert. In ihm wurden die Grenzen des neuen türkischen Staates bestimmt. Dieser sollte weitgehend auf das anatolische Gebiet des Reiches mit einem Teil des europäischen Thrakiens beschränkt sein. Gleichzeitig wurde die türkische Nation als Souverän zum ideellen Träger des neuen Staates erklärt, der über die volle nationale Unabhängigkeit verfügen sollte.

Die Führung des Widerstandes, das „Komitee der Repräsentanten“ der „Gesellschaft zur Verteidigung der Rechte Anatoliens und Rumeliens“ unter der Leitung von Mustafa Kemal, verlegte ihr Hauptquartier im Dezember 1919 in die kleine Stadt Ankara, die ein zentralanatolischer Knotenpunkt im Telegrafen- und Eisenbahnnetz war. Seine fast dauerhafte Anwesenheit in Ankara machte Mustafa Kemal zum „natürlichen“ Zentrum des politischen Geschehens.

Im März 1920 besetzten die Briten Istanbul und lösten das osmanische Parlament auf, in dem inzwischen die Kräfte des Widerstandes den Ton angaben. Mustafa Kemal lud daraufhin die Abgeordneten nach Ankara ein, wo sich am 23. April 1920 die Große Nationalversammlung konstituierte. Damit entstand ein zweites voll funktionsfähiges und legitimiertes politisches Zentrum, das sofort die politische Souveränität für sich beanspruchte. Entscheidungen

Sabine Kleefisch, Bonn

Im heutigen „Museum des Befreiungskrieges“ in Ankara konstituiert sich am 23. April 1920 die Große Nationalversammlung. Einen Tag später wählen die 115 Abgeordneten Mustafa Kemal einstimmig zum Parlamentspräsidenten.

ullstein bild – Roger-Viollet / Maurice Branger

Smyrna (Izmir) ist zwischen Griechen und Türken umkämpft. Nach der Rückeroberung durch die türkische Armee im September 1922 flieht ein Großteil der griechischen Bevölkerung. Viele Menschen werden über das Meer evakuiert.

der Istanbuler Regierung des Sultans wurden von Ankara nicht mehr anerkannt. Zur Stärkung seiner Position in der recht heterogen zusammengesetzten Nationalversammlung sammelte Mustafa Kemal im Mai 1921 seine engeren Anhänger in der „Gruppe zur Verteidigung der Rechte", der Vorläuferorganisation der späteren Republikanischen Volkspartei (CHP).

Als Vorsitzender der Nationalversammlung und Chef der von ihr gestellten Regierung stellte er zunächst die Befreiung des Vaterlandes von den europäischen Besatzern und die Revision des Vertrages von Sèvres in den Vordergrund seiner Anstrengungen. Die Berufung auf diese nationalen Ziele half ihm, sich auch in kritischen Situationen gegen Widerstand in der Versammlung durchzusetzen.

Hauptaktivität der nationalen Unabhängigkeitsbewegung war der Kampf gegen die griechischen Besatzungstruppen in Westanatolien. Die französischen und italienischen Truppen hatten vorher die von ihnen besetzten Gebiete im Süden aufgrund der in der europäischen Bevölkerung nach den Pariser Friedensschlüssen (1919/1920) um sich greifenden Kriegsmüdigkeit freiwillig geräumt. Russland hatte schon im Anschluss an die bolschewistische Revolution (1918) einen Ausgleich mit Ankara gesucht. Das führte zur Konsolidierung und Befriedung an den Nord- und Ostgrenzen. Mit dem Sieg über die griechische Armee in Westanatolien Anfang September 1922 wurde der nationale Befreiungskampf erfolgreich beendet. Faktisch war damit Anatolien in den Grenzen des Waffenstillstandes von 1918 nunmehr von fremden Truppen, aber auch von „fremder", das heißt vor allem griechischer und armenischer Bevölkerung „befreit".

Im Anschluss an den Vertrag von Lausanne (1923) fand ein vertraglich vereinbarter Bevölkerungstausch statt, bei dem die gesamte griechisch-orthodoxe Bevölkerung Anatoliens, mit Ausnahme der Griechen Istanbuls, nach Griechenland und die gesamte muslimische Bevölkerung Griechenlands, mit Ausnahme der Muslime Westthrakiens, in die Türkei umgesiedelt wurden. Insgesamt zogen in den Jahren von 1912 (Beginn der Balkankriege) bis zum Abschluss des Austausches 1924 circa 400 000 Muslime aus Griechenland in die Türkei und etwa 1,2 Millionen Griechen in die Gegenrichtung.

Zu Beginn der Republik bestand deren Bevölkerung nunmehr zu 98 Prozent aus Muslimen. Nicht-muslimische Minderheiten gab es praktisch nicht mehr: Die griechische Bevölkerung war von circa zwei Millionen auf 120 000 (vorwiegend in Istanbul lebend) geschmolzen, die Armenier von über 1,5 Millionen auf 65 000 (ebenfalls überwiegend in Istanbul). Letztere waren vor allem der gezielten Vernichtungspolitik der jungtürkischen Führung in der Frühphase des Ersten Weltkriegs 1915 zum Opfer gefallen.

Der nationale Widerstand unter der Führung Mustafa Kemals hatte das „Diktat von Sèvres" vollständig revidiert. Gleichzeitig war in Ankara das politische Zentrum einer neuen Türkei entstanden, deren Leitbild die nationale Unabhängigkeit war. Ebenso waren die ethnischen Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die islamische Religion zu einem natürlichen Identitätsfaktor der künftigen türkischen Nation werden konnte. Zunächst jedoch kam es Mustafa Kemal darauf an, den militärischen Erfolg politisch zu konsolidieren und die Türkei auch zu einem anerkannten, gleichberechtigten Mitglied der Staatengemeinschaft Europas zu machen. Das geschah mit dem Vertrag von Lausanne im Juli 1923.

Aus türkischer Sicht ist am Lausanner Vertrag vor allem bemerkenswert, dass damit das neue Regime in Ankara international anerkannt wurde. Die Türkei verhandelte in ihrer Wahrnehmung zudem nicht als eine Verliererin des Ersten Weltkriegs über die endgültige Friedensregelung, sondern als Siegerin des nationalen Befreiungskampfes über die internationale Anerkennung der Grundsätze des Nationalpakts. Mit Lausanne wurde die Türkei in dieser Perspektive ein vollkommen gleichberechtigtes Mitglied der europäischen Staatenwelt.

ullstein bild – histopics

Gruppenfoto der türkischen Delegation mit ihrem Leiter, Außenminister İsmet İnönü (vorne, 4. v. l.), in Lausanne im Juli 1923. Die Verhandlungen sind ein voller Erfolg: Der Vertrag von Lausanne beendet den Konflikt mit den Alliierten und bringt der Türkei die internationale Anerkennung.

Das neue türkische Regierungssystem blieb bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs praktisch unverändert: Der Präsident der Republik war das Zentrum der Macht. Der Ministerpräsident war sein exekutiver Arm. Die Gesetze wurden im geschlossenen Kreis der CHP-Führung erörtert und dann der Nationalversammlung zur formalen Verabschiedung vorgelegt. Damit war das Instrumentarium geschaffen, mit dem Mustafa Kemal seine neue Türkei aus dem vom ununterbrochenen zehnjährigen Krieg (1912-1922) und seinen Folgen ruinierten Anatolien bauen wollte. In den Augen seiner Anhänger und zahlreicher Landsleute hatte er es vor der Vernichtung durch die europäischen Mächte gerettet.

„Europäisierung“ und Säkularisierung

Mit dem Lausanner Vertrag und der Ausrufung der Republik war die Hülle des türkischen Nationalstaats entstanden. Allerdings fühlte sich nur eine Minderheit der Bewohner Anatoliens als Türken im Sinne eines Staatsvolks. Die Idee der Volkssouveränität mochte zwar in der Verfassung der Republik zum Ausdruck gebracht werden, in den Köpfen der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger war sie nicht vorhanden. Dies zu ändern, war eines der erklärten Ziele von Mustafa Kemals Reformpolitik.

Der erste Schritt war die Abschaffung des Kalifats am 3. März 1924 und die anschließende Ausweisung aller Angehörigen der Herrscherfamilie. Ihm folgte die Verabschiedung der Verfassung am 20. April 1924, mit der die Republik konsolidiert wurde und die bis 1961 im Wesentlichen unverändert blieb. Im Anschluss ging Mustafa Kemal daran, die türkische Bevölkerung von bestimmten islamischen Traditionen zu „befreien“.

Den Anfang machte das Hutgesetz vom 25. November 1925, mit dem der Fez verboten und der Hut ab November 1928 als Kopfbedeckung der Männer vorgeschrieben wurde. Die Bekleidung der Frauen wurde jedoch nicht reglementiert, insbesondere wurde der „Schleier“ nicht verboten, wenngleich er in den Augen Mustafa Kemals und seiner Anhänger verpönt war. Am 30. November 1925 wurden die Konvente der Derwischorden aufgelöst und die traditionelle Verehrung von Sultans- und Heiligengräbern verboten. Das war ein Schlag gegen den in Anatolien weit verbreiteten Volksislam. Jenseits der Moscheen gab es keine zulässigen Stätten religiöser Verehrung mehr. „Religiöse Kleidung“ durfte nur von Geistlichen und nur bei religiösen Anlässen getragen werden.

Die heute in der Türkei hoch aktuelle Auseinandersetzung über das „Kopftuch“ (*türban*) der gläubigen Studentinnen zeigt, dass mit dem Hutgesetz die Frage der Bekleidung als

ullstein bild – imagebroker.net / Karl F. Schöfmann

Der Fez, die traditionelle Kopfbedeckung des Mannes im Osmanischen Reich, wird mit dem Hutgesetz von 1925 verboten.

akg-images

Mit gutem Beispiel voran: Mustafa Kemal bringt auf dem Marktplatz in Sivas der Bevölkerung das lateinische Alphabet nahe.

Merkmal türkischer Identität keineswegs abschließend geregelt werden konnte. Zwar arrangierten sich die Männer mit dem neuen Gesetz, indem sie in der großen Mehrzahl die flache Schirmmütze zur neuen „typischen" Kopfbedeckung erkoren und auch sonst im Laufe der Zeit die europäische Bekleidung annahmen. Doch zeigt sich bis heute an der „Kleiderfrage" der Frauen die große Bedeutung, die das äußere Erscheinungsbild für die muslimische Identität besitzt: Die Bekleidung ist unter anderem ein Element, mit dem sich die Gläubigen von den Ungläubigen unterscheiden können.

Im Jahre 1926 wurde mit der Übernahme des Schweizer Zivilgesetzbuchs und des italienischen Strafgesetzbuchs die Grundlage der Rechtsbeziehungen in der Republik säkularisiert. 1928 wurde der Islam als Staatsreligion aus der Verfassung gestrichen.

Am 3. November 1928 verabschiedete die Nationalversammlung das Gesetz, mit dem ab dem 1. Januar 1929 das türkische (lateinische) Alphabet zur offiziellen Schriftsprache der Republik erklärt und die Benutzung der alten osmanischen Schrift verboten wurde. Im selben Jahr wurde auch die islamische Zeitrechnung durch den Gregorianischen Kalender und der Freitag durch den Sonntag als Wochenfeiertag abgelöst. Damit war auch die letzte Verbindung zur alten Ordnung und ihren religiösen Grundlagen gekappt.

Die Folgen waren aus heutiger Sicht zwiespältig. Für die breite Masse der Bevölkerung wurde die Überwindung des Analphabetentums wesentlich erleichtert, ja überhaupt erst ermöglicht. Binnen weniger Jahre verdoppelte sich die

Liebeserklärung an das „ü"

Ich habe ein neues Lieblingswort. „Gürültülü". Flüstern Sie´s mal nach. Wird Ihnen nicht ganz kitzlig um die Mundwinkel? Und jetzt ein wenig lauter. Gürültülü. Sofort wird der ganze Starenschwarm vor Ihrem Küchenfenster fröhlich pfeifend einfallen. Das geht in Ordnung. Gürültülü heißt nämlich „lärmig, krachig, laut". Aber schön krachig halt. [...]

Türkisch lernen aus Neugier, zum Vergnügen gar? [...] Warum?

Eigentlich sollte man denken, die guten Gründe lägen auf der Hand [...]: Mehr als vier Millionen Deutsche machen mittlerweile jährlich in der Türkei Urlaub, doppelt so viele wie in Griechenland. [...]

Hier drei Argumente vom Fachmann. Es spricht: Christoph Neumann, Übersetzer von Orhan Pamuks „Schnee".

„Du möchtest eine exotische Sprache lernen, sie soll aber doch mit lateinischen Buchstaben geschrieben werden? Bitteschön: Du hast die Wahl zwischen Albanisch, Baskisch, Maltesisch – und Türkisch."

„Stell dir vor, du bist ein Marsmensch und landest auf der Erde. Du hast nur 48 Stunden Zeit, eine Sprache zu lernen. Absolut logisch soll sie sein, und mindestens ein Prozent der Weltbevölkerung soll sie sprechen. Ganz klar: Der Marsmensch wird Türkisch lernen."

„Es ist die am wenigsten übersetzte ernstzunehmende Literatursprache. [...]"

Vielleicht sollten Sie Türkisch aber ganz einfach deshalb lernen: Weil es Spaß macht. Allein die vielen „ö"s und „ü"s, mit denen Sie Ihre Mitspieler in Zukunft in die Scrabble-Hölle buchstabieren. Freunde des gespitzten Umlautmundes werden sich hier fühlen wie im Schlaraffenland und dürfen zudem jeden Morgen zum Weckruf des türkischen Hahns erwachen: „Ü-ürü-üüü!" Oder die Speisekarte: Auf der steht nicht einfach „gefüllte Aubergine", auf der steht: „Der Imam ist in Ohnmacht gefallen". Wahrscheinlich, weil es ihm so gut geschmeckt hat. [...]

Und erst die türkischen Zeitungen [...]: Da sprudelt einem tagein tagaus so viel Wunderliches und Bizarres auf den Frühstückstisch, dass der Verdacht nicht fernliegt, türkische Satirezeitschriften wie Penguen und LeMan hätten sich der Tagespresse wegen darauf verständigt, durchgehend in Cartoon-Form zu erscheinen: Man würde den Unterschied sonst nicht merken. Schön das „King-Kong-in-der-Türkei"-Titelbild von LeMan Ende Dezember: Ein vor Panik zitternder King Kong krallt sich an der Spitze des Minaretts einer Moschee fest, während unter ihm die türkischen Männer ihrem täglichen Geschäft nachgehen: Sie schlagen sich die Köpfe blutig.

Es gibt im Türkischen viele Wörter, die auch ohne Umlaut auf Anhieb Freude machen. Zum Beispiel „Şakamaka". Gesprochen wird das „Schakamaka" und heißt dem Lexikon zufolge: „Scherz beiseite!", ganz entgegen seiner gefühlten Bedeutung. Oder das „vasistas". Sprechen Sie das mal laut aus. Was das ist, das wasistdas? Ein schmales, oberhalb des normalen Fensters eingelassenes Klappfenster. Zuverlässiger

Zahl der Personen, die des Lesens und Schreibens mächtig waren, von zehn auf 20 Prozent bei einer Gesamtbevölkerung von etwa 16 Millionen Menschen. Durch die Sprachreform wurde der Anschluss der Türkei an die „westliche Zivilisation“ erheblich erleichtert, da die Schriftbarriere wegfiel.

Die mit den kemalistischen Reformen verbundene Säkularisierung setzte sich jedoch für lange Zeit nur in den städtischen Gebieten und bei der Mehrzahl der in der öffentlichen Verwaltung Beschäftigten durch. Es entstand eine kemalistische Elite, die sich die Durchsetzung und später dann die Bewahrung der Reformen zur Aufgabe machte. In den Anfängen war diese Elite weitgehend mit jenen Gruppen identisch, die auch schon in der jungtürkischen Zeit die Geschicke des Reiches gesteuert hatten: den Vertretern des Staatsapparates, der Militärführung sowie den Angehörigen der säkularen Bildungseliten. Anders als die jungtürkischen Reformen vor dem Ersten Weltkrieg konnte die kemalistische Aufpfropfung der westlichen Zivilisation aber konsolidiert werden, weil die Republik von äußeren Herausforderungen weitgehend verschont blieb.

Hinzu kam, dass Mustafa Kemal von Beginn an den staatlichen Machtapparat skrupellos zur Unterdrückung jeden gesellschaftlichen Widerstandes gegen die säkularisierende Reformpolitik einsetzte. Wesentliche Instrumente waren dabei ein Ausnahmerecht und auf seiner Grundlage eingesetzte „Unabhängigkeitsgerichte“, die ihre Urteile unter weitgehender Missachtung rechtsstaatlicher Grundsätze nach Maßgabe politischer Willkür fällten. So war Anfang der 1930er-Jahre jeder Widerstand im Innern ausgeschal-

AP Photo

Vor allem die städtischen Eliten und das Militär stützen die Reformen Kemal Atatürks. Erstwählerin in Istanbul 1938

Quell guter Laune sind auch all die eingetürkten Franzosenwörter (ein Wörterbuch zählte gut 5000 von ihnen).

Das ist überhaupt ein Ding: Die Türken schreiben – sürpriz, sürpriz – das Französische viel einfacher als die Franzosen. Hier in Istanbul fahren Sie gemeinsam mit Ihrem „kuzen“ im „asansör“ hinauf zum „kuaför“, und hinterher bitten Sie im Café den „garson“ um ein paar „milföy“ mit „frambuaz“. Das geht, seltener, auch mit deutschen Lehnwörtern. Warum die Türken allerdings ausgerechnet unsere Wörter „aysberg“, „haymatloz“ und „marsch!“ (Ausrufezeichen wird mitgesprochen) eingebürgert haben, ist mir nicht klar. Warum die Geschöpfe des Istanbuler Nachtlebens zum „flört“ einladen, schon eher.

Nicht verschwiegen sei, dass das Erlernen des Türkischen gemeinhin Mongolen und Japanern leichter fallen soll als dem gewöhnlichen Mitteleuropäer, hat es seine Wurzeln doch höchstwahrscheinlich im Altaigebirge, da wo sich heute die Mongolei, China und Russland reiben. Türkischsprechende verweisen gerne darauf, wie stringent und logisch die Sprache aufgebaut sei. „Die Struktur des Türkischen – das hat was. Das hat Eleganz“, sagt Pamuk-Übersetzer Christoph Neumann und sinnt dem Gesagten mit einem liebevollen Blick in die Ferne hinterher: „Das ist wirklich mal was ganz anderes.“ Das stimmt. Auch wenn es dem Anfänger manchmal so scheint, als habe sich die Sprache ihre Logik auch dadurch erkämpft, indem sie jede Ausnahme flugs zu einer neuen Regel erklärte.

Das Türkische ist dem Indogermanen ein fremdes Tier. Es zu zähmen heißt, sich eine neue Welt anzueignen. Eine Welt, die für das Wort „Ehre“ gleich vier Begriffe kennt, aber auch für das „Herz“ noch doppelt so viele wie das Deutsche. Es gibt im Türkischen eine eigene Vergangenheitsform für Dinge, die man nicht selbst gesehen oder bewusst erlebt hat, eine Vergangenheit aus zweiter Hand gewissermaßen. Die Form ist vor allem dann nicht ohne Reiz, wenn man sie auf sich selbst anwendet: „Da soll ich ganz schön betrunken gewesen sein ...“. Es verleiht dem eigenen Tun eine oft nicht unwillkommene Unschärfe. Andererseits wickeln wir uns hier fleißig endlose Suffixketten um die Bäuche und verstricken und verstolpern uns heillos darin. Es wachsen in der Türkei nämlich auch an sich harmlosen Wörtern lange Schwänze aus immer noch neuen Endungen – und leider wedeln dann im Türkischen tatsächlich die Schwänze mit den Wörtern, und nicht selten werden auch die Studenten der Wörter gleich kräftig mitgeschüttelt. [...]

Kai Strittmatter, „Ü-ürü-üüü“, in: Süddeutsche Zeitung vom 7. Januar 2006

tet und die Einparteienherrschaft der CHP unter Mustafa Kemals Führung endgültig etabliert.

Die Republik Türkei ging aus dem nationalen Befreiungskampf und den kemalistischen Reformen als ein autoritäres politisches System mit „europäischem Aussehen" hervor, dessen Geschicke im Wesentlichen von der „zweiten Generation" der jungtürkischen Bewegung bestimmt wurden. Sie unterschied sich von den zeitgleichen totalitären Regimen in Europa vor allem dadurch, dass ihre Führung weitgehend darauf verzichtete, eine totale Gleichschaltung der Gesellschaft durchzusetzen. Die Anhänger einer eher liberalen Reformpolitik blieben jedoch ebenso auf der Strecke wie die Vertreter islamistischer Strömungen. Beide sollten bis Anfang der 1950er-Jahre keine Rolle mehr spielen.

So gesehen war die „kemalistische Revolution" vor allem eine grundlegende Änderung des institutionell-politischen Überbaus (Republik) und die Vorgabe eines gesellschaftlichen Idealbildes („westliche Zivilisation") der Türkei, nicht jedoch eine fundamentale soziale Umwälzung. Staatspolitik und Gesellschaft waren nach dem Abschluss der kemalistischen Reformpolitik für lange Zeit noch nicht vollständig kongruent. Doch war die Machtposition der Reformeliten so weit konsolidiert, dass es ein Zurück hinter die kemalistische Säkularisierung von oben nicht mehr geben konnte. Die Republik Türkei war damit von ihrem Gründer, wenn auch mit mitunter höchst zweifelhaften Methoden, auf einen Modernisierungspfad gesetzt, der sie zum heute am weitesten entwickelten Land ihrer Region machen sollte.

Die kemalistischen Prinzipien

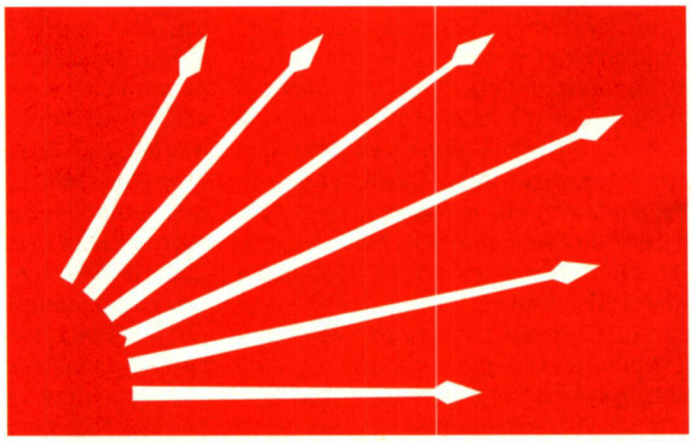
Die politischen Umwälzungen Atatürks kamen, wie alle derartigen revolutionären Prozesse, nicht ohne einen ideologischen Überbau aus. Aus den zahlreichen Reden Atatürks wurden im Diskurs der intellektuellen Zirkel der CHP die sechs Prinzipien des Kemalismus herausgearbeitet. Sie versinnbildlichten die programmatische Grundlage der gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Modernisierung der Türkei. Zugleich waren sie das ideologische Konstrukt, mit dem die Maßnahmen der kemalistischen Elite zur konkreten Umsetzung dieses Programms rechtfertigt wurden. Die Prinzipien wurden 1931 in das Programm der CHP aufgenommen und als die „sechs Pfeile" auch in das Parteiemblem übernommen.

Diese Prinzipien sind:

1. Republikanismus als Ausdruck des Prinzips der Volkssouveränität als Grundlage aller politischen Entscheidungen. Damit ist gleichzeitig die Absage an die in der Figur des Sultans verkörperte personale Herrschaft des Osmanischen Reiches verbunden. Dabei wurde großzügig darüber hinweggesehen, dass das Volk im politischen Prozess keine Stimme hatte: Im Parlament fanden sich handverlesene Gefolgsleute der CHP.
2. Populismus als Ausdruck der Gleichheit der türkischen Staatsbürgerinnen und -bürger, was die Herrschaft einer Klasse über andere ausschließt. Die autoritäre Einparteienherrschaft der CHP sprach dem ebenso Hohn wie die faktische Diskriminierung aller Minderheiten.
3. Etatismus als Ausdruck einer staatlichen Beeinflussung der Wirtschaft, die allerdings nicht die Verstaatlichung der Produktionsfaktoren vorsah;
4. Revolutionismus/Reformismus als Ausdruck der Notwendigkeit, die Modernisierungspolitik von oben kontinuierlich fortzusetzen;
5. Laizismus als Ausdruck der Trennung von Staat/Politik und Religion sowie
6. Nationalismus als Ausdruck für das Zusammengehörigkeitsgefühl der neuen türkischen Bürgerinnen und Bürger.

Wegen ihrer grundlegenden Bedeutung für die weitere Entwicklung verdienen die unter 1., 5. und 6. aufgeführten Prinzipien eine eigene Betrachtung (siehe das folgende Kapitel).

Diese sechs Prinzipien wurden erst im Laufe der Entwicklung der Republik, insbesondere nach Atatürks Tod, von der Führung der Staatspartei und den sich auf den Kemalismus berufenden neuen republikanischen Eliten dogmatisiert. Ihre Verankerung als Artikel 2 in der türkischen Verfassung im Jahre 1937 hat sie kanonisiert. Seitdem wurden sie von allen Regierungen zur Begründung ihrer jeweiligen Politik herangezogen, und alle Parteien berufen sich bis heute in ihren Programmen mehr oder weniger deutlich auf sie. Doch ihre konkrete Bedeutung und damit auch das vorherrschende Verständnis von Kemalismus sind abhängig von den jeweiligen gesellschaftlich-politischen Machtkonstellationen und den ihnen zugrunde liegenden Einflussgrößen.



Die sechs Pfeile im Parteiemblem der CHP symbolisieren die kemalistischen Prinzipien, die nach Atatürks Tod von der Parteiführung dogmatisiert werden.

Heinz Kramer

Ideologische Grundlagen und Verfassungsrahmen

Bis heute prägen Atatürks Auffassung von Nation und laizistischem Staat die innenpolitischen Debatten. Vor allem der Umgang mit Minderheiten und die Frage, welche Rolle die Religion im öffentlichen Leben spielen darf, sind umstritten. Auch die geltende Verfassung wird in Frage gestellt.

akg-images / Rainer Hackenberg

„Wie glücklich derjenige, der sagt: Ich bin Türke!" – der Ausspruch Atatürks steht für das Verständnis von einer einheitlichen Nation.

Wie im vorigen Kapitel erwähnt, erlangten von den sechs Prinzipien drei dauerhafte politische Wirkungsmacht: Republikanismus, Nationalismus und Laizismus. Sie bilden heute die Grundpfeiler des kemalistischen Verständnisses der modernen Republik Türkei. Mit Ausnahme des Republikanismus sind sie allerdings von verschiedenen Seiten in die Kritik geraten. Diese Auseinandersetzung um das richtige Staatsverständnis und seine Grundlagen bildet den Kern der aktuellen innenpolitischen Debatten.

Das republikanische Prinzip

„Der Staat Türkei ist eine Republik." So steht es seit Ausrufung der Republik in Artikel 1 der Verfassung. Damit wird unterstrichen, dass das politische System der Türkei auf die uneingeschränkte Souveränität des Volkes als Legitimationsgrundlage politischen Handelns gegründet ist. In seiner europäischen historischen Entwicklung kennzeichnet das republikanische Prinzip darüber hinaus ein politisches System, das zugleich rational, demokratisch, liberal, dem Gleichheitsgedanken verpflichtet und pluralistisch strukturiert ist. In diesem Sinne wird das Prinzip heute auch in der Türkei offiziell verstanden.

Ursprünglich sollte damit jedoch in erster Linie der Gedanke der Volkssouveränität hervorgehoben werden. Die politische Praxis der türkischen Republik hatte während des nationalen Befreiungskampfes und der Einparteienherrschaft jedoch noch erhebliche Ähnlichkeit mit dem Vorgängerregime. Die personale Herrschaft des Sultans und seines Hofes wurde in den Jahren zwischen 1923 und 1938 im Wesentlichen durch die personale Herrschaft Mustafa Kemals und seiner CHP ersetzt. Die Nation und ihre Repräsentantin, die Nationalversammlung, waren weitgehend auf eine formale Legitimationsfunktion reduziert.

Allerdings war diese Legitimationsfunktion integraler Bestandteil des Systems, einschließlich der damit verbundenen demokratischen Wahlen – selbst wenn diese häufig nur formalen Charakter hatten. Die republikanische Staatsform konnte daher in der türkischen Bevölkerung so feste Wurzeln schlagen, dass sie heute nur noch von einer verschwindend kleinen Minderheit in Frage gestellt wird. Freie Wahlen in einem pluralistisch organisierten Mehrparteiensystem sind als Grundverfahren zur Bestimmung politischer Legitimation von einer breiten Mehrheit der Bevölkerung akzeptiert.

ullstein bild – TopFoto

Das allgemeine Wahlrecht wird von der Bevölkerung begeistert akzeptiert: Im Triumph werden 1924 Wahlurnen durch Istanbul gefahren.

picture alliance / dpa

Doch Demokratie hat Grenzen: Der Schriftsteller Orhan Pamuk (M.) muss sich 2005 wegen „Verunglimpfung des Türkentums" vor Gericht verantworten.

Nationalismus als gesellschaftlicher Kitt

Neben der Republik ist die türkische Nation das zweite dauerhafte Resultat der kemalistischen Revolution. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts waren „Nationalismus" und „Nation" für die Bevölkerung Anatoliens noch fremde Konzepte. Ausgehend von der jungtürkischen Ideologie, vor allem aber als Konsequenz des nationalen Befreiungskrieges und seiner ideologischen Deutung durch Mustafa Kemal und seine Gefolgsleute als ein Akt der Selbstbefreiung der türkischen Nation von politischer Fremdherrschaft durch die europäischen Mächte der „Ungläubigen", entstand aus den Trümmern des osmanischen Vielvölkerreiches in der Bevölkerung Anatoliens dann zunehmend ein türkisches Nationalbewusstsein und darauf gründend die türkische Nation.

In der Türkei ging das im ursprünglichen kemalistischen Anspruch eher politisch definierte Verständnis der türkischen Nation rasch und immer stärker verloren und wurde durch eine ethnisch-religiös definierte Auffassung überlagert: Türkentum und Islam verschmolzen zu einem Amalgam, das den Kern republikanischer türkischer Identität bildet. Der offizielle Diskurs betont zwar nach wie vor die am Prinzip des Staatsbürgers orientierte Deutung der Nation: Jede Bürgerin und jeder Bürger der Republik Türkei ist Türkin bzw. Türke; die Gesamtheit der so definierten Türken bildet die türkische Nation. So steht es auch in der Verfassung. In der politisch-gesellschaftlichen Praxis hingegen hat sich ein Nationsverständnis etabliert, das das Verständnis von „Türke" über das Bekenntnis zur ethnisch geprägten türkisch-muslimischen Kultur definiert.

Für Atatürks Idee des Nationalismusprinzips steht die heute überall im Lande zu findende Formel: *Ne mutlu Türküm diyene!* („Wie glücklich derjenige, der sagt: Ich bin Türke!"), mit der er 1933 seine Rede zur Zehnjahresfeier der Republik schloss. Diese Formel beinhaltete vor allem das Bekenntnis zur türkischen Kultur und Sprache und zur Republik und ihren Grundlagen. Damit ging allerdings bereits Atatürk über ein rein staatsbürgerlich geprägtes Verständnis der Nation hinaus und fügte ihm ein kulturelles Element hinzu. Die Nation war für ihn eine unteilbare, durch bestimmte kulturelle Eigenarten wie Sprache und Geschichte geprägte Einheit. In ihr konnte es deshalb auch keine anderen, durch eine eigene Identität, das heißt eine andere Kultur, definierte Gruppen geben. Die breite Masse des Volkes hat diese Sicht stillschweigend um das religiöse Element ergänzt, das immer schon Bestandteil ihres Selbstverständnisses war und auf über 99 Prozent der Bevölkerung der Republik zutraf.

Das republikanische Nationalismusverständnis, dass es in der Türkei eine türkische Nation gibt, die durch eine eigenständige Kultur gekennzeichnet ist, wird heute von keiner Seite mehr in Frage gestellt. Dieses Bewusstsein, Teil des auf einer langen und erfolgreichen Geschichte beruhenden Türkentums zu sein, eint die breite Mehrheit der Bevölkerung über soziale und politische Grenzen hinweg. Es ist fester Bestandteil der nationalen Identität und gilt weiten Kreisen der Bevölkerung als sakrosankt. Folglich stehen das Türkentum selbst und seine wichtigsten Symbole, wie etwa die Flagge, unter dem Schutz des Strafrechts. Da erscheint es vielen als folgerichtig, dass alle Bürger, die diesem Idealbild nicht entsprechen (wollen), eigentlich nicht als „Türke" angesehen werden – und damit als ein „Fremdkörper" in der Nation. So wurden gegen den Literatur-Nobelpreisträger Orhan Pamuk verschiedene Strafverfahren wegen „Verunglimpfung des Türkentums" eingeleitet, weil er öffentlich das Dogma von der national-kulturellen Homogenität der türkischen Bevölkerung in Frage gestellt hatte.

Die Bindung des kemalistischen Nationsbegriffs an das Türkentum hat in der türkischen Bevölkerung zu einer latenten Fremdenfurcht und -feindlichkeit geführt, die alles Nicht-Tür-

kische mit einem gewissen Argwohn betrachtet. So hat schon Mustafa Kemal in seiner berühmten „Rede" (*Nutuk*) von 1927 die christlichen Minderheiten als innere Feinde des Osmanischen Reiches und damit auch der Republik gebrandmarkt. Diese Einstellung kann sich heute in extrem-nationalistischen, aber auch doktrinär-kemalistischen Kreisen schnell zu echter Fremdenfeindlichkeit auswachsen.

Panturkismus und Neonationalismus

Neben diesem auf die kemalistische Ideologie zurückgehenden „ursprünglichen" Nationalismusverständnis der Türken gibt es Spielarten, die eine besondere politische Ideenwelt repräsentieren. Die bekannteste ist die turanistische Nationalismusvariante, die an die Herkunft des türkischen Volkes aus Zentralasien anknüpft und nach einer ethnisch-ideologisch begründeten politischen Einheit aller turkstämmigen Völker strebt (Panturkismus). In der Republik wurde sie in den 1960er-Jahren wieder politisch wirkungsmächtig, als Alparslan Türkeş (1917-1997) die Partei der nationalistischen Bewegung (MHP) gründete. Sie

Louisa Gouliamaki / AFP / Getty Images

Die Jugendorganisation der MHP, Graue Wölfe, vertritt einen pantürkisch geprägten Nationalismus. Fahne und typisches Handzeichen

Nationalstolz als Erziehungsideal

[...] [D]ie moderne Türkei wurde aus dem Geist des Nationalismus heraus geboren. Wenn man die Deutschen, die erst 1871 zu nationaler und staatlicher Einheit fanden, eine „verspätete Nation" nannte, so müsste man die Türkei als die „verspätetste Nation" bezeichnen, die erst 1923, nach dem Untergang des Osmanischen Reiches, zum Nationalstaat wurde; und es bedurfte einer umfassenden Kulturrevolution, um ein „türkisches Bewusstsein" überhaupt erst möglich zu machen. Bis in die osmanische Spätzeit hinein hatte der Begriff „Türke" als eine Art Schimpfwort gegolten; wer etwas zählte, war „osmanli". Intellektuelle wie Ziya Gökalp (1876-1924) waren es, die mit Werken wie „Die Grundlagen des Türkismus" auf Gebieten wie der Sprache, des Rechts, der Sitten und Gebräuche, ja der Religion ein „Türkenbewusstsein" im Sinne nationaler Selbstbestimmung erst formulierten und förderten. Mit allem Osmanischem sollte radikal gebrochen werden, wovon die zahlreichen Reformen Atatürks in den zwanziger und dreißiger Jahren zeugen – von der Einführung der Lateinschrift über die Türkisierung der Sprache bis hin zu einer neuen „türkischen Geschichtsvision", die sich weniger am islamischen Universalismus als am türkischen Nationalismus orientierte, gelegentlich auch andere Turkvölker, etwa in Mittelasien, einbeziehend. Schöpfer des „modernen Nationalstolzes" war insofern gerade auch Atatürk, dem allerdings hoch anzurechnen ist, dass er extremen pantürkischen und panturanistischen Vorstellungen, wie sie ein Yusuf Akçuraoğlu (1876-1935) und andere teilweise pflegten, widersprach. Seine Parole „Ne mutlu Türküm diyene" – etwa: „Wie glücklich, wer sich einen Türken nennen kann" – sollte das neue Nationalbewusstsein unter das Volk bringen. Bis heute freilich ist dies etwas, das besonders die kurdische Minderheit erbost. Bis heute ist der Nationalstolz Teil der Erziehung in der Türkei, was im Kindergarten und in der Grundschule beginnt. Gerade die – eher weltlich eingestellten – Kemalisten legen auf die Pflege der nationalen Riten und auf die Verwendung nationaler Symbole großen Wert.

Erdoğan und seine AKP sind aus der islamistischen Bewegung des Landes hervorgegangen. Sie stehen für ein Wiedererwachen der osmanischen Vergangenheit und ihrer Größe. In der heutigen Türkei wird das Osmanische Reich wieder unbefangener, oft positiver gesehen als zu Zeiten Atatürks, wo man es – aus Gründen des zu schaffenden Nationalismus – systematisch denunzierte. Eine Normalisierung findet statt, was sich in den zahlreich anschwellenden Publikationen zu den Osmanen, aber auch in Fernsehserien und Ähnlichem niederschlägt. Hier und da kommt es sogar zu Glorifizierungen, die eine kritische historische Distanz vermissen lassen.

Recep Tayyip Erdoğan ist ein nationalstolzer Türke, der als ehemaliger Islamist allerdings auch den Stolz auf das Osmanentum mit sich trägt. Viele Landsleute folgen ihm dabei. Vor vielen Jahren sprach man schon von einer türkisch-islamischen Synthese. Dieser Mentalität fällt es offenbar besonders schwer, kulturelle Auflockerungen und Anpassungen an Neues und Fremdes nicht bloß als Verlust, gar existentielle Einbuße und Bedrohung zu empfinden, zumal in einer Gesellschaft, in der man mitspielen muss, wenn man zu ihr gehören will. [...]

Wolfgang Günter Lerch, „Nicht Erdoğan allein", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 3. November 2011

wurde in Deutschland vor allem unter dem vom Symbol ihrer Jugendorganisation abgeleiteten Begriff der „Grauen Wölfe" bekannt und vertrat einen aggressiven chauvinistischen, pantürkisch geprägten Nationalismus.

Eine neuere Spielart sind die „Neonationalisten" (türk.: *ulusalcılar*), die sich im letzten Jahrzehnt landesweit ausgebreitet haben. Sie verfolgen einen dezidiert anti-islamistischen Kurs, gepaart mit dem Ziel, eine starke und (vom Westen) unabhängige Türkei zu schaffen. Die Neonationalisten lassen sich nicht mit den Kategorien „rechts" oder „links" fassen. Ihre innenpolitischen Feindbilder sind die regierende Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) und deren Anhänger, liberale Demokraten sowie Angehörige ethnischer oder religiöser Minderheiten, wenn sie die Assimilation an das Türkentum ablehnen. Äußere Feinde sind die „imperialistischen Mächte" des Westens, die wie die EU und die USA nach einer „Schwächung" der starken und stolzen türkischen Nation und Republik streben.

Mit dieser eher diffusen „Ideologie" finden die Neonationalisten besonders unter der jüngeren, schlecht ausgebildeten großstädtischen Bevölkerung und in Kreisen des doktrinären kemalistischen Establishments Anhänger. Viele ihrer Führungsfiguren sind pensionierte, teils auch noch aktive hohe Offiziere, Intellektuelle und Hochschullehrer. Sie zielen nicht auf eine Parteigründung, sondern haben ihre Anhänger vor allem in der CHP und der MHP, aber auch in (früher) dezidiert linksradikalen Gruppierungen wie der Türkischen Arbeiterpartei.

Neonationalisten sind auch die politischen Triebkräfte hinter politischen Putschversuchen gegen die AKP-Regierung, die aus dem Militär heraus gesteuert werden, und den gegen die AKP gerichteten Massenprotesten im Vorfeld der Staatspräsidentenwahl von 2007 (s. S. 33) sowie den in der Bevölkerung immer wieder aufflammenden gewaltsamen Auseinandersetzungen mit Kurden in den westlichen und südlichen Landesteilen.

Minderheitenpolitik

Neonationalisten bilden neben der MHP und Teilen des Staatsapparates auch den Kern jener Kräfte, die die im kemalistischen Dogma von der „einen, unteilbaren türkischen Nation" angelegte Negation jeglicher Minderheiten in der Türkei strikt aufrechterhalten wollen. Nach offizieller türkischer Ansicht gibt es in der Republik nur drei Minderheiten, deren Existenz im Vertrag von Lausanne geregelt ist: Griechisch-Orthodoxe, Armenier und Juden. Dies ist eine spezielle, aus politischen Opportunitätserwägungen konstruierte, türkische Lesart des Vertrages. In dessen einschlägigen Artikeln 37 bis 45 ist stets von „türkischen Staatsbürgern, die nicht-muslimischen Minderheiten angehören" oder von „allen Einwohnern der Türkei" die Rede, nicht aber von explizit benannten Minderheiten. Damit gelten die Bestimmungen eigentlich auch für Angehörige anderer nicht-muslimischer Gruppierungen oder für Staatsbürger nicht-türkischer Abstammung, das heißt in erster Linie für die Kurden in der Türkei.

Allerdings streiten der türkische Staat und die Mehrheit der Bevölkerung die Existenz muslimischer Minderheiten ab. Für sie sind alle muslimischen Bürger der Türkei „Bürger erster Klasse". Folglich können Muslimen in der Türkei gar keine Minderheitenrechte auf der Grundlage entsprechender internationaler Konventionen oder Abkommen eingeräumt werden.

Diese Haltung ist erst im Zuge des EU-Beitrittsprozesses und der damit verbundenen EU-Forderung nach „der Achtung und dem Schutz von Minderheiten" ins Wanken geraten. Wie in vielen anderen Bereichen ist auch in der Minderheitenfrage die EU eine wichtige Triebkraft für fundamentalen Wandel in der Türkei geworden.

Dabei ist das Land immer noch weit von der generellen Anerkennung der Existenz von Minderheiten entfernt. Doch wird die Existenz der Kurden und der Aleviten als sich von der Mehrheitsbevölkerung in einigen Aspekten unterscheidende Gruppen seitens der Regierung und der Mehrheit der Bevölkerung nicht mehr bestritten. Auch gibt es seit dem Beginn der EU-induzierten Reformen 2002 deutliche Fortschritte in der Politik gegenüber muslimischen wie nicht-muslimischen Minderheiten.

Allerdings werden diese Entwicklungen gegenüber den muslimischen Minderheiten eher als Maßnahmen einer Nicht-Diskriminierungs- oder Gleichbehandlungspolitik dargestellt und ausdrücklich nicht als Minderheitenpolitik. Es geht also darum, dass Kurden und Aleviten tatsächlich ihren Status als „Bürger erster Klasse" im Alltag erfahren und leben können, nicht aber darum, sie in einer ethnischen oder religiösen Andersartigkeit zu bestärken.

Nicht-muslimische Minderheiten

Doch auch für die vom türkischen Staat anerkannten Minderheiten werden die Bestimmungen des Lausanner Vertrages sehr restriktiv interpretiert. Das bekommen besonders die wenigen (circa 2500) noch verbliebenen Griechisch-Orthodoxen in Istanbul zu spüren. Ihnen wird die Ausübung ihrer Religion deutlich erschwert, weil alle Ausbildungsstätten für Priester seit Jahrzehnten geschlossen sind. Die Frage der langfristigen Sicherung der Existenz des Patriarchats und seiner Gemeinde bleibt somit ungeklärt. Außerdem weigert sich der türkische Staat, das Patriarchat von Konstantinopel als Ökumenisches Patriarchat der Griechisch-Orthodoxen Kirche anzuerkennen. Für Ankara ist es nur eine Einrichtung der Orthodoxen in der Türkei.

Ihm wird zudem, wie den Einrichtungen aller anderen nicht-muslimischen Glaubensgemeinschaften, nicht der Rechtsstatus einer „Kirche" zuerkannt. Sie müssen sich in der Form von (nicht-muslimischen) religiösen Stiftungen organisieren und erleiden dadurch erhebliche Nachteile bei der Beschäftigung von Geistlichen und beim Immobilienbesitz. Hieran haben auch die in den letzten Jahren vor allem auf Drängen der EU im Beitrittsprozess vorgenommenen Änderungen des Stiftungsrechts nichts Wesentliches geändert. Für viele einfache Türken und Angehörige des Staatsapparates sind die christlichen Gemeinden immer noch „Brückenköpfe" des feindlichen Auslandes, die an der Zerstörung der Republik arbeiten.

ecopix Fotoagentur / Daniel Gruetjen

Patriarch Bartolomäus I. (M.) zelebriert am 27. April 2008 in Istanbul die Ostermesse. Dort leben heute noch rund 2500 Griechisch-Orthodoxe.

AP Photo / Murad Sezer

Feierliche Wiedereröffnung der Neve-Shalom-Synagoge in Istanbul im Oktober 2004. Wirtschaftlich und kulturell sind die Juden in der Türkei gut integriert, aber der Nahostkonflikt führt zu Irritationen.

Den etwa 60 000 Armeniern, die heute noch in der Türkei, hauptsächlich in Istanbul, leben, geht es nur unwesentlich besser. Die Armenier werden weitgehend in Ruhe gelassen, sofern sie sich nicht öffentlich exponieren – eine Haltung, die vom armenischen Patriarchat dezidiert vertreten wird, da es um möglichst konfliktfreie Beziehungen zum türkischen Staat bemüht ist. Das Verhältnis ist durch die osmanischen Massaker an den Armeniern im Jahre 1915 und durch den vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg von der armenischen Diaspora in den USA und einigen europäischen Staaten entfachten internationalen Streit über die Einordnung dieser Massaker als Völkermord und dessen Anerkennung durch die Türkei erheblich belastet.

Wie sehr dieses armenische Trauma die türkische Politik und Öffentlichkeit verstört, zeigte sich nach der Ermordung des Herausgebers der türkisch-armenischen Tageszeitung „Agos", Hrant Dink, am 19. Januar 2007 durch einen türkischen Neonationalisten. Spontanen Trauer- und Solidaritätsbekundungen für den Verfechter eines türkisch-armenischen Ausgleichs stand mehr oder weniger offene Genugtuung nationalistischer Kreise gegenüber.

Die circa 26 000 heute vorwiegend in Istanbul lebenden Juden sind die kulturell und wirtschaftlich am besten integrierte nicht-muslimische Minderheit. Die offizielle Türkei rühmt sich noch heute gerne der Aufnahme der 1492 aus dem katholischen Spanien vertriebenen Juden durch das Osmanische Reich. Dennoch machte sich als Folge der israelischen Repressionspolitik gegen die Palästinenser, insbesondere nach dem Gaza-Krieg von 2008/2009, in der türkischen Öffentlichkeit ein latenter Antisemitismus bzw. ein offener Anti-Zionismus bemerkbar, zwischen denen die Grenzen fließend sind.

Die jüdische geistliche Führung unternimmt jedoch große Anstrengungen, um keine innertürkischen Vorwände zu liefern, das Klima gegenüber den Juden zu verschlechtern. Auch die AKP-Regierung zeigt bisher kein Interesse daran, den außenpolitischen Konflikt mit Israel über dessen Palästinapolitik innenpolitisch gegen die kleine jüdische Gemeinde zu instrumentalisieren. Sie bestreitet vielmehr vehement das Vorkommen von Antisemitismus in der Türkei.

AP Photo / Burhan Ozbilici

Widersprüchliche Signale: Im September 2010 dürfen Armenier zum ersten Mal seit 1915 in der Inselkirche Akdamar im Van-See in Südostanatolien wieder eine Messe feiern.

picture alliance / dpa

Kurz darauf, im April 2011, wird das türkisch-armenische Mahnmal in Kars auf Geheiß von Premier Erdoğan abgerissen.

AP Photo / Murad Sezer

Gläubige am Grab des alevitischen Heiligen Sultan Karacaahmet in Istanbul Ende 2006. Die Aleviten gelten vielen Sunniten als Häretiker.

Muslimische Minderheiten

Die Probleme der zahlenmäßig kleinen nicht-muslimischen Minderheiten sind letztlich für den türkischen Staat nicht virulent, auch wenn das Thema „Religionsfreiheit" von Seiten der EU immer wieder zum Gegenstand öffentlicher Aufmerksamkeit gemacht wird. Von weitreichender, aus Sicht nationalistischer Kreise sogar existenzieller Bedeutung hingegen ist der Umgang mit zwei muslimischen Minderheiten: den Kurden und den Aleviten.

Die türkischen Aleviten gehören zu den nicht-sunnitischen muslimischen Glaubensgemeinschaften. Oft werden sie mit den Schiiten oder syrischen Alawiten gleichgesetzt. Das stimmt jedoch nicht, denn das türkische Alevitentum ist eine eigenständige, vornehmlich anatolische Entwicklung, die ihre endgültige Ausprägung im 13./14. Jahrhundert fand. Für die Aleviten steht der persönliche Weg des Einzelnen zu Gott im Mittelpunkt des Glaubens, der deshalb auch viel individueller ausgelegt wird als das strikte Regelwerk des sunnitischen Islam. Deshalb werden sie von vielen Sunniten als Häretiker angesehen und wurden im Osmanischen Reich vielfach verfolgt.

Aleviten

[...] Mindestens 15 Millionen Kurden leben in der Türkei und vermutlich ebenso viele Aleviten (wobei es auch kurdische Aleviten beziehungsweise alevitische Kurden gibt) [...]. Aleviten sind zwar offiziell Muslime und definieren sich bis auf wenige Ausnahmen auch so, doch die „fünf Säulen" des sunnitischen Islam erkennen sie nicht an. Weder die Pilgerreise nach Mekka noch das Fasten im Ramadan gehören zu ihren religiösen Pflichten. Auch gehen die Aleviten zum Beten nicht in eine Moschee, sondern in ihre eigenen Gebetshäuser, die „Cemevleri". Das hat sie schon im osmanischen Reich zu einer verfolgten Bevölkerungsgruppe gemacht, und es steht auch jetzt ihrer vollen Gleichberechtigung in der Türkei im Wege. Die staatliche Religionsbehörde (Diyanet) erkennt das Alevitentum nicht an, im Schulunterricht wird alevitischen Kindern im Pflichtfach Religion die sunnitische Interpretation des Islam aufgedrängt. Die großen Verbrechen an den Aleviten, etwa der Massenmord bei der Niederschlagung eines Aufstands in der heute Tunceli genannten türkischen Provinz Dersim, bei dem mehr als 70 000 Personen getötet wurden, harren weiter einer würdigen Aufarbeitung. [...]

Michael Martens, „Bruder Tayyip", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17. September 2011

Die Aleviten begrüßten daher das laizistische Prinzip der kemalistischen Republik, da sie sich von der Religionsfreiheit eine Erleichterung ihrer religiösen Existenz versprachen. Sie wurden für lange Zeit treue Anhänger von Atatürks „Staatspartei" CHP. Daran konnte auch nichts ändern, dass der Grundsatz der Gleichbehandlung nicht für nicht-sunnitische muslimische Gemeinschaften gilt: Die unter Atatürk eingerichtete staatliche Behörde zur Regelung und Überwachung der Religion in der kemalistischen Republik ist bis heute nur für die Sunniten zuständig. Der kemalistische Staat unternahm in der Vergangenheit auch nichts zum Schutz der Aleviten, wenn es zu gewalttätigen Übergriffen sunnitischer Fanatiker kam.

Die anhaltende Diskriminierung in der modernen Republik und die Verstädterung im Zuge der Landflucht führten dazu, dass die Aleviten zunehmend die Öffentlichkeit suchten und sich, vor allem in den großstädtischen Zentren, in Stiftungen und Vereinen organisierten, die auch mit politischen Forderungen hervortraten. Ihre Nichtanerkennung durch den Staat verhinderte eine offizielle Erfassung ihrer Zahl; Schätzungen gehen von einem Anteil zwischen 15 und knapp 30 Prozent an der Gesamtbevölkerung aus (circa zehn bis 25 Millionen Menschen). Das heißt, dass eine bedeutende Minderheit der muslimischen türkischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger nicht in den vollen Genuss der Religionsfreiheit kommt.

Doch in den letzten Jahren, insbesondere nach den Wahlen von 2007, bemüht sich die Regierung der AKP um einen Dialog mit Vertretern der Aleviten. Ziel ist die öffentliche Anerkennung und das Eingehen auf Wünsche der Aleviten nach religiöser Gleichbehandlung mit den Sunniten. Die Gespräche blieben allerdings weitgehend ergebnislos, da es in der AKP und ihrer frommen sunnitischen Basis noch erhebliche Widerstände gegen eine Gleichbehandlung der Aleviten gibt. Auch sind sich nicht alle alevitischen Vereinigungen über das Maß der erwünschten Nähe zum sunnitisch-muslimischen Staat einig. Es dürfte also noch einige Zeit vergehen, bis es zu einer umfassenden Normalisierung der Situation der Aleviten in der Türkei kommt. Doch ist eine staatliche Nichtbeachtung ihrer Situation vor dem Hintergrund der im letzten Jahrzehnt im Zuge des EU-Beitrittsprozesses deutlich erweiterten Freiheitsrechte der türkischen Bürgerinnen und Bürger für die Regierenden keine politische Option mehr.

Die Kurdenfrage

Das trifft noch viel mehr auf das Verhältnis des Staates zur größten ethnischen Minderheit, den Kurden, zu. Auch ihre Zahl ist nicht bekannt, da die Muttersprache bei den Volkszählungen seit 1965 nicht mehr erfasst wird. Man kann aber davon ausgehen, dass sich circa 15 Prozent der Bevölkerung (gut zehn Millionen Menschen) als kurdische Muttersprachler bezeichnen. Daneben existiert eine beträchtliche Zahl türkischsprachiger Kurden, die sich selbst als Kurden sehen, obwohl sie ihre Muttersprache nicht mehr beherrschen. Letztlich ist die genaue Zahl nicht so wichtig. Von weitaus größerer Bedeutung ist, dass sich heute Millionen türkischer Staatsbürger selbst nicht als Türken sehen und auch nicht als solche gesehen werden wollen. Sie negieren den kemalistischen Gründungsmythos von der einheitlichen türkischen

Nation. Sie wollen als türkische Staatsbürger mit einer anderen Ethnizität anerkannt werden, das heißt mit einer von der Mehrheitsbevölkerung verschiedenen Herkunft, Kultur und Sprache. Das schließt für eine große Zahl von ihnen auch das Recht ein, sich als Kurden politisch zu organisieren und kurdische Interessen zu vertreten.

Für türkische Nationalisten und Kemalisten, aber auch für eine große Zahl einfacher türkischer Bürger ist das Separatismus und Spaltung der Republik. Dabei zeigen Umfragen immer wieder, dass die Mehrzahl der Kurden mit der Forderung nach Akzeptanz ihrer eigenen Identität keineswegs die Idee eines eigenen Staatswesens verbindet. Für die meisten geht es allenfalls um eine größere politische Mitsprache bei der Gestaltung ihrer kulturellen Identität. Das bezieht sich vor allem auf die Berücksichtigung des Kurdischen im Bildungswesen, in den Medien und anderen kulturellen Ausdrucksformen. Dazu kommt oft die Forderung nach der Einführung von Kurdisch als zweiter Amtssprache in den Provinzen, in denen Kurden einen erheblichen Anteil an der Bevölkerung stellen. Weitergehend sind Forderungen nach einer gewissen politischen Selbstverwaltung, die bis zu Föderationsideen reichen können.

Hier wird die Grenze zu jenen kurdischen Nationalisten fließend, die sehr wohl die Idee eines eigenen Staates ver-

Leben unter Druck

[...] Diyarbakır [...] Vater Fadil Erdede ist gerade aus dem eine Stunde entfernten Silvan eingetroffen, dort ist er seit zwei Jahren wieder Bürgermeister. Mutter Meral hat gekocht [...]. Tochter Hülya kommt später, sie ist Bauingenieurin. Sohn Nishtiman kommt gar nicht, er ist in der Schweiz und fürchtet die Rückkehr. Roza, die zweite Tochter, ist ebenfalls verhindert, sie sitzt im Gefängnis. [...] Warum wurde sie verhaftet? „Wenn wir das wüssten", sagt die Mutter. [...]

Man landet schnell im Gefängnis in diesem Teil der Türkei. „Als oppositioneller Kurde ziehst du hier die Blitze auf dich", sagt der Vater. Ihn haben sie auch schon erwischt, da hatte sich der einstige Lehrer gerade erstmals zum Bürgermeister wählen lassen, Anfang der neunziger Jahre. Die schlimmen Jahre waren das: Bürgerkrieg, verbrannte Dörfer. In seinen letzten zwei Jahren im Amt, erzählt Fadil Erdede, habe er 850 unaufgeklärte Morde gezählt. Zivilisten, die man der Sympathie für die verbotene Kurdische Arbeiterpartei PKK verdächtigte, erschossen von Todesschwadronen. 850 Ermordete in einer Stadt von 60 000. Erdede musste aufhören zu zählen, als er 1993 selbst im Gefängnis landete. Er ist Mitglied einer linken Kurdenpartei, [...] [der] Partei für Frieden und Demokratie, kurz BDP.

Es ist paradox: Geht es den Kurden heute nicht viel besser als noch vor zehn Jahren? Natürlich geht es das. Und natürlich ist das das Verdienst von Premier Erdoğan und seiner AKP. Die Regierung hat den Ausnahmezustand aufgehoben, den Kurden ihre Sprache zurückgegeben, kurdische Fernsehsender und Ortsnamen erlaubt. Jeder einzelne Schritt „eine kleine Revolution", wie der türkische Kolumnist Mehmet Ali Birand schreibt.

Gleichzeitig erlaubt dieselbe Regierung eine Welle der Repression gegen gewählte Lokalpolitiker und der BDP nahestehende Personen. Die Staatsanwälte sagen, die Verhaftungswelle ziele darauf ab, eine Organisation namens KCK zu zerschlagen, den urbanen Arm der PKK-Rebellen. [...] Wer [...] als Kurde das Pech hat, über 18 zu sein und sich politisch zu engagieren, bei dem braucht es nicht viel, dass er in die Fänge des türkischen Antiterrorgesetzes gerät, über das Öztürk Türkdoğan vom Menschenrechtsverein IHD sagt, es sei „katastrophal, nein, besser: absurd".

Roza Erdede also. Absolventin eines Studiums der Wirtschaftswissenschaften. 27 Jahre ist sie alt, als sie, frisch graduiert, nach Diyarbakır zurückkehrt. Sie arbeitet im Bürgermeisteramt, betreut dort EU-Hilfsprojekte, nebenbei kümmert sie sich beim Menschenrechtsverein IHD um das Archiv. Als Polizisten die Wohnung stürmten vor zwei Jahren, um fünf Uhr morgens, da war Roza gerade mal ein halbes Jahr zurück in der Stadt. „Sie riefen ‚Wo ist Roza?'", erinnert sich Hülya Erdede, die Schwester. „Wir dachten: Das muss ein Irrtum sein. Bis heute zerbreche ich mir den Kopf. Die unpolitische Roza? Warum?"

Die KCK-Operationen dauern an, mehr als 1500 Leute wurden festgenommen, Hunderte sitzen im Gefängnis, darunter zwölf gewählte Bürgermeister. Die meisten sind Funktionäre der BDP, einer legalen Partei, die in Ankara im Parlament vertreten ist. Verhaftet wurden aber auch Ärzte, Ingenieure, Rechtsanwälte. „Wenn du dich hier friedlich für Demokratie engagierst, dann zieht dir der Staat sofort das Hemd des Terroristen über", sagt Vater Fadil Erdede. Hat die Familie einen Anwalt? „Ja, aber der sitzt nun selbst im Gefängnis."

Seit Mitte der neunziger Jahre, seit es legale kurdische Parteien gibt, werden sie regelmäßig verboten. Die Verhaftungen nun seien eine neue Strategie im alten Kampf, glaubt der deutschtürkische Politologe Kerem Oktem [...]: „Sie sind eine Reaktion des Staates auf die erfolgreiche Lokalpolitik der Kurdenparteien, die in den vergangenen Jahren wieder kurdische Straßennamen einführten, die Vielsprachigkeit pflegen und kurdische Festivals veranstalten." Dinge, die in europäischen Ländern normal sind – hier aber vom Apparat als Herausforderung empfunden werden.

[...] Dass die BDP Verbindungen zur PKK pflegt, ist ein offenes Geheimnis. Dass sie aber viele Gesprächsbereite in ihren Reihen hat und von der Mehrheit der türkischen Kurden unterstützt wird, hat die Regierung bislang nicht verstanden. „Viele in Ankara denken noch immer, man könne das Kurdenproblem lösen ohne die PKK und Parteien wie die BDP – ein Hirngespinst", sagt Oktem. [...]

„Manchmal glaube ich", sagt in Zürich Nishtiman Erdede, „dieser Staat will uns in die Berge treiben." In die Berge, das heißt hier: zur PKK. Die Erdedes haben ihren 31-jährigen Sohn Nishtiman seit zwei Jahren nicht gesehen: Er hat in der Schweiz Asyl bekommen. Ein Gericht in Diyarbakır hatte ihn zu sechs Jahren und drei Monaten Haft verurteilt. Man hatte seine Fingerabdrücke gefunden auf einer Plastiktüte, in der Flugblätter waren und ein Bild des inhaftierten PKK-Führers Abdullah Öcalan. Selbst dem Obersten Gericht der Türkei schien das nicht verhältnismäßig: Es hob das Urteil auf und verwies den Fall zurück an das Gericht in Diyarbakır. Die lokalen Richter verhängten unlängst die sechs Jahre Haft zum zweiten Mal.

Roza liest viel in ihrer Zelle, lernt Englisch. Gut geht es ihr nicht. [...] „Angst haben wir keine", sagt Rozas Schwester Hülya. „Wir wollen endlich einfach nur wie Menschen leben."

Kai Strittmatter, „Tochter im Gefängnis, Sohn im Exil", in: Süddeutsche Zeitung vom 7. Mai 2011

picture alliance / ZB

Junge Männer im Mai 2009 vor einem Geschäft in Diyarbakır, mit circa einer Million Einwohnern eine der größten kurdischen Städte weltweit

picture alliance / dpa

Beim kurdischen Neujahrsfest „Newroz" in Diyarbakır im März 2010 tragen Frauen ein Bild des inhaftierten PKK-Führers Abdullah Öcalan mit sich, der auch heute noch viele Anhänger hat.

treten. Sie denken dabei in der Regel nicht nur an die Türkei, sondern sehen die politische Kurdenfrage als regionales Thema, da Kurden ja auch in den Nachbarstaaten der Türkei ethnisch und politisch diskriminiert werden. Das gilt für Iran und Syrien; im Irak hat sich die kurdische Situation nach dem Ende des Regimes von Saddam Hussein deutlich verbessert, aber ist noch keineswegs endgültig geklärt. In dieser Sicht sind die Kurden das zahlenmäßig größte Volk der Erde ohne eigenes Staatswesen.

Militanteste Vertreter der Forderung nach einem eigenen kurdischen Staat waren lange Zeit die Anhänger der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK). Diese in den 1970er-Jahren von ihrem Führer Abdullah Öcalan als autonom-marxistische kurdische Unabhängigkeitsbewegung gegründete Organisation nahm 1984 den bewaffneten Kampf gegen den türkischen Staat auf. Sie konnte sich als erfolgreiche Guerillaorganisation etablieren, die in der kurdischen Bevölkerung der Südosttürkei zunehmend Sympathien gewann, weil der türkische Staat allein mit Notstandsrecht und brutaler Militärgewalt reagierte und dabei auch die Bewohner der Dörfer und Städte drangsalierte, soweit sie nicht ihre unbedingte Loyalität zur Republik Türkei bekundeten.

Damit setzte die Regierung die „republikanische Tradition" des Umgangs mit kurdischen Autonomiebestrebungen fort, die schon unter Atatürk in der Frühphase der Republik begonnen hatte. 1925 (Scheich-Said-Aufstand), 1927 (Celali-Aufstand im Araratgebiet) und 1937/38 (Dersim-Operation) ging der Staat mit äußerster Gewalt, teilweise unter Einsatz der Luftwaffe, gegen regionale kurdische Bestrebungen vor, Eigenständigkeit gegenüber Ankara zu erlangen. Die Rädelsführer wurden in der Regel getötet und zahlreiche Führer der rebellischen Stämme in anatolische Gebiete des Landes umgesiedelt. Zudem wurden 1949 Tausende von Dorf- und Landschaftsnamen türkisiert, ab 1972 wurde die Verwendung kurdischer Personennamen verboten, und von 1982 bis 2002 war der öffentliche Gebrauch der kurdischen Sprache untersagt.

Nach 1984 entwickelte sich über die Jahre ein „Bürgerkrieg" zwischen PKK und türkischer Armee, dem bis Ende der 1990er-Jahre nach offiziellen Angaben 35 000 Menschen zum Opfer fielen. Im Südosten des Landes entstand eine Ausnahmesituation, in der von einem normalen Alltagsleben nicht mehr die Rede sein konnte. Über eine Million Menschen wurden aus ihren Dörfern vertrieben oder verließen diese, um der alltäglichen Gewalt zu entgehen. Viele zogen in die größeren Städte der Region wie Diyarbakır, Mardin, Van, Muş oder Batman. Die Mehrzahl drängte jedoch in die entwickelten Zentren im Westen und Süden der Türkei, sodass heute Städte wie Istanbul, İzmir, Ankara oder Antalya, Adana und Mersin über einen hohen kurdischen Anteil in der Bevölkerung verfügen. Diese Menschen konnten vor allem infolge ihres niedrigen Bildungsgrades nur schwer Fuß fassen und fristen noch heute oft ein Leben als Tagelöhner, saisonal beschäftigte Bauarbei-

Kurdengebiete im Nahen Osten

Geschätzte kurdische Bevölkerung (in Millionen)	
Türkei	14
Irak	5
Iran	5
Syrien	1,7
Anteil an der Gesamtbevölkerung (in Prozent)	
Türkei	19
Irak	18
Iran	7
Syrien	9

© Globus, Quelle: NAVEND, dpa (2009)

blickwinkel / W. G. Allgoewer

Satellitenschüsseln in einer Wohnsiedlung in Diyarbakır ermöglichen den Empfang kurdischsprachiger Programme. Diese werden im Zuge der EU-Annäherungspolitik nach 2002 gestattet.

picture alliance / dpa

Gewaltsame Zusammenstöße zwischen Demonstranten und der Polizei in Hakkâri im Dezember 2009 nach dem Verbot der pro-kurdischen DTP durch das Verfassungsgericht

ter oder als schlechtbezahlte Hilfskräfte im Hotel- und Gastgewerbe. Das gilt auch für die inzwischen herangewachsene junge Generation der 18- bis 25-Jährigen, die einen sehr hohen Anteil Arbeitsloser aufweist.

Andererseits hat sich von Beginn der Republik an ein nicht unerheblicher Teil der kurdischen Bevölkerung mit dem neuen türkischen Staat arrangiert und konnte weitgehend unbehelligt an der Aufwärtsentwicklung der Republik teilhaben. Deswegen hat es zum Beispiel im Parlament in allen Fraktionen immer eine gewisse Anzahl Abgeordneter kurdischer Herkunft gegeben, die sich selbst allerdings primär als türkische Staatsbürger gesehen haben. Dasselbe gilt für das Offizierskorps der Streitkräfte.

Die Lage änderte sich, als PKK-Führer Abdullah Öcalan im Herbst 1998 auf türkischen Druck sein syrisches Refugium in Damaskus verlassen musste und im Februar 1999 in Nairobi beim Verlassen der griechischen Botschaft von türkischen Kommandotruppen überwältigt wurde. Im Juni 1999 wurde er vom Staatssicherheitsgericht in Ankara zum Tode verurteilt, doch wurde das Urteil im Zuge des türkischen EU-Beitrittsprozesses 2002 in lebenslange Haft umgewandelt. Diese verbringt Öcalan unter erschwerten Haftbedingungen auf der Gefängnisinsel İmralı im Marmarameer.

Seitdem ist die PKK fundamental geschwächt. Ihre militanten Kämpfer haben sich in die nordirakischen Kandil-Berge zurückgezogen. Nach der Verurteilung Öcalans stellte die Organisation bis zum Jahr 2005 ihre Terroraktionen in der Türkei ein, in der Hoffnung, mit der AKP-Regierung eine politische Lösung der Kurdenfrage verhandeln zu können, nachdem sie ihre Forderung nach einem eigenen Kurdenstaat aufgegeben hatte. Als sich diese Hoffnung zerschlug, wurden die Gewaltaktionen zwar wieder aufgenommen, doch kamen sie nie über punktuelle Aktivitäten hinaus, die allerdings immer wieder zahlreiche militärische und zivile Opfer forderten. Dies genügte, um in der türkischen Öffentlichkeit und bei der Militärführung die Forderung nach einer endgültigen militärischen Lösung aufrechtzuerhalten. Zwar entspannte sich in diesen Jahren die Situation im Südosten des Landes deutlich, und auch der Ausnahmezustand fand ein Ende. Doch bleibt die Lage für die Bevölkerung prekär, weil es nach wie vor eine erhebliche Militärpräsenz gibt und die wirtschaftliche und soziale Entwicklung wegen des anhaltenden PKK-Terrors und der gewaltsamen Reaktionen des Staates nur mühsam vorankommt.

Doch gibt es unter der AKP-Regierung auch den Versuch eines Wandels der staatlichen Kurdenpolitik. Die Regierung von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan lockerte nach 2002 im Zuge der EU-Annäherungspolitik eine Reihe von Restriktionen: Kurdischunterricht an Privatschulen wurde ebenso erlaubt wie Rundfunk- und Fernsehsendungen „in Sprachen, die im Alltag von der türkischen Bevölkerung gesprochen werden". Seit dem 1. Januar 2009 sendet das staatliche Fernsehen auf „TRT-6" ein Vollprogramm in kurdischer Sprache. Staatspräsident Abdullah Gül kündigte an, dass Dörfer auf Antrag ihre nach 1949 türkisierten Namen in die ursprünglichen kurdischen Namen zurückführen können. Die Rückkehr von Menschen, die aus ihren Dörfern vertrieben worden waren, wird unterstützt, und an der türkisch-syrischen Grenze sollen die dort im Krieg gegen die PKK verlegten Landminen geräumt werden.

Wichtiger ist jedoch, dass die AKP-Regierung aktiv dazu beiträgt, das Kurdenproblem zunehmend als eine „nationale Frage" und nicht länger als ein regionales Terror- oder wirtschaftliches Entwicklungsproblem zu sehen. Jedenfalls gab der Ministerpräsident im August 2005 erstmals zu, dass der Staat „Fehler" im Umgang mit der Kurdenfrage gemacht habe, und auch die Militärführung bekannte 2009, dass eine „militärische Lösung" allein nicht genüge, um langfristig sinnvoll mit dem Problem umzugehen.

Seit dem Sommer 2009 propagierte die AKP daher ein Programm der „kurdischen Öffnung". Außer Zugeständnissen im kulturellen Bereich gab es in diesem Programm jedoch wenig konkrete politische Pläne. Ein Lichtblick ist eine Änderung im Wahlgesetz, die 2011 erstmals den Gebrauch

des Kurdischen im Wahlkampf erlaubte. Doch erlitt die politische Emanzipation der Kurden im Dezember 2009 einen Rückschlag, als das Verfassungsgericht die pro-kurdische Partei für eine Demokratische Gesellschaft (DTP) wegen angeblicher Begünstigung des Separatismus verbot. Das war das fünfte Verbot einer kurdischen Partei mit dieser Begründung seit 1991 (s. S. 32).

Da die Mehrheit der türkischen Bevölkerung und auch der AKP-Anhänger nach wie vor eine „Sonderbehandlung" der Kurden ablehnt, die Mehrheit der kurdischen Bevölkerung der Türkei aber auf einer expliziten Anerkennung ihrer eigenen Identität besteht, ist die AKP-Regierung mit ihren Bemühungen um einen Ausgleich in einem Dilemma. Das ist umso problematischer, als aufgrund der nunmehr schon länger als eine Generation anhaltenden tiefen Entfremdung zwischen den Ethnien das Kurdenproblem heute nicht mehr nur eines zwischen dem türkischen Staat und einzelnen kurdischen Gruppierungen ist, sondern immer stärker eines zwischen „Türken" und „Kurden" wird. Das gilt besonders für die jüngere Generation. Ohne eine langfristig tragfähige Regelung der Kurdenfrage wird die Türkei im Innern politisch aber nicht zur Ruhe kommen. Ob die AKP – und vor allem die breite türkische Bevölkerung – dafür die Bereitschaft aufbringt, könnte sich im Zuge der Diskussion über die von Erdoğan angestrebte neue „zivile" Verfassung zeigen (s. S. 25).

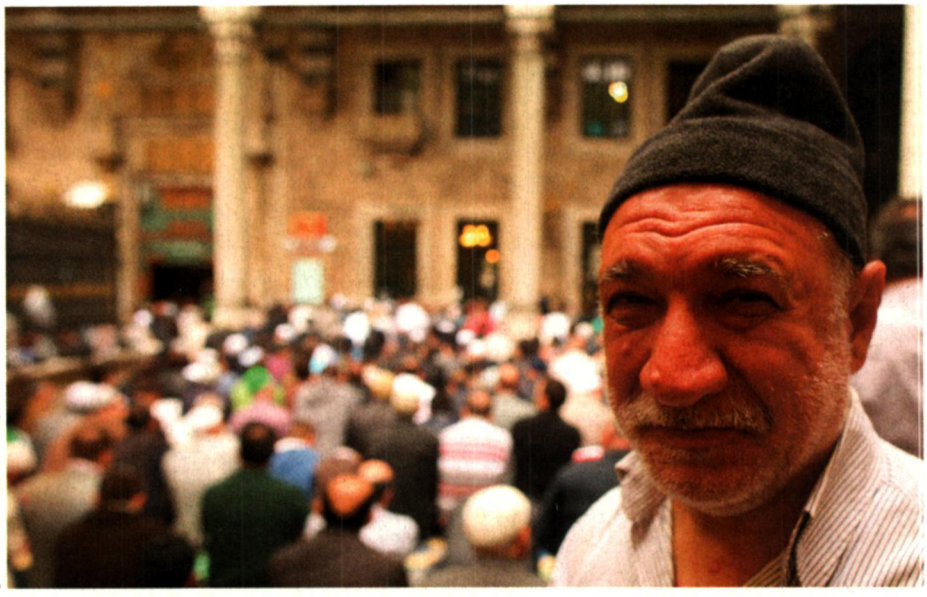
Was heißt „laizistischer Staat"?

Ebenso tief wie in der Kurdenfrage ist die Türkei in der Frage gespalten, ob und welche Rolle die Religion im öffentlichen Leben spielen soll/darf. Für überzeugte Kemalisten ist Religion eine Privatangelegenheit, die jeder auf ganz persönliche Art und Weise lebt. Doch lässt sich nicht bestreiten, dass, allen säkularisierenden Reformen Atatürks zum Trotz, sich die breite Masse der Bevölkerung auch immer bewusst als Muslime wahrgenommen hat. Für sie ist die Religion originärer Bestandteil des türkischen Nationsbegriffs. Damit ist sie aber auch Teil des öffentlichen Bewusstseins. Dies war und ist für die staatliche Elite kein Problem, solange die Grundlagen der kemalistischen Republik nicht angetastet werden, zu denen auch die uneingeschränkte Geltung des Laizismusprinzips gehört. Dieses Prinzip ist heute in der Türkei mehrheitlich akzeptiert. Nur eine kleine Minderheit der Türken will noch ein auf religiöse Gesetze (Scharia) gestütztes Staatswesen. Heftig umstritten ist jedoch seine konkrete Interpretation im politischen und gesellschaftlichen Alltag.

Die politische Instrumentalisierung der Religion

Auch Atatürk war klar, dass seine neue Republik die Religion nicht abschaffen konnte. Folglich galt es, sie staatlich einzuhegen. Er setzte damit eine Entwicklung fort, die schon im Osmanischen Reich begonnen hatte: die enge Verbindung von Religion und staatlichem Selbstverständnis. Deshalb wurden im Rahmen der kemalistischen Reformen 1924 gleichzeitig mit der Abschaffung des Kalifats die staatlichen Behörden für die Verwaltung der frommen Stiftungen und für die religiösen Angelegenheiten geschaffen. Damit wurden zentrale Belange der öffentlichen Praxis des Islam zu staatlichen Aufgaben. Dies gilt bis heute: Die offizielle religiöse Praxis wird vom Staat gestaltet und kontrolliert.

Insbesondere das Präsidium für religiöse Angelegenheiten (*Diyanet İşleri Başkanlığı*, kurz: *Diyanet*) wurde im Laufe der Zeit zum Hauptinstrument staatlicher Kontrolle über die Religion ausgebaut. Es betreibt als dem Amt des Ministerpräsidenten zugeordnete Behörde mit seinen circa 85 000 Angestellten die Kontrolle und Verwaltung der rund 80 000 Moscheen im Land, beschäftigt die dort tätigen Geistlichen (Vorbeter, Prediger und Gebetsrufer), veranstaltet die offiziellen Korankurse und ist für die Abfassung der landesweit verlesenen Texte der Freitagspredigten zuständig. Daneben erteilt es religiöse Handlungsanweisungen für den Alltag der Gläubigen (*Fetwa*), beaufsichtigt die jährlichen Pilgerreisen



picture alliance / Godong

Freitagsgebet in der Eyüp-Moschee in Istanbul. Allen Bestrebungen Atatürks zum Trotz ist der Islam für die meisten Türken originärer Bestandteil ihres nationalen Selbstverständnisses.

nach Mekka und gibt zahlreiche religiöse Schriften heraus. Entgegen seiner Bezeichnung erstreckt sich sein Wirken allein auf den sunnitischen Islam. Alle anderen Formen des Islam gelten damit als „inoffiziell", nicht zu sprechen von nicht-muslimischen Religionen, um deren Belange sich das Präsidium gar nicht kümmert.

Doch schon mit Beginn des parlamentarischen Mehrparteiensystems im Jahr 1950 begannen die Politiker, die Religion für ihre Interessen zu instrumentalisieren, sodass bereits Mitte der 1950er-Jahre in den USA die Frage nach einer Reislamisierung der Türkei gestellt wurde. Insbesondere die im Untergrund agierenden islamischen Bruderschaften und Gemeinschaften waren willkommene Anknüpfungspunkte, um verdeckte Bande zwischen Parteiführungen und religiösen Führungspersonen zu knüpfen.

Selbst die Militärführung schreckte nicht vor der Instrumentalisierung der Religion zurück, als die Führer des Putsches von 1980 dafür sorgten, dass (sunnitischer) Religionsunterricht in allen Schulformen obligatorisch wurde, um eine Immunisierung gegen linkes, kommunistisches Gedankengut zu fördern. Hinzu kam, dass die Generalität offene Sympathien für den Gedanken einer türkisch-islamischen Synthese zeigte, mit dem rechts-nationale und religiöse Intellektuellenkreise in den 1970er-Jahren eine Verbindung von Türkentum und Islam herstellen wollten. Hier liegt sowohl eine der Wurzeln des heutigen Neonationalismus als auch des Erstarkens der Bewegung des politischen Islam, das mit dem Wahlsieg der Mutterlandspartei von Turgut Özal 1983 seinen Anfang nahm.

Der Kampf um das „richtige" Laizismusverständnis

Dem Grundsatz des Laizismus entspricht das in der Verfassung in Artikel 24 verankerte Grundrecht der Religionsfreiheit. Allerdings gibt es Einschränkungen. So darf niemand „Religion oder religiöse Gefühle oder einer Religion als heilig geltende Gegenstände ausnutzen oder missbrauchen", um „die soziale, wirtschaftliche, rechtliche oder politische Ordnung des Staates auch nur zum Teil auf religiöse Regeln zu stützen oder politischen oder persönlichen Gewinn oder Nutzen zu erzielen, in welcher Weise auch immer". Auch darf die Religionsfreiheit nicht dazu benutzt werden, „Aktivitäten mit dem Ziel zu entfalten, die unteilbare Einheit von Staatsgebiet und Staatsvolk zu zerstören und die auf den Menschenrechten beruhende demokratische und laizistische Republik zu beseitigen" (Artikel 14).

Es sind diese Verfassungsbestimmungen und ihre Umsetzung in zahlreichen Gesetzen wie dem Parteiengesetz, dem Gewerkschaftsgesetz oder dem Strafrecht, die immer wieder zu politischen Auseinandersetzungen über die „korrekte" Auslegung und Anwendung des Laizismusprinzips im politischen und gesellschaftlichen Alltag der Republik geführt haben. Eine prägnante Form dieser Auseinandersetzung sind die zahlreichen Verbotsverfahren gegen die dem politischen Islam zuzurechnenden Parteien anhand des Vorwurfs, „ein Zentrum antilaizistischer Aktivitäten" zu sein.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGhMR) hat 2001 in einem Verfahren zum Verbot der islamistischen Wohlfahrtspartei (RP) festgestellt, dass ein derart begründetes Parteiverbot unter bestimmten Bedingungen nicht gegen die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) verstoße. Dieses Urteil macht solche Verbotsverfahren für die davon betroffenen Parteien besonders riskant.

Doch erfolgten nach jedem Verbot Neugründungen unter einem anderen Namen, aber mit weitgehend identischem Führungspersonal, sofern dieses nicht mit einem politischen Betätigungsverbot belegt war. Der letzte Prozess richtete sich 2008 gegen die regierende AKP, die einem Verbot nur aufgrund der zwischenzeitlichen Änderungen von Verfassung und Parteiengesetz entging, obwohl das Verfassungsgericht zuvor festgestellt hatte, dass sie ein Zentrum antilaizistischer Aktivitäten sei.

Auch der „Kopftuchstreit" entfacht sich immer wieder an der Diskussion um die richtige Interpretation des Laizismusprinzips. Hier geht es um die Frage, ob das in der Türkei geltende Verbot für Frauen, mit einem Kopftuch, das den Vorschriften des Islam entsprechend die Haare vollständig bedeckt (*türban*), öffentliche Gebäude wie Universitäten,

AP Photo/Burhan Ozbilici

AP Photo

Streitfall Laizismus: Während die einen 2007 gegen die AKP-Regierung demonstrieren, weil sie ein Überhandnehmen des religiösen Konservatismus befürchten, protestieren die anderen im Oktober 2008 gegen das Verbot, in Universitäten als Zeichen ihrer religiösen Zugehörigkeit ein Kopftuch zu tragen.

Gerichte oder das Parlament zu betreten, mit dem Grundsatz der Religionsfreiheit vereinbar ist. Der kemalistische Staat und seine Anhänger sind der Auffassung, dass das Tragen des *türban* Ausdruck einer antilaizistischen politischen Gesinnung sei und nicht Ausdruck der persönlichen Religiosität der Trägerin. Die Kreise des politischen Islam und die breite Mehrzahl der *türban*-Trägerinnen behaupten gerade dies und sahen besonders in dem vom Hochschulrat (YÖK) erlassenen zeitweiligen Zutrittsverbot zu Universitäten eine Beschneidung ihres menschenrechtlich garantierten Rechts auf Bildung. Auch in dieser Frage gibt es ein Urteil des EGhMR von 2004, in dem verneint wird, dass das türkische „Kopftuchverbot" an Universitäten einen Verstoß gegen die EMRK darstellt.

Nachdem das Verfassungsgericht im Juni 2008 das Verbot noch einmal bestätigt hatte, änderte der Hochschulrat im Frühjahr 2010 jedoch seine Meinung und stellte Studentinnen die Kopfbedeckung in Universitätsgebäuden wieder frei. Professorinnen hingegen ist es durch eine entsprechende Bekleidungsverordnung für staatliche Beamte und Angestellte ausdrücklich verboten, in der Universität mit einem Kopftuch aufzutreten.

Hinter diesen Auseinandersetzungen steht die Frage, welche Grenzen in einer pluralistischen Demokratie für die (angebliche) Äußerung von politischen Positionen gezogen werden dürfen. Für Kemalisten wird diese Grenze durch die republikanischen Prinzipien der Revolution gebildet. Demnach ist das Laizismusprinzip eine unverzichtbare Grundlage der Demokratie. Deshalb wird in dieser Sicht mit seiner Einhaltung gleichzeitig die Demokratie in der Türkei bewahrt. Staatliche Anordnungen zur Wahrung des Prinzips können demnach nie eine Verletzung der Demokratie sein.

Für die Anhänger der AKP und für Vertreter westlich-liberaler Ansichten in der türkischen Gesellschaft hingegen ist die Grenze erst dann überschritten, wenn mit einer religiösen Begründung explizit zu einem gewaltsamen Umsturz der staatlichen Ordnung oder zu einer Beseitigung der demokratischen Grundlagen des Gemeinwesens aufgerufen wird. Eine Partei, die wie die AKP in ihrer Programmatik und praktischen Regierungspolitik der letzten Jahre die Angleichung der türkischen Rechtslage und der darauf beruhenden gesellschaftlich-politischen Praxis an den „Gemeinschaftlichen Besitzstand" (*acquis communautaire*) der EU, also an die Gesamtheit des EU-Rechts, propagiert und betreibt, kann in diesem Verständnis nicht gegen das Demokratieprinzip verstoßen – es sei denn, sie würde die gewaltsame Herbeiführung eines Scharia-Staates in der Türkei propagieren.

Verfassungen als Ergebnis politischer Konfliktlagen

Normative Grundlagen und ideologische Prinzipien sind nicht „als solche" politische Wirklichkeit. Um Wirkungskraft zu entfalten, bedürfen sie der Umsetzung im politischen Leben durch Institutionen und Verfahren. Hierfür setzt in fast allen Staaten die Verfassung den Rahmen. In Demokratien und Republiken, die dem Gedanken der Volkssouveränität verpflichtet sind, sollen Verfassungen eigentlich auch als Ausdruck des Volkswillens angesehen werden können. Hieran haperte und hapert es in der Türkei, obwohl sie seit ihrer Gründung drei Verfassungen hatte und eine vierte in Vorbereitung ist.

Verfassung von 1924

Ein Kernpunkt der kemalistischen Reformen war die Gründung der neuen Republik auf eine Verfassung, die ihrem Wortlaut nach in der europäischen verfassungsrechtlichen Tradition seit der Französischen Revolution (Volkssouveränität und Gewaltenteilung) wurzelte. Gleichzeitig hatte sie die Aufgabe, die ideologische Grundlage des neuen Staates, die kemalistischen Prinzipien, verfassungsrechtlich zu sichern und das politische Leben danach zu gestalten. Da Mustafa Kemal das Führerprinzip verkörperte, sind diese Prinzipien ihrem Wesen nach illiberal und obrigkeitlich-autoritär. Die Verfassung der Republik hatte also trotz des in ihr verankerten Grundsatzes der Volkssouveränität ein „Demokratieproblem".

Das begann sich erst zu ändern, als nach 1946 die CHP infolge der gewandelten internationalen Nachkriegsverhältnisse die Idee eines Mehrparteiensystems akzeptierte. Damit konnten erstmals demokratische Ideen im Rahmen der geltenden Verfassung praktiziert werden. Dies führte allerdings weniger zu einer allgemeinen Verbreitung liberal-demokratischer Grundsätze, sondern in Form der Demokratischen Partei (DP) unter Adnan Menderes zur Ausprägung einer populistischen, konservativ-traditionellen politischen Alternative. Diese machte sich die im politischen System und im Geist der Verfassung angelegten autoritär-obrigkeitlichen Möglichkeiten ebenso zunutze wie bis dahin die CHP.

Verfassung von 1961

Es war ironischerweise der Militärputsch von 1960 gegen das konservativ-bürgerliche Regime der Demokratischen Partei (DP) unter Adnan Menderes, der zu einer neuen, von mehr Liberalität und demokratischem Geist geprägten Verfassung führte. Die putschenden Obristen wollten vor allem eine erneute politische Übermacht nicht-kemalistischer Kräfte verhindern. Die von ihnen mit der Ausarbeitung einer entsprechenden Verfassung beauftragte Verfassunggebende Versammlung, in der neben den Putschisten prominente Rechtsprofessoren den Ton angaben, war der Meinung, dass dies am besten durch die Betonung pluralistisch definierter Grundrechte und deren Sicherung durch ein neu zu schaffendes Verfassungsgericht, die Einrichtung eines Zweikammerparlaments sowie die Stärkung gesellschaftlicher Interessengruppen, wie der Tarifparteien, zu gewährleisten sei.

Zwar hielt auch die Verfassung von 1961 an den ideologischen Prinzipien des Kemalismus fest. Diese wurden aber in einen liberal-demokratischen Rahmen gestellt und somit prinzipiell für eine demokratische Interpretation geöffnet. Artikel 2 brachte das gut zum Ausdruck: „Die Türkische Republik ist ein auf den Menschenrechten und den in der Präambel zum Ausdruck kommenden Grundprinzipien ruhender nationaler, demokratischer, laizistischer und sozialer Rechtsstaat." Die Militärführung sicherte sich ihren in der Einparteienphase noch „natürlich" gegebenen politischen Einfluss durch die Schaffung des Nationalen Sicherheitsrates. Durch ihn wurde die beratende sicherheitspolitische Funktion der Armee verfassungsmäßig untermauert.

ullstein bild

In Ankara feiern Demonstranten den Sturz der Regierung Menderes durch den Militärputsch vom 27. Mai 1960, der auch eine neue Verfassung bringen soll.

James Whitmore / Time & Life Pictures / Getty Images

Mit der Ausarbeitung der neuen Verfassung ist unter anderem eine Gruppe prominenter Rechtsgelehrter befasst.

picture alliance / dpa

Straßenszene nach dem Militärputsch am 12. September 1980, in dessen Folge die Verfassung von 1960 durch eine deutlich weniger liberale ersetzt wird.

Verfassung von 1982

Als Teil der westlichen Staatenwelt konnte sich die Türkei nicht von den politischen Unruhen und Umbrüchen abschotten, die im Gefolge des Vietnamkriegs und der 1968er-Studentenunruhen die USA und Europa erfassten. Insbesondere an den türkischen Universitäten kam es zu einer politischen Radikalisierung. Doch auch im politischen Spektrum meldeten sich radikale Kräfte zu Wort. Obwohl das Militär versuchte, durch eine politische Intervention 1971 wieder „Normalität" herzustellen, wozu vor allem die Verfassung im Sinne einer Stärkung der staatlichen Exekutivgewalt geändert wurde, versank die Türkei gegen Ende der 1970er-Jahre in Teilen in bürgerkriegsähnliche Zustände. Am 12. September 1980 übernahm das Militär erneut die Macht.

Da eine dauerhafte Militärherrschaft für die türkische Generalität nicht in Frage kam, sollten politische Stabilität und die Gewährleistung staatlicher Ordnung durch eine neue Verfassung garantiert werden, die die „liberalen Irrtümer" der 1961er-Verfassung vermied. In einer von der Militärregierung handverlesenen Beratenden Versammlung wurde ab dem 23. Oktober 1981 das neue Dokument erarbeitet. Das letzte Wort dabei behielt sich der Nationale Sicherheitsrat, das heißt die Militärjunta, vor. Der Text wurde nach einer ebenfalls weitgehend vom Nationalen Sicherheitsrat orchestrierten „öffentlichen Diskussion" am 7. November 1982 in einem Referendum mit einer Mehrheit von 91,5 Prozent der Stimmen angenommen.

Die Verfassung von 1982 ist Ausdruck des Interesses der damaligen Militärführung an einer staatlich kontrollierten politischen Stabilität. Als NATO-Mitglied und Staat, der in die Europäische Gemeinschaft strebte, musste die Fassade einer rechtsstaatlichen Demokratie westlichen Zuschnitts gewahrt werden. Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte sind daher konstitutive Bestandteile der Verfassung von 1982. Allerdings wurden die Grund- und Freiheitsrechte durch den Vorbehalt des Artikels 13 dahingehend eingeschränkt, dass sie „zum Schutz der unteilbaren Einheit von Staatsgebiet und Staatsvolk, der nationalen Souveränität, der Republik, der nationalen Sicherheit, der öffentlichen Ordnung, der Sicherheit der Allgemeinheit, des öffentlichen Interesses, des Sittengesetzes und der öffentlichen Gesundheit" gesetzlichen Beschränkungen unterworfen werden können. Freilich dürfen dabei gemäß Artikel 14 die „Erfordernisse einer demokratischen Gesellschaftsordnung" nicht missachtet werden.

Hinzu kommt, dass die Verfassung stärker als ihre Vorgängerin die in der Präambel aufgeführten kemalistischen Prinzipien als unveränderliche Legitimationsgrundlage der Republik betont: Ein Antrag, sie zu ändern, darf nicht ins Parlament eingebracht werden. Diese „Ewigkeitsgarantie" des Artikels 4 sorgt wesentlich dafür, dass der illiberale Geist der herrschenden Sichtweise dieser Prinzipien staatlicherseits stets als Bremse für unerwünschte demokratische Bestrebungen benutzt werden kann.

Zudem sorgten ebenfalls in der Verfassung enthaltene Übergangsregelungen dafür, dass alle Akte der Militärherrschaft seit dem 12. September 1980 bis zum Zusammentreten einer neuen Nationalversammlung von künftiger juristischer Aufarbeitung verschont blieben. Diese Bestimmung wurde erst knapp dreißig Jahre später mit der per Referendum am 12. September 2010 erfolgten Verfassungsänderung aufgehoben. Außerdem enthielt die Verfassung allgemein-

Türkische Militärputsche

Einer der verschwiegensten Orte Istanbuls liegt weit draußen auf dem Meer. Die Riesenstadt am fernen Ufer scheint von dem Eiland aus unerreichbar fern. Das Mobiltelefon ist ohne Verbindung, kein Linienschiff verkehrt, kein Leben in Sicht außer Katzen, Vögeln und Reptilien. [...] Vielleicht deshalb hatten sich türkische Generäle eben Yassıada als Bühne für ihren Putsch ausgesucht.

Im Morgengrauen des 27. Mai 1960 ertönte die kratzige Stimme General Alparslan Türkeş´ im Radio. Er ließ das Volk wissen, dass die frei gewählte Regierung gestürzt sei. Die Armee verbrachte den türkischen Premier und den Präsidenten nach Yassıada. Dort wurde ihnen über fast ein Jahr der Schauprozess gemacht – man verhörte, filmte, erniedrigte sie. Fast 600 Politiker und Beamte standen vor Gericht, 15 Prominente wurden zum Tode verurteilt. Der Präsident versuchte sich zu erhängen. Der Premier nahm Schlaftabletten. Sie pumpten ihm den Magen aus und knüpften ihn danach auf.

So wurde in der Türkei Politik gemacht. Fünf Putsche in 50 Jahren, der letzte halbherzige Umsturzversuch liegt gerade zwei Jahre zurück [2007 – Anm. d. Red.]. Er begann auf der Internetseite des Militärs und endete in einer Parlamentsabstimmung, die die Regierung gewann. Welch ein Unterschied! Der blutige Coup von 1960 gipfelte in der Hinrichtung des Regierungschefs. [...]

Der Istanbuler Politologe Şahin Alpay war 16 Jahre alt, als die Generäle den konservativen Premier Adnan Menderes stürzten. Seine Familie freute sich über die Stimme von General Türkeş im Radio. Das ist wichtig zu wissen, um die Gräben und Gegensätze in der Türkei zu begreifen. Alpays Vater, Mutter, Tante, Onkel waren säkulare, eher links orientierte Republikaner und als solche strikt gegen den volksnahen Menderes, der im gläubigen Anatolien der Bauern und Handwerker seine Basis hatte. Ankara und auch Istanbul, wo Alpay lebt, huldigten dem Gründervater Kemal Atatürk, seiner Armee und dem säkularen Lebensstil. In den Metropolen der Westtürkei, für die Beamten und Lehrer, in den Augen der Alpay-Familie kam der Putsch als Erlösung von Menderes´ herrischem Regierungsstil, von der jahrelangen Vernachlässigung der Beamtenschicht. Die Eliten hielten den Coup für nötig und trugen die Nachricht nach außen.

So war dann auch der Westen – obschon flüchtig irritiert über die Hinrichtungen – am Ende beruhigt. Der Coup der türkischen Streitkräfte, auch die folgenden Umstürze, waren für viele Europäer und Amerikaner etwas durchaus Begrüßenswertes, für den Erhalt der kemalistischen Republik und zur inneren Festigung des Nato-Verbündeten. [...]

Şahin Alpay, heute ein unabhängiger Befürworter der Politik Erdoğans, bekennt, dass er das Eingreifen der Armee früher eher begrüßte. So wie viele Linke und Intellektuelle in der Türkei, die sich an dem vom gläubigen Volk gewählten Premier rieben. Alpay hatte sich in kalifornischen Bibliotheken mit sozialistischer Literatur aufgeladen, wurde Maoist. „Nieder mit den USA!" und „Zum Teufel mit dem Kapitalismus!" waren die Losungen der Intellektuellen im Nato-Land Türkei. Einige Linke brüteten 1971 selbst einen Putsch aus. Doch sie wurden von den Generälen genarrt. Nach dem Militärputsch vom 12. März 1971 drohte vielen Linken die Haft. Alpay tauchte unter, als die Häscher ihn per Rundfunkdurchsagen suchen ließen. Er floh, zunächst nach Syrien und Libanon, wo er zusammen mit PLO-Kämpfern trainierte, später ins wohltemperiert linke Schweden. Viele freie Denker gingen ins Exil. Wer blieb, verkämpfte sich in den Straßenschlachten Linker und Rechter in den siebziger Jahren. Die Polizei stand irgendwo dazwischen, die Armee noch in den Kasernen. Die Türkei stand am Abgrund des Bürgerkriegs. [...]

Als die Armee am 12. September [1980] die Kasernen verließ, hörten die Straßenschlachten auf. „Es war, als hätte der Schiedsrichter das Spiel abgepfiffen", schrieb der englische Publizist Hugh Pope. Damals rief der Oppositionsführer Bülent Ecevit im Generalstab an: „Da steht ein Panzer vor meinem Haus. Ist ein Coup im Gange?" Diesmal wurden die politischen Führer nicht gehängt, sondern in den Zwangsurlaub geschickt. Washington billigte den Coup, und General Evren pries die Einheit der Nation. Im Radio erklang „Vorwärts, o Türke, immer vorwärts", während Journalisten und Linke in den Kerkern verschwanden.

Şahin Alpay war auf einer Nachbarinsel von Yassıada, als die Generäle die Macht ergriffen. Um fünf Uhr morgens weckte ihn ein Freund, zitternd vor Schock, und sagte ihm, das Militär sei auf den Straßen. Alpay fühlte sich zunächst nicht bedroht. Er hatte mittlerweile zwei Kinder, begann die Vorzüge politischer Aufgeräumtheit zu schätzen. „Wir waren schwer enttäuscht von der Politik", sagt er. Jeden Tag kamen in den Straßenkämpfen mehrere Menschen ums Leben. „Jeder wusste, dass sich da etwas zusammenbraute."

Aber mit dem, was kam, hatte niemand gerechnet. Alpay wurde verhaftet und saß in İzmir ein. Er wurde Zeuge von Folter und Quälerei. Doch er hatte Glück. Verwandte setzten sich erfolgreich für Alpay ein, er kam nach zehn Tagen frei. Die Armee aber blieb an der Macht. Sie erlaubte die Abtreibung und schränkte die Freiheitsrechte ein. Sie erließ eine neue autoritäre Verfassung, die den Staatsgläubigen gefiel, kämpfte gegen Kopftücher und beendete die Straßenkämpfe. In den vier Jahren nach der Machtergreifung gingen 178 565 Türken in Haft, wurde 64 505 der Prozess gemacht, ereilte 41 727 ein Urteil, 326 davon das Todesurteil. 15 000 geflohene Türken verloren ihre Nationalität.

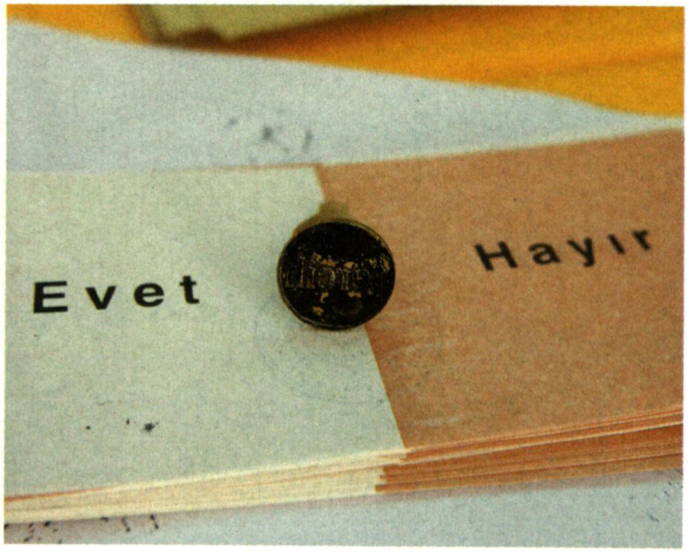
Die Generalität war durchdrungen von ihrer Mission, den „heiligen türkischen Staat" zu retten und gegen die chaotischen Reflexe des Bürgers zu verteidigen; natürlich stets zum Wohl des Bürgers selbst. [...] Seit 1980 ist das Militär nicht mehr auf die Straßen gegangen. Dennoch versuchten die Generäle wiederholt, dem Lauf der Politik in die Speichen zu greifen. Da war zunächst der postmoderne Coup von 1998, als die Streitkräfte ein Kesseltreiben von Medien, Big Business und Behörden gegen die Regierung des Islamisten Necmettin Erbakan entfesselten. Der Mann musste gehen. Şahin Alpay hielt das für falsch. „Ich lehnte Erbakans antiwestliche und antisemitische Politik ab. Aber ich war gegen den Putsch."

Neun Jahre später schrieben die Generäle einen offenen Drohbrief an Ministerpräsident Erdoğan. „Der Säkularismus der Türkei ist in Gefahr!", warnte das Militär in seinem berüchtigten E-Memorandum vom April 2007. Erdoğan überlebte die Cyberattacke ebenso wie einen Versuch kemalistischer Staatsanwälte, seine Partei 2008 zu verbieten. Türkische Ermittler bringen dieser Tage weitere Versuche von Gendarmerie- und Armeeoffizieren ans Tageslicht, Putschpläne mit so schönen Namen wie „Mondlicht", „Blondine", „Handschuh" und „Käfig". Doch steht die Mehrheit der Generalität längst nicht mehr dahinter. Den Verschwörern wird der Prozess gemacht. „Die Türkei braucht keine gelenkte Demokratie mehr", sagt Şahin Alpay, der heute für die konservative Zeitung Zaman schreibt. In jüngsten Umfragen lehnen die meisten Säkularen und Linken Putsche ab. [...]

Michael Thumann, „Kulturhauptstadt wozu?", in: Die Zeit Nr. 2 vom 7. Januar 2010

AP Photo / Burhan Ozbilici

Disput im Parlament im April 2010 zwischen dem Oppositionspolitiker Tayfun İçli (l.) und AKP-Abgeordneten über die geplanten Verfassungsreformen



Adem Altan / AFP / Getty Images

Stimmkarten für das Referendum am 12. September 2010, in dem die Bürger mehrheitlich für eine umfassende Reform der Verfassung von 1982 votieren

politische Betätigungsverbote für die Tarifparteien und begrenzte die Möglichkeiten von Angehörigen des staatlichen Sektors, parteipolitisch aktiv zu werden. Ziel war eine Entpolitisierung der Bevölkerung. Insgesamt war die neue Verfassung von dem Grundsatz geprägt, dass die öffentlichen Interessen Vorrang vor den individuellen Interessen hätten. Anders formuliert hatte nach den Vorstellungen der Verfassungsväter der Bürger für den Staat da zu sein und nicht umgekehrt.

Verfassungsreformen

Als nach der Rückkehr zur zivilen Demokratie die politischen Akteure an Einfluss gewannen, wurden die demokratischen Schwächen des Textes von 1982 und der dadurch in die Wege geleiteten Praxis auch der breiteren politischen Öffentlichkeit bewusst. Der Druck nach Reformen wuchs. Dies wurde besonders im Zusammenhang mit dem EU-Beitrittsprozess deutlich, als die Union beständig die für eine Erfüllung der sogenannten Kopenhagener Kriterien notwendigen Maßnahmen anmahnte. Diese sind ohne erhebliche Änderungen der Verfassung nicht möglich. Nach einem ersten kleinen Schritt im Herbst 1995 erfolgten im Frühjahr 2001 und im September 2010 weitreichende Reformen. Dazwischen gab es immer wieder kleinere Modifizierungen. Sie alle führten zu einer deutlichen Liberalisierung der türkischen Verfassung.

Die Grundfreiheiten und Menschenrechte wurden in vielen Fällen liberaler gefasst und die staatlichen Eingriffsrechte in die Meinungs- und Versammlungsfreiheit, aber auch in die politische Organisationsfreiheit beschnitten. Das Gleichheitsprinzip und der Nichtdiskriminierungsgrundsatz wurden gestärkt. Der politische Einfluss des Militärs wurde vor allem durch eine „Zivilisierung" des Nationalen Sicherheitsrates, eine Reduzierung der Zuständigkeiten der Militärjustiz sowie eine Verstärkung der staatlichen Finanzkontrolle der Militärausgaben deutlich eingeschränkt. Der Einfluss der hohen Justizorgane soll durch Änderungen in der Zusammensetzung des Verfassungsgerichts und des Hohen Richter- und Staatsanwälterates liberalisiert werden. Insgesamt hatten alle seit Ende der 1980er-Jahre erfolgten Änderungen der Verfassung von 1982 das Ziel, den obrigkeitsstaatlichen Grundzug dieses Dokumentes in Richtung offener demokratischer Verhältnisse zu verändern.

Kommt nun eine „zivile" Verfassung?

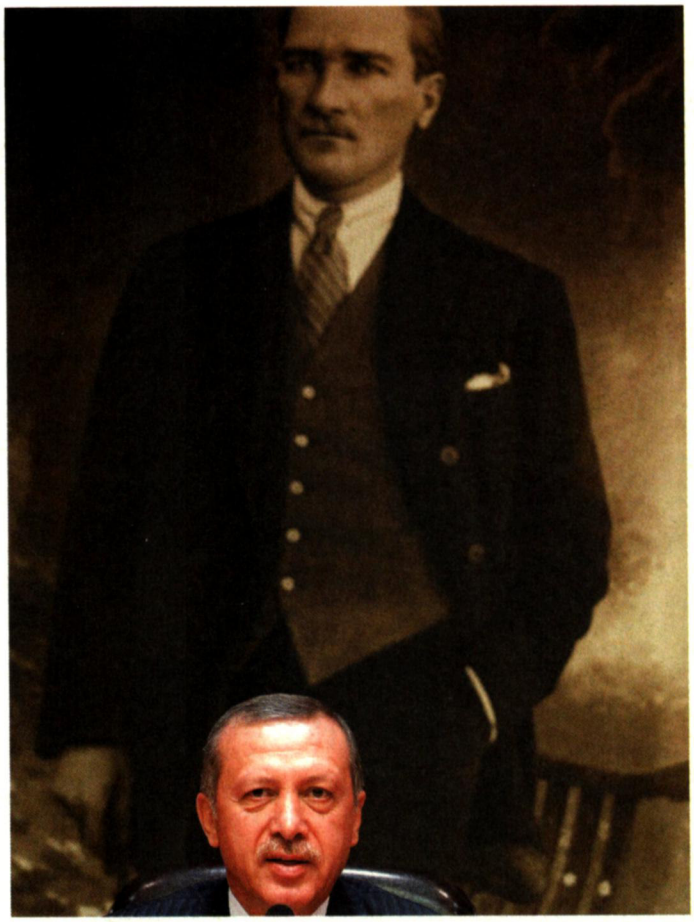
Das ist immer noch nicht vollständig gelungen und wegen der „Ewigkeitsgarantie" für die kemalistischen Grundlagen der Republik einschließlich der atatürkischen Reformgesetze der 1920er-Jahre wohl auch kaum ohne Einschränkungen möglich. Deshalb hat in den letzten Jahren in der türkischen politischen Öffentlichkeit die Debatte um die Notwendigkeit einer ganz neuen Verfassung an Bedeutung gewonnen. Ein erster, relativ fortgeschrittener Anlauf in diese Richtung wurde von der regierenden AKP allerdings im Herbst/Winter 2007/2008 ohne erkennbare Gründe abgebrochen. Doch wurde das Vorhaben im Oktober 2011 in der Nationalversammlung wieder aufgenommen.

Es dürfte allerdings sehr schwierig werden, die tiefen ideologischen Spaltungen zwischen den Parteien, vor allem in der Kurdenfrage und mit Blick auf das „kemalistische Erbe", zu überwinden und eine weitgehend auf einem gesamtgesellschaftlichen Konsens beruhende Verfassung zu schaffen. Außerdem stellt sich die Frage, wie sehr Ministerpräsident Erdoğan noch an dem Projekt interessiert ist, nachdem der von ihm damit auch angestrebte Wandel der Türkei in ein Präsidialsystem aufgrund der mangelnden AKP-Mehrheit im Parlament weniger wahrscheinlich geworden ist. In jedem Fall aber wäre es notwendig, die ideellen Grundlagen der neuen Verfassung nicht mehr in der kemalistischen Revolution, sondern im Text und Geist der Europäischen Menschenrechtskonvention und der Grundrechtecharta der EU zu verankern.

Heinz Kramer

Die politische Praxis: Institutionen und Verfahren

Eine herausragende politische Rolle im türkischen Staat spielen neben den Parteien, der Regierung und dem Staatspräsidenten die hohe Justiz und das Militär, wobei letzteres inzwischen deutlich an Einfluss verloren hat. Kaum zu durchschauen ist das Phänomen des „tiefen Staates", wie die vielfältigen Verflechtungen von Politik, Justiz, Verwaltung und organisiertem Verbrechen in der Türkei genannt werden.



ullstein bild – Reuters / Umit Bektas

Unter den Augen des Staatsgründers: In der Regierungszeit Erdoğans erfolgen die umfangreichsten demokratischen Änderungen seit Atatürk.

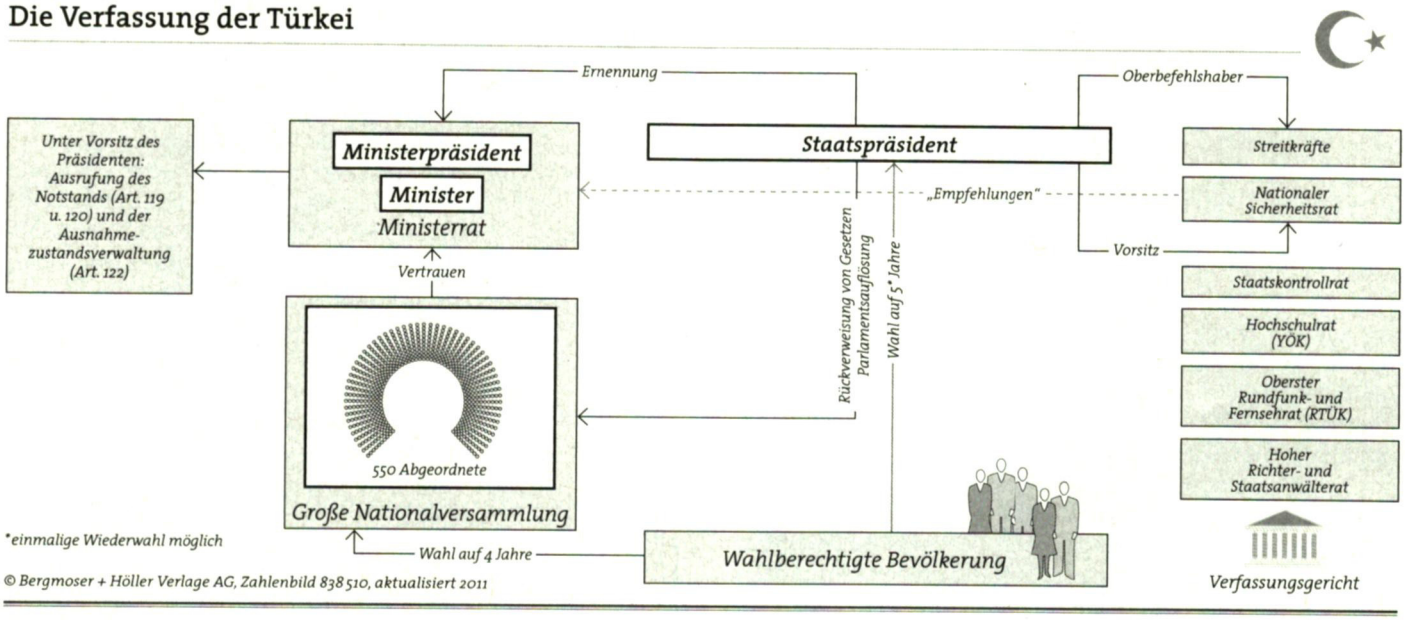
Ideologische Grundlagen und der Verfassungsrahmen bilden gleichsam den Hintergrund, vor dem das öffentliche politische Leben abläuft. Dieses wird von staatlichen Institutionen, politischen und gesellschaftlichen Organisationen und deren Zusammenspiel geprägt. Das politische System der Republik Türkei beruht auf dem Prinzip der Gewaltenteilung. Die exekutive Gewalt liegt bei der Regierung. Die legislative Gewalt wird sowohl von der Regierung (im Wege von Dekreten) als auch – und das ist die Regel – vom Parlament ausgeübt. Die Justiz ist formal unabhängig von der exekutiven und legislativen Gewalt. Wie in allen demokratischen Gesellschaften bilden Wahlen, Parteien und Parlament den wichtigsten politischen Komplex. Aufgrund der historischen Entwicklung spielen und spielten in der Türkei jedoch das Militär, Teile der Staatsbürokratie und Angehörige der obersten Gerichte eine überaus wichtige politische Rolle. Zivilgesellschaftliche Organisationen beteiligen sich hingegen erst relativ kurz am politischen Leben.

Wahlsystem und Regierungen seit 1950

Seit der Etablierung des Mehrparteiensystems in den Wahlen von 1950 wurde in der Türkei eine Vielzahl an Wahlsystemen ausprobiert, vom anfänglichen Mehrheitswahlrecht bis zum Verhältniswahlrecht mit Sperrklausel. Ziel war dabei in erster Linie die Herrschaftssicherung der führenden Partei und/oder die Verhinderung einer zu großen parteipolitischen Zersplitterung des Parlaments. Das gegenwärtige Wahlsystem ist ein Verhältniswahlrecht mit Wahlkreislisten und einer landesweiten Zehn-Prozent-Sperrklausel. Damit wird regelmäßig der Einzug einer, in der Regel nur im Südosten starken, kurdischen Partei ins Parlament verhindert. Doch können in den Wahlkreisen unabhängige Kandidaten antreten, für die die Sperrklausel nicht gilt. Die Legislaturperiode beträgt für die 550 Abgeordneten, die mindestens 25 Jahre alt sein müssen, vier Jahre. Für vakant gewordene Sitze gibt es keine Nachrücker; dafür werden innerhalb der Legislaturperiode Zwischenwahlen durchgeführt.

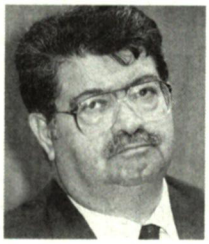
Trotz der wahlrechtsbezogenen Bemühungen um eine Parteienkonzentration im Parlament kam es häufig genug zu Wahlergebnissen, die eine Koalitionsregierung notwendig machten, so etwa in der Zeit von 1974 bis 1980 und von 1991 bis 2002. Diese Phasen waren in der Regel von einer wachsenden politischen Instabilität und einer mäßigen Regierungsleistung geprägt, weil sich die Koalitionspartner aus ideologischer oder persönlicher Rivalität häufig gegen-

Die Verfassung der Türkei



AP Photo

Adnan Menderes (1950-1960)



ullstein bild – Sven Simon

Turgut Özal (1983-1989)

picture-alliance / dpa

Recep Tayyip Erdoğan (seit 2003)

seitig blockierten. Des Öfteren gab es vorgezogene Neuwahlen, weil die Koalitionen aus diesen Gründen platzten.

Die Zeiten einer klaren Mehrheitsherrschaft einer Partei (Demokratische Partei [DP] 1950 bis 1960; Mutterlandspartei [AnaP] 1983 bis 1991 und AKP 2002 bis 2011/15) waren auch jene Jahre, in denen erhebliche politische Veränderungen stattfanden. In der Regel begünstigten sie die Position religiös-konservativer Kreise und brachten damit eine Lockerung des strengen kemalistisch-laizistischen Korsetts der Republik mit sich. Die DP-Jahre unter Ministerpräsident Adnan Menderes waren durch die Festigung der Westbindung der Türkei sowie eine gewisse Rückkehr des politischen Islam gekennzeichnet. Die Ära von Ministerpräsident Turgut Özal (AnaP) brachte die wirtschaftliche und teilweise auch gesellschaftliche Öffnung gegenüber der weiteren Außenwelt und legte so die Grundlagen für das breite Erwachen bürgerlich-demokratischer Ideen in der türkischen Gesellschaft sowie für die globale Emanzipation der konservativ-religiösen zentralanatolischen Bourgeoisie.

Die AKP-Jahre unter Premierminister Recep Tayyip Erdoğan stehen für die bisher größten formalen demokratischen Veränderungen seit der Gründungsphase der Republik als Konsequenz aus dem seit 1999 in Gang gesetzten Beitrittsprozess zur EU, der nach 2002 zeitweise Fahrt aufnahm. Gleichzeitig wurde der politische Einfluss des Militärs erheblich beschnitten und der Einfluss der kemalistischen Staatseliten begrenzt. Die konservativ-religiösen Kreise der Gesellschaft gewannen deutlich an Selbstbewusstsein. Der bisherige „Rand" der Gesellschaft fing an, sich im „Zentrum" zu etablieren.

Wahlen und Regierungen der Türkei (1950-2011)

Wahljahr	Parteien (Stimmenanteil in %)	Regierung	Ministerpräsident
1950	CHP (39,8); DP (53,4)	DP	Adnan Menderes
1954	CHP (35,3); DP (57,5)	DP	Adnan Menderes
1957	CHP (41,1); DP (47,9)	DP	Adnan Menderes
1961	CHP (36,7); AP (34,8); CKMP (13,9); YTP (13,7)	CHP/AP	İsmet İnönü
1965	CHP (28,7); AP (52,8)	AP	Süleyman Demirel
1969	CHP (27,3); AP (46,5);	AP	Süleyman Demirel
1974	CHP (33,3); AP (29,8); DP (11,9); MSP (11,8)	CHP/MSP AP/MSP/MHP/CHP (Regierung der Nationalen Front)	Bülent Ecevit Süleyman Demirel
1977	CHP (41,4); AP (36,9); MSP (8,6); MHP (6,4)	AP/MSP/MHP	Süleyman Demirel
1983	AnaP (45,1); HP (30,46); MDP (23,3)	AnaP	Turgut Özal
1987	AnaP (36,3); SHP (24,7); DYP (19,1)	AnaP	Turgut Özal
1991	AnaP (24,0); DYP (27,0); SHP (20,7); RP (16,8); DSP (10,7)	DYP/SHP DYP/CHP	Süleyman Demirel Tansu Çiller
1995	AnaP (19,6); RP (21,4); DYP (19,2); DSP (14,6); CHP (10,7)	AnaP/DYP RP/DYP AnaP/DSP/DTP	Mesut Yılmaz Necmettin Erbakan Mesut Yılmaz
1999	DSP (22,2); MHP (17,9); FP (15,4); AnaP (13,2); DYP (12,1)	DSP/MHP/AnaP	Bülent Ecevit
2002	AKP (34,4); CHP (19,4)	AKP	Abdullah Gül; ab März 2003 Recep Tayyip Erdoğan
2007	AKP (46,6); CHP (20,9); MHP (14,3)	AKP	Recep Tayyip Erdoğan
2011	AKP (49,9); CHP (25,9); MHP (12,9)	AKP	Recep Tayyip Erdoğan

Anmerkung: Es sind nur jene Parteien genannt, die ein bedeutendes Ergebnis erzielten bzw. für eine Regierungsbildung Bedeutung besaßen. Desgleichen sind in der Regel nur jene Regierungen genannt, die unmittelbar aus den Wahlen hervorgingen oder wo ein Koalitionswechsel mit wechselnder Parteienkonstellation einherging. Übergangsregierungen nach Militärputschen etc. werden nicht erwähnt.

Zusammenstellung: Heinz Kramer

Parteienlandschaft nach 2002

Am 12. Juni 2011 gewann die regierende Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) die turnusmäßigen Parlamentswahlen mit 49,9 Prozent der Stimmen. Sie konnte damit 326 Abgeordnete in die 550 Sitze umfassende Nationalversammlung entsenden. Außer der AKP gelang dies nur noch der Republikanischen Volkspartei CHP (25,9 Prozent; 135 Sitze) und der Partei der nationalistischen Bewegung MHP (12,9 Prozent; 53 Sitze). Außerdem zogen 36 Abgeordnete der kurdischen Partei für Frieden und Gerechtigkeit (BDP) ins Parlament ein, die als Unabhängige kandidiert hatten, um der Zehnprozenthürde für den Einzug ins Parlament zu entgehen. Diese vier Gruppierungen repräsentieren etwa 95 Prozent der türkischen Wählerinnen und Wähler. Mit diesem Ergebnis wurde die dominante politische Position der AKP ebenso eindrucksvoll bestätigt wie der tiefe Wandel in der türkischen politischen Landschaft, der mit den Wahlen vom 3. November 2002 seinen Anfang genommen hatte.

Damals war das türkische Parteiensystem erheblich aus der Balance geraten, weil außer der AKP und der CHP keine andere Partei die Zehnprozenthürde überwinden konnte. AnaP, DYP und DSP wurden vom Wähler für ein Jahrzehnt verfehlter Wirtschafts- und Sozialpolitik, begleitet von hemmungsloser Korruption, abgestraft. Diese Entwicklung wurde in den Wahlen von 2007 weitgehend bestätigt: Die AKP konnte ihre Mehrheit deutlich ausbauen. Die CHP hielt ihre Stellung als stärkste Oppositionspartei. Die MHP kam wieder ins Parlament. Neu war, dass erstmals seit 1994 eine „kurdische" Fraktion in der Nationalversammlung vertreten war, weil genügend kurdische Politiker als „Unabhängige" gewählt wurden, die sich dann zur Fraktion der Partei der demokratischen Gesellschaft (DTP) zusammenschlossen.

Die Wahlen vom 12. Juni 2011 stabilisierten die seitdem etablierte Kräfteverteilung im politischen System. Die politische Mitte wird von der konservativ-traditionellen AKP dominiert. Die Opposition bilden die im kemalistischen Erbe der Republik verwurzelte CHP und die rechts-nationalistische MHP sowie eine kleine Gruppierung des organisierten kurdischen Nationalismus. Die alten Parteien der rechten und linken Mitte konnten sich nach dem Desaster von 2002 nicht regenerieren.

Was bewegt die AKP?

Für die einen ist sie eine verkappte Islamisten-Partei, die das Land in einen zweiten Iran verwandeln will. Für die anderen ist die türkische Regierungspartei AKP das, was die CDU für Deutschland ist: eine konservative Partei mit religiöser Basis. Welche Lesart ist die richtige? Oder greifen beide zu kurz? Sechs Thesen auf dem Prüfstand.

„Die Türkei ist ein Modell für die arabische Welt"

Ja, aber. [...] Umfragen des unabhängigen Istanbuler Think-Tanks TESEV belegen, wie sehr das Ansehen der Türkei in der arabischen Welt gestiegen ist. 2010 gaben 80 Prozent der Befragten in mehreren arabischen Staaten an [...], dem Land gegenüber positiv eingestellt zu sein. Und zwei Drittel sahen in der Türkei ein Vorbild für ihre eigenen Länder. Was den Arabern am türkischen Modell gefällt, liegt auf der Hand: der Erfolg des demokratischen Experiments in einer von autoritären Systemen geprägten Region, die (zumindest teilweise gelungene) Aussöhnung von Islam, Säkularismus und gesellschaftlichen Freiheiten, das immense Wirtschaftswachstum – und das selbstbewusste Auftreten von Tayyip Erdoğan. [...]

Ein Vorbild? Noch heute leidet die türkische Demokratie an gravierenden Defiziten, und die AKP-Regierung hat bislang nicht genug unternommen, um sie zu beheben. Hinzu kommt, dass eine konservativ-islamische Partei, deren Wählerschaft gläubig, aber nicht radikal ist, nach den Erfahrungen in der Türkei offenbar nur dort entstehen kann, wo islamistische Bewegungen irgendwie partizipieren können. In den meisten der autoritären Systeme des Nahen und Mittleren Ostens war das bisher nicht der Fall. Zudem fehlt dort der Druck aus Brüssel, der in der Türkei erhebliche Reformanstrengungen in Gang gesetzt hat. Eins zu eins übertragbar ist das Modell also nicht, lehrreich ist die Genese der AKP allemal.

„Ziel der AKP ist eine Islamisierung à la Iran"

[...] Richtig ist: Die AKP hat sich immer wieder für die religiösen Belange ihrer Wähler eingesetzt, etwa für die Aufhebung des Kopftuchverbots an den Universitäten. Ein entsprechendes Gesetz scheiterte allerdings ebenso wie der Vorstoß einiger AKP-Politiker, ein Alkoholverbot in der Öffentlichkeit einzuführen.

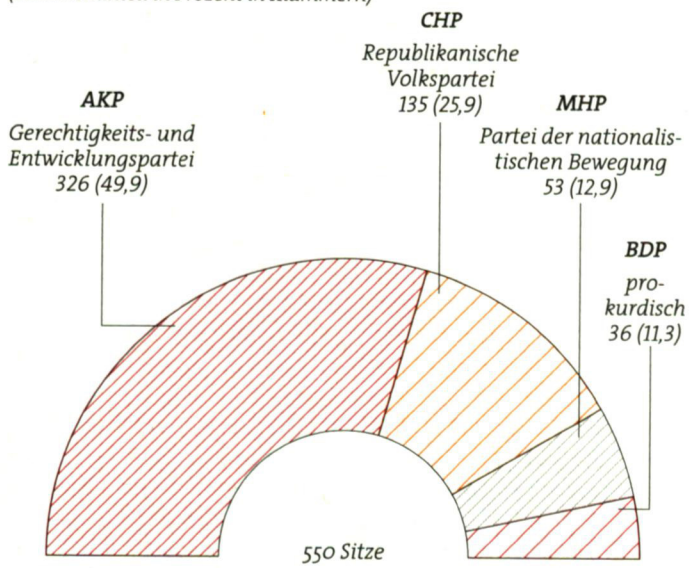
In Wirklichkeit ist die AKP vor allem eins: pragmatisch. Es geht ihr um eine florierende Wirtschaft und, natürlich, um Wählerstimmen – und ihre Wählerschaft ist nun einmal mehrheitlich religiös. [...] Die Wähler haben Erdoğan nicht deshalb wiedergewählt, weil er ein frommer Muslim ist, sondern weil er ihnen Wohlstand bringt [...]. Und doch ist das Land gespalten. [...] Der Graben verläuft dabei allerdings nicht unbedingt zwischen Säkularen und Islamisten, sondern zwischen etablierten und aufsteigenden Eliten. Es ist der anatolische Mittelstand, der den alten kemalistischen Eliten ihr Machtmonopol und ihre Pfründe streitig macht. Diese frommen Türken sind der Motor des Wirtschaftswunders, und sie halten sich für moderner als die verkrustete Kaste von säkularen Offizieren und Beamten, die das Land seit Republikgründung fest im Griff hatte. Erdoğans Partei versteht sich als Anwältin der Peripherie, sie akzeptiert das staatlich verordnete Modernisierungsmodell der kemalistischen Ideologie nicht mehr. Es geht dabei aber weniger um Religion als um politische Macht, um Ressourcen, um „die Kontrolle der Türkei im 21. Jahrhundert" (so der Journalist Michael Thumann). [...]

„Die Partei unterwandert die staatlichen Behörden"

In der Tat. Doch damit tut die Regierung nichts anderes als zuvor die Kemalisten – den Staat für die eigenen Zwecke zu nutzen. Hier zeigt sich das Kernproblem des politischen Systems: Es basiert immer noch auf der illiberalen Verfassung von 1982, die ganz auf den türkischen Zentralismus zugeschnitten ist. Sie war nach dem Militärputsch unter Aufsicht des Militärs entstanden und diente dazu, den

Das türkische Parlament

Sitzverteilung nach der Wahl vom 12. Juni 2011 (Stimmenanteil in Prozent in Klammern)



dpa-Grafik 4199

Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP)

Die türkische Parteienlandschaft wird seit 2002 klar von der AKP beherrscht. Diese präsentiert sich als ein breites, informelles Bündnis von überwiegend religiös-konservativen Kräften, religiös-nationalen Gruppen, islamistischen Zirkeln, bürgerlich-liberalen Einsprengseln und einer kurdischen „Fraktion". Zudem konnte sich die AKP durch eine intensive Basisarbeit in großstädtischen Randgebieten das Image einer sozial-fürsorglichen Partei zulegen und damit ein eher sozialdemokratisches Themen- und Aufgabengebiet besetzen. Dieser Charakter einer „Volkspartei", der durch die demokratische Reformpolitik vor allem der Jahre 2002 bis 2004 und eine äußerst erfolgreiche Wirtschaftspolitik mit erkennbarer Wohlstandsmehrung für alle Bürgerinnen und Bürger unterstrichen wurde, erlaubte es ihr, weit über ihre Kernklientel hinaus Wählerinnen und Wähler auch in Kreisen des modernen städtischen Mittelstandes und in den kurdischen Südostprovinzen zu gewinnen.

Die AKP hat ihre Wurzeln im politischen Islam der Türkei, ist aber keine islamistische Partei. Sie entstand 2001 aus der Spaltung dieses politischen Lagers in die „moderne" AKP und in die der islamistischen Tradition unter ihrem Führer Necmettin Erbakan (1926-2011) verhaftet bleibende Glückseligkeitspartei (SP). Die Führung der AKP löste sich von Erbakans Linie der po-

Staat vor den Bürgern zu schützen, und nicht umgekehrt.

Zunächst war Erdoğan mit dem Versprechen angetreten, den Staat zu reformieren. Er machte sich gleich daran, das türkische Strafrecht an EU-Standards anzugleichen, und drängte schrittweise den Einfluss des bis dahin übermächtigen Militärrats zurück. Immer erbitterter wurde der Machtkampf geführt, 2008 strengte das Verfassungsgericht sogar ein Parteiverbotsverfahren gegen die AKP an. Mit der Folge, dass Erdoğans Leute in die Verhaltensweisen verfielen, die sie an ihren Vorgängern stets kritisiert hatten: brutale Polizeieinsätze gegen Demonstranten, Streit mit regierungskritischen Medien, scharfes Vorgehen gegen „Türkentum-Leugner" und „Terroristen", auch eine härtere Gangart im Zypern- und im Armenien-Konflikt, um den Vorwurf zu entkräften, es mangele der AKP am nationalen Eifer.

[...] [E]s reicht nicht, wenn die Opposition der Regierung vorwirft, eine „Diktatur der konservativ-religiösen Mehrheit" zu errichten. Sie sollte vielmehr konstruktiv daran mitwirken, eine neue Verfassung zu verabschieden, die erste zivile Verfassung in der Geschichte der Türkei, um diesem Missbrauch einen Riegel vorzuschieben.

„Die Regierung treibt den EU-Beitritt vehement voran"

Das war einmal. Nach ihrer Regierungsübernahme 2002 suchte die AKP den „Schutz" der EU. Als unter Islamismus-Verdacht stehende Partei hatte sie nicht nur die kemalistische Opposition gegen sich, sondern auch das laizistische Establishment und das Militär. [...] Die AKP war eine proeuropäische Partei, weil sich vieles von dem, was Brüssel forderte, mit den Forderungen ihrer Wählerschaft deckte: mehr Demokratie, Religionsfreiheit, Gewaltenteilung. Mithilfe der EU setzte Erdoğan Reformen durch, drängte den Einfluss des Militärrats zurück und erstritt mehr Rechte für religiöse Minderheiten. Je fester allerdings Erdoğan und seine AKP im Sattel saßen, desto weniger waren sie auf europäische Rückendeckung angewiesen. Das Thema EU-Mitgliedschaft ist nicht vom Tisch, eine unangefochtene Priorität ist es aber nicht mehr. [...]

„Die Türkei wendet sich vom Westen ab"

Na und? Wenn Ankara eine regionale Schlüsselrolle spielen will, bleibt ihm nichts anderes übrig, als sich in alle Richtungen zu orientieren. [...]

Wirtschaftspolitisch setzt die AKP einen Prozess fort, der in den achtziger Jahren begann, den der Liberalisierung und Öffnung. Die Türkei hat sich von einer außenpolitisch verkrusteten Staatswirtschaft in eine boomende Exportnation verwandelt. Kein Wunder, dass man an verbesserten Beziehungen in alle Richtungen interessiert ist. Sie sind wichtig fürs Geschäft. [...]

Das mag eine relative Abwendung vom Westen bedeuten – eine totale ist es nicht. Die AKP will sich den Weg nach Europa nicht verbauen, auch wenn andere Weltregionen stärker in den Fokus rücken. [...] Die AKP-Politiker wissen, dass ihnen ihre islamische Identität in der arabischen Welt einige Türen öffnet. Doch sie wissen auch, dass ein Zuviel an Religion andere Türen verschließt. Religiöser Fanatismus und globale Geschäfte vertragen sich nun mal nicht. Business statt Islamismus heißt die Formel, auf die man es bringen könnte.

„Im Streit mit Israel hat die AKP den Bogen überspannt"

Das könnte sein. Die AKP muss auf Wählerfang gehen. Und weil die Solidarität mit den Palästinensern im Land traditionell hoch ist, spielt die Regierung immer wieder die Israel-Karte. [...]

Man könnte den Konflikt gelassen nehmen [...]. Doch Erdoğans Kurs birgt Gefahren. Seine Außenpolitik kostet ihn Vertrauen, von „Null-Problem-Politik" kann keine Rede mehr sein. Stattdessen macht die Türkei eine neue Konfliktlinie in Nahost auf, brüskiert die Vereinigten Staaten und die Europäische Union, verliert im Westen außenpolitisch an Ansehen und schafft Instabilität. Erdoğans Israel-Politik droht zum Boomerang zu werden.

Luisa Seeling, „Die türkische AKP", in: Internationale Politik – IP, November/Dezember 2011, S. 68ff.

litischen Instrumentalisierung religiöser Elemente. Sie betonte stattdessen einen demokratisch gefärbten Konservatismus und bekannte sich zur Eingliederung der Türkei in die moderne, sich immer stärker globalisierende Welt des 21. Jahrhunderts. Dies äußerte sich vor allem in einem klaren Bekenntnis zum türkischen Wunsch eines EU-Beitritts und einer weiteren Liberalisierung und Öffnung der türkischen Wirtschaft zum Weltmarkt, die schon in den 1980er-Jahren unter Ministerpräsident Turgut Özal, ebenfalls ein ehemaliger Anhänger Erbakans, begonnen worden war. Mit dieser Politik machte sich die AKP die Kreise des auch international aufstrebenden, gesellschaftlich aber traditionellen Vorstellungen verhafteten anatolischen Wirtschaftsbürgertums gewogen. Dieses bildet das wirtschaftliche Rückgrat der AKP.

Erdoğan und seine Gefolgsleute bezeichneten diese neue Orientierung als „konservative Demokratie" und verglichen sich eher mit europäischen Christdemokraten als mit ihren islamistischen Vorgängern in der Türkei. Die Mehrheit der AKP-Anhänger und viele ihrer lokalen Funktionäre sehen die „richtige" Türkei als eine Gemeinschaft von frommen Sunniten, die die Republik und ihre demokratischen Grundlagen respektieren, die traditionellen Werte in der Familie und im gesellschaftlichen Zusammenleben achten und für eine weltoffene Marktwirtschaft eintreten, in der politische Amtsträger ihre Parteifreunde und Sympathisanten begünstigen.

Generell gibt es durchaus Anlass zu der Frage, wie liberal das Laizismus- und Demokratieverständnis der AKP tatsächlich ist. Es ist jedenfalls auffallend, wie oft im politischen Diskurs auch von AKP-Führungspersonen die Positionen der Partei mit einem Hinweis auf den „Volkswillen" gerechtfertigt werden. In diesem Anspruch, aus einer Mehrheitsposition die Legitimation zur alleinigen Repräsentation „des Ganzen" abzuleiten, zeigt sich nicht nur ein unterentwickeltes Verständnis von Politik in einer pluralistischen Gesellschaft. Es zeigt sich auch eine Ähnlichkeit mit dem Anspruch der klassischen kemalistischen Eliten, aufgrund ihrer von Fortschritt und Rationalität geprägten Ideologie den „unwissenden Massen" den richtigen Weg weisen zu müssen.

Zudem zeigt die AKP Anzeichen politischer Ermüdung und einer parteipolitischen Normalisierung. Dies wird vor allem in der nahezu absoluten innerparteilichen Machtkonzentration beim Parteivorsitzenden deutlich sowie in den zunehmenden Korruptionsvorwürfen gegen führende AKP-Vertreter. Solange ihre Politik aber wirtschaftlichen Fortschritt für die Mehrheit der Bevölkerung bringt, ist ihre Popularität ungebrochen. Das umso mehr, als die Opposition keine gleichermaßen Erfolg versprechende wirtschaftliche Alternative bieten kann.

Republikanische Volkspartei (CHP)

Die Opposition zur AKP wird von der kemalistisch-nationalistischen CHP und von der turko-nationalistischen Partei der nationalistischen Bewegung (MHP) gebildet. Die CHP ist nach dem durch einen öffentlichen Skandal im Mai 2010 erzwungenen Rücktritt des langjährigen Vorsitzenden Deniz Baykal dabei, sich unter der Führung von Kemal Kılıçdaroğlu neu zu finden. Sie möchte an die sozialdemokratischen Traditionen der Partei anknüpfen, ohne den Nimbus der „Partei Atatürks" einzubüßen. Damit hält auch die neue Führung an der Janusköpfigkeit der CHP fest.

Die CHP wurde 1923 von Mustafa Kemal gegründet und steht als älteste Partei der Republik gleichzeitig für das kemalistische Erbe. Immer noch führt sie die „sechs Pfeile" des Kemalismus in ihrem Emblem. Damit symbolisiert sie aber gleichzeitig auch die intellektuelle Verkrustung, in die der Kemalismus seit Beginn des Mehrparteiensystems versunken ist. Die CHP stellte sich nach 2002 unter der Führung von Deniz Baykal ganz in diese republikanisch-kemalistische Tradition. Als größte Oppositionsgruppierung übernahm sie den ideologischen Gegenpart zur AKP, die von den Kreisen der etablierten Republikelite wegen ihrer religiösen Wurzeln mit größtem Misstrauen betrachtet wurde. Opposition wurde aus primär ideologischen Motiven zur prinzipiellen Negierung allen Regierungshandelns. Das galt auch für die Mehrzahl der von der Regierung Erdoğan im Interesse des türkischen EU-Beitritts mit Verve betriebenen Politikreformen. So bezeichnete Baykal die Position, die die EU 2005 bei den Beitrittsverhandlungen bezog, als das Angebot einer „Mitgliedschaft zweiter Klasse". Ebenso lehnte die CHP den auch von der EU befürworteten Annan-Plan zur Regelung des Zypernproblems (siehe S. 53) ab, da er türkischen Interessen zuwiderlaufe.

Insbesondere die Schwächung der politischen Rolle des Militärs wurde von der CHP scharf kritisiert. Die Partei nahm das Militär gegen alle nach 2007 von der Justiz ergriffenen Verfolgungsmaßnahmen in Schutz und bezeichnete den dabei erhobenen Vorwurf umstürzlerischer Aktivitäten als ideologisch geprägten, von der AKP gesteuerten Versuch, die laizistische kemalistische Republik in einen islamischen Staat zu verwandeln.

Staton R. Winter / Bloomberg via Getty Images

Die AKP beherrscht seit 2002 die Parteienlandschaft. AKP-Fahnen und Banner in Üsküdar vor den Parlamentswahlen im Juli 2007

ecopix Fotoagentur

Auch die 1923 von Mustafa Kemal gegründete CHP ist vor Wahlen im Straßenbild präsent, wie hier in Istanbul vor den Kommunalwahlen im März 2009.

Die im Frühjahr 2010 etablierte neue Führung unter Kemal Kılıçdaroğlu konnte im Dezember des Jahres die verbliebenen Anhänger der Baykal-Fraktion klar in eine innerparteiliche Minderheitenposition verweisen und versucht seitdem, das „sozialdemokratische Erbe" der Partei wieder in den Vordergrund zu stellen. Dazu will man verstärkt auf die Bürgerinnen und Bürger zugehen und sich um ihre Alltagsprobleme (Sozialpolitik, Gesundheitspolitik) kümmern, ohne allerdings den laizistisch-kemalistischen Kern der CHP aus den Augen zu verlieren. Dazu gehört auch eine, allerdings sehr vorsichtige, Annäherung an eine Politik der Öffnung in der Kurdenfrage.

Die Ablehnung der Verfassungsreformen beim Referendum vom 12. September 2010 brachte hingegen das Interesse an der Bewahrung kemalistischer Grundsätze ebenso zum Ausdruck wie die im Wahlkampf 2011 geäußerte Solidarität mit den Angeklagten des Ergenekon-Prozesses (siehe S. 37 ff.). Für die „neue" CHP werden die Bemühungen um eine neue Verfassung ebenso zum Test ihrer Kompromissfähigkeit wie für die AKP.

Die Partei der nationalistischen Bewegung (MHP)

Die MHP teilte mit der Baykal-CHP die Vorbehalte gegen von außen kommende angebliche Zersetzungsversuche der nationalen Einheit der Republik und ihres türkischen Volkes. Vor allem lehnt sie Forderungen ab, auf kurdische Wünsche nach ethnisch-kultureller Anerkennung einer kurdischen Identität einzugehen. Die MHP trat 2002 als einzige Partei mit einem dezidierten Anti-EU-Programm zur Wahl an. Mit der AKP verbindet sie eine erhebliche Toleranz gegenüber religiös-konservativen Positionen, gehören zu ihrer anatolischen Kernanhängerschaft doch auch größere Gruppen frommer, sunnitisch-türkischer Muslime. Daher geht sie in Einzelfragen, wie der Wahl des AKP-Außenministers Abdullah Gül zum Staatspräsidenten oder dem vor dem Verfassungsgericht gescheiterten Versuch, das *türban*-Verbot an den Universitäten aufzuheben, auch immer wieder eine begrenzte Zusammenarbeit mit der AKP ein.

Zu ihrem Standarddiskurs gehört der Vorwurf an westliche ausländische Regierungen in Europa und den USA, eine Politik der bewussten Schwächung und Spaltung „der großen türkischen Nation" zu betreiben. Zwar hat es Parteichef Devlet Bahçeli verstanden, der MHP den Nimbus einer zur gewaltsamen Radikalität neigenden national-chauvinistischen Partei zu nehmen, doch hat sie neben den sunnitisch-nationalen Gruppierungen vor allem auch viele Anhänger in den neonationalistischen Zirkeln. Diese zeichnen verantwortlich für politisch motivierte Gewalttaten an Christen, gegenüber Kurden in der Süd- und Westtürkei sowie für die Ermordung des türkisch-armenischen Journalisten Hrant Dink. Die MHP distanzierte sich zwar von diesen Vorfällen, doch verzichtet sie bewusst darauf, sich von den gewaltbereiten nationalistischen Kreisen klar abzugrenzen.

Mit diesen Positionen konnte sich die MHP seit ihrer Gründung im Jahre 1969 durch den Oberst Alparslan Türkeş, einen der Militärputschisten von 1960, als Repräsentantin des nationalistischen „Bodensatzes" der türkischen Bevölkerung etablieren und auch wiederholt Einfluss auf die Politik verschiedener Koalitionsregierungen der 1970er-Jahre und von 1999 bis 2002 ausüben. Auch wenn sie nach 1980 des Öfteren an der Zehnprozenthürde gescheitert ist, wie zum Beispiel 2002, ist sie nie vollständig von der politischen Bühne verschwunden und wird auch künftig das politische Leben des Landes mitprägen.

Kurdische Parteien

Der kurdische Nationalismus ist als politisches Phänomen schon seit der Gründungsphase der Republik bekannt, doch gab es lange Zeit keine dauerhafte politische Organisationsform. Zahlreiche „assimilierte" Kurden waren jedoch in allen Parteien vertreten und sahen sich in der Nationalversammlung auch als Vertreter regionaler Interessen des Südostens, jedoch nicht als kurdische Nationalisten. Das änderte sich mit der Gründung der Arbeitspartei des Volkes (HEP) im Juni 1990. Diese gelangte 1991 durch ein Wahlbündnis mit der SHP mit einer Gruppe von 20 Abgeordneten ins Parlament. Allerdings konnte sich die Partei nie völlig von dem Vorwurf befreien, ein „parlamentarischer Arm" der PKK zu sein. Sie wurde 1993 wegen angeblicher separatistischer Umtriebe vom Verfassungsgericht verboten. Ihre Abgeordneten traten in die als Ersatzorganisation gegründete Demokratie-Partei (DEP) ein, die allerdings im Juni 1994 ebenfalls verboten wurde.

Nach mehreren Verboten und Parteineugründungen schaffte die 2005 gegründete Partei der Demokratischen Gesellschaft (DTP) den Sprung ins Parlament. Sie konnte 20 Sitze erringen, weil sie darauf verzichtete, mit einer eigenen Wahlliste anzutreten, und ihre Kandidaten als „Unabhängige" ins Rennen schickte. Für diese gilt die Zehnprozenthürde nicht. Die Partei bestä-

AP Photo / Burhan Ozbilici

MHP-Anhänger auf einer Kundgebung kurz vor den Parlamentswahlen im Juni 2011. Die Partei fährt einen strikt antiwestlichen Kurs.

Reuters / Murad Sezer

Protestaktion in Istanbul Ende Mai 2009 gegen die Verhaftung von 51 Mitgliedern der kurdischen Partei DTP, die im Dezember 2009 verboten wird.

tigte ihre starke Position in den kurdischen Regionen bei den Kommunalwahlen von 2009.

Wie ihre Vorgängerinnen war auch die DTP in sich gespalten in eine Fraktion, die Verbindungen zur PKK hielt, deren Kampf positiv wertete und Öcalan als kurdische Führungsfigur anerkannte, und in eine Gruppierung, die die kurdischen Interessen in größerer Abgrenzung zur PKK vertreten wollte. Dieser innerparteiliche Zwiespalt machte es der AKP-Regierung nahezu unmöglich, die DTP als „Verbündete" für ihre Bemühungen zur Lösung der Kurdenfrage in Betracht zu ziehen. Denn eine Politik, die im Verdacht steht, einen Ausgleich mit der PKK und ihrem Führer Öcalan anzustreben, findet in der türkischen Bevölkerung keine Mehrheit.

Nach dem Verbot der DTP im Dezember 2009 trat die bereits 2008 „auf Vorrat" gegründete Partei für Frieden und Demokratie (BDP) an ihre Stelle. Sie sieht sich den gleichen Problemen gegenüber, ihre Unabhängigkeit von der PKK und Abdullah Öcalan glaubhaft zu machen. Anfang 2010 wurden zahlreiche Funktionäre und Mitglieder wegen des Verdachts, die PKK zu unterstützen, verhaftet; im Oktober 2010 wurde gegen 135 von ihnen, darunter auch Bürgermeister verschiedener Gemeinden im Südosten, der Prozess eröffnet. Dennoch gelang es ihr, in den Wahlen vom Juni 2011 ihre Position deutlich zu behaupten: In sieben der südöstlichen „Kurdenprovinzen" konnten ihre „unabhängigen" Kandidaten zusammen mehr Stimmen erringen als die landesweit siegreiche AKP. Doch konnten fünf von ihnen das Mandat nicht antreten, weil die Justiz mit dem Verweis auf das laufende Verfahren sie nach der Wahl nicht aus der Untersuchungshaft entließ. Daraufhin verweigerte die BDP bis zum Oktober 2011 die Mitarbeit im Parlament, was die Spannungen mit der regierenden AKP erhöhte.

Parlament, Regierung und Präsident

Auch wenn die türkischen Abgeordneten die ganze Nation vertreten, ist ihr faktischer Einfluss auf die Gestaltung der Politik gering. In der Regel geht es darum, Gesetzesvorlagen der Regierung zu verabschieden. Das geschieht zwar in oft zeitraubenden Detaildebatten in den Fachausschüssen, doch setzen die Abgeordneten der Regierungspartei(en) normalerweise den vom Kabinett vorgelegten Text durch. Das türkische Parlament arbeitet viel, führt aber kaum wegweisende politische Debatten. Insbesondere findet nur eine sehr begrenzte Kontrolle des Regierungshandelns statt. Das gilt auch mit Blick auf den Haushalt.

Die zentrale politische Institution ist die Regierung. Zwar gibt es keine Richtlinienkompetenz, doch übt der Ministerpräsident eine starke informelle Lenkungsfunktion aus. Dabei kommt ihm die übliche Koppelung der Ämter des Regierungs- und Parteichefs entgegen. In Koalitionsregierungen hatten bisher die einzelnen Partner in ihren Bereichen ein deutliches Maß an politischer Autonomie, die allerdings sowohl durch die informelle Leitfunktion des Ministerpräsidenten als auch durch den Umstand beschränkt wurde, dass Gesetzesentwürfe grundsätzlich von allen Kabinettsmitgliedern gebilligt werden müssen.

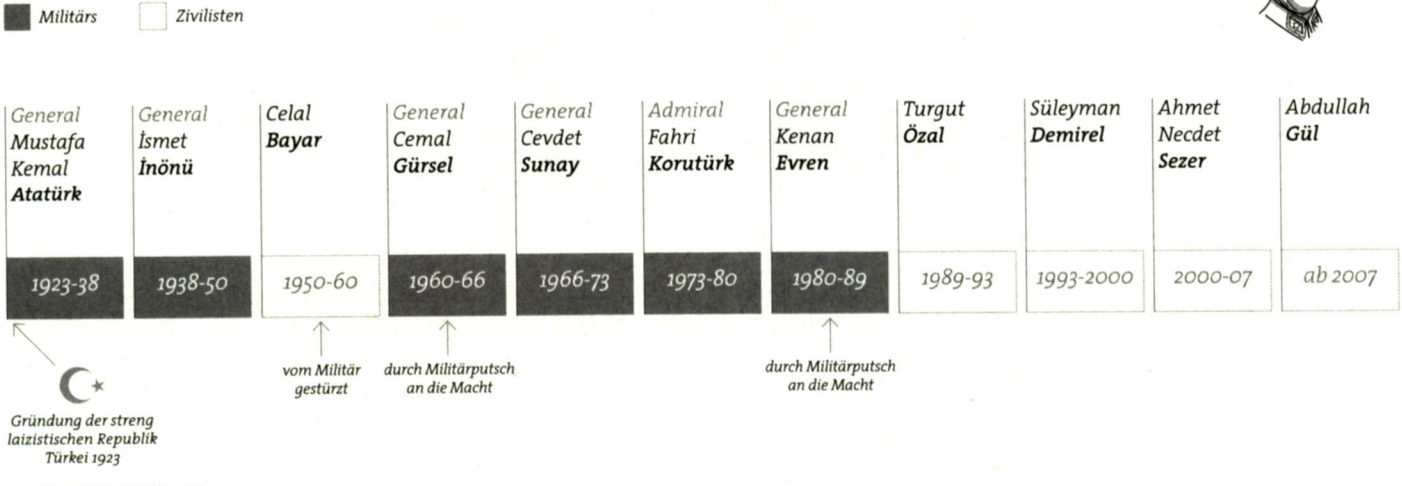
In der Vorstellung vieler Türken gibt es neben der Regierungspolitik auch eine „Staatspolitik", die dem parteipolitischen Streit enthoben bzw. übergeordnet ist. Staatspolitik in diesem Sinn sind alle Fragen, die die Existenz der (kemalistischen) Republik betreffen und für deren Beantwortung die Staatsräson die Leitlinie vorgibt. Das gilt besonders für alle Fragen der äußeren und inneren Sicherheit (wie beispielsweise Krieg und Frieden, terroristische Gewalt, separatistische Bestrebungen, Minderheitenfragen). In diesen Bereichen galt auch in der Mehrparteienperiode lange Zeit die Vorherrschaft des „Staates" vor der „Politik".

Dieser Staat wurde (und wird) nach Auffassung vieler Türken nicht durch die gewählte Regierung repräsentiert, die ihrer Meinung nach von kurzsichtigen parteipolitischen Interessen geleitet wird, sondern von aus ihrer Sicht besonders vertrauenswürdigen staatlichen Institutionen wie der Armee, der hohen Gerichtsbarkeit und den Verwaltungsspitzen wichtiger Ministerien. Diese staatszentrierte Sichtweise hat mit der Öffnung der Türkei zur Außenwelt und den erheblichen Demokratisierungsschüben seit Ende der 1990er-Jahre an politischer Wirkungskraft verloren, ohne jedoch schon völlig aus dem gesellschaftlichen Bewusstsein verschwunden zu sein.

Befugnisse des Präsidenten

Ein besonderer Repräsentant dieser Idee des Staates ist der türkische Präsident. Er ist in den Augen vieler Türkinnen und Türken nicht nur oberster Vertreter des Staates, sondern immer auch

Türkische Staatspräsidenten seit Atatürk



dpa-Grafik 3781, Quelle: APA

Nachfolger des Staatsgründers und ersten Präsidenten der Republik, Mustafa Kemal Atatürk. In seiner Rolle ist er also gleichzeitig Repräsentant der jeweils aktuellen Republik sowie Vertreter und Hüter der kemalistischen Tradition. Diese Doppelfunktion spielte bei der Besetzung des Amtes immer eine besondere Rolle: Von den bisherigen elf Präsidenten (inklusive Atatürk) waren sechs ehemals führende Militärs, neun können als eindeutige oder pragmatische „Kemalisten" angesehen werden. Nur bei zweien, Turgut Özal und Abdullah Gül, waren bzw. sind Zweifel an ihrem grundsätzlichen Bekenntnis zu den kemalistischen Grundwerten, nicht jedoch zur türkischen Republik an sich, angebracht.

Aus diesem Grund versuchten kemalistisch-laizistische Gruppierungen im Frühjahr 2007 mit (fast) allen Mitteln, die Wahl von Abdullah Gül zu verhindern. Nach einer Erklärung auf der Website des Generalstabs, die als Ankündigung eines Putsches ausgelegt wurde, und einem höchst umstrittenen negativen Urteil des Verfassungsgerichts zur Rechtmäßigkeit des ersten Wahlgangs in der Nationalversammlung gelang ihnen das zunächst auch. Gül wurde erst nach dem überzeugenden Sieg der AKP bei den vorgezogenen Neuwahlen vom Juli 2007, der den kemalistischen Gruppen öffentlich ihre Minderheitenposition bescheinigte, im August 2007 mit Unterstützung der oppositionellen MHP zum Präsidenten gewählt.

Die formale Funktion des Staatspräsidenten war im Laufe der Republikgeschichte mehrfach Änderungen unterworfen. Die letzten erfolgten im Herbst 2007 in einer Volksabstimmung, die Ministerpräsident Erdoğan als Konsequenz aus den Eingriffen von Militär und Verfassungsgericht in die Präsidentenwahl vom Mai 2007 durchsetzte. Danach wird der Präsident für fünf Jahre vom Volk (und nicht mehr wie bisher vom Parlament) gewählt; eine einmalige Wiederwahl ist möglich. Er steht als Staatsoberhaupt über den Parteien, muss also ein eventuell bestehendes Abgeordnetenmandat ebenso aufgeben wie seine Parteimitgliedschaft.

Obwohl mit der Volkswahl eine deutliche Stärkung der Legitimation des Amtes verbunden ist, wurden die Kompetenzen des Präsidenten nicht verändert. Sie sind zwar größer als in vielen anderen parlamentarischen Demokratien, doch bleiben sie klar hinter denen in einem Präsidialsystem zurück. Bei der Ernennung des Ministerpräsidenten und der Kabinettsmitglieder sowie bei der Auflösung des Parlamentes ist echter präsidialer Einfluss an das Vorliegen einer politischen Ausnahmesituation gebunden.

Anders sieht es beim Recht des Präsidenten aus, die Spitzen oder Mitglieder wichtiger öffentlicher Institutionen zu ernennen. Er ernennt die Mitglieder des Staatskontrollrates und kann dieses ihm zugeordnete Gremium damit beauftragen, in den Körperschaften des öffentlichen Rechts, einschließlich der Tarifpartnerorganisationen, Nachforschungen oder Kontrollen „jeder Art" anzustellen. Er wählt aus ihm von den Institutionen vorgelegten Listen die Mitglieder des Hochschulrates, des obersten Aufsichtsgremiums der türkischen Hochschulen, sowie die Rektoren der Universitäten. Präsident Gül wurde in diesem Zusammenhang aus kemalistischen Kreisen der Vorwurf gemacht, dabei häufig Kandidaten bevorzugt zu haben, deren Einstellung zum Laizismus „zweifelhaft" sei.

Außerdem wählt der Präsident nach der Verfassungsänderung vom 12. September 2010 14 der 17 Mitglieder des Verfassungsgerichts aus Vorschlagslisten, die ihm von verschiedenen hohen Institutionen des Rechtswesens und der öffentlichen Verwaltung vorgelegt werden. Auch hier wurde in der öffentlichen Diskussion der Vorwurf geäußert, dass sich diese Kompetenz parteipolitisch missbrauchen lasse. Allerdings sind in die Regeln zur Erstellung der Vorschlagslisten zahlreiche „Vorsichtsmaßnahmen" eingebaut, die einen einfachen Durchgriff des Präsidenten auf die Zusammensetzung des Gerichts erheblich erschweren.

Der Präsident hat jedoch mit Ausnahme der Tatsache, dass er symbolisch die Rolle des Oberbefehlshabers der Streitkräfte im Namen der Großen Türkischen Nationalversammlung wahrnimmt, keinerlei Exekutivbefugnisse. Formaler Natur ist auch die ihm zustehende Entscheidung über den Einsatz der türkischen Streitkräfte, da diese immer das Ergebnis des vorangegangenen parlamentarischen Prozesses ist.

Justiz: Reformen und „altes Denken"

Das türkische Rechtswesen ist inhaltlich und institutionell weitgehend nach europäischen Vorbildern gestaltet. Auch die letzten großen Reformen des türkischen Zivilrechts im Jahre 2001 und des Strafrechts im Jahre 2004/2005 richteten sich nach europäischen Vorgaben. Sie erfolgten als Reaktion auf den türkischen Beitrittsprozess zur EU und damit verbundene Forderungen der Europäischen Kommission.

Neben zahlreichen anderen Änderungen brachten sie vor allem eine wesentliche Verbesserung in der rechtlichen Gleichstellung der Frauen. Das gilt sowohl für das Familienrecht (Scheidung, Erbrecht) wie auch für das Strafrecht, wo zum Beispiel bisherige „Entschuldigungsgründe" bei Vergewaltigung und „Ehrenmord" abgeschafft wurden. Türkisches Zivil- und Strafrecht erfüllen seit diesen Reformen die in der EU üblichen Standards. Allerdings gibt es bei der Anwendung des „neuen Rechts" noch Probleme, denn das „alte Denken" ist weder aus den Köpfen der Staatsanwälte und Richter noch aus denen der Bevölkerung komplett verschwunden.

Alle Reformen nach 2002 haben trotz der Fortschritte im materiellen Recht nur bescheidene Ergebnisse in der Modernisierung des institutionellen Apparates des türkischen Rechtswesens gebracht. Nach wie vor klagen Öffentlichkeit und zahlreiche Angehörige der Justizorgane über eine unzureichende personelle und sachliche Ausstattung der Gerichte. Das führt zu einer unnötig langen Prozessdauer, einer gewissen Korruptionsanfälligkeit sowie zu häufigen Urteilsanfechtungen.

Unter diesen Unzulänglichkeiten können insbesondere „politische" Verfahren leiden. Hier geht es um Verfahren, die sich mit angeblichen Straftaten gegen die Republik und ihre Grundlagen beschäftigen. Im Blickpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit standen dabei Verfahren wegen „Verunglimpfung des Türkentums" nach § 301 des reformierten Strafrechts, Parteiverbotsverfahren wegen angeblichen Verstoßes gegen eine oder mehrere der zahlreichen Vorschriften des Parteienrechts, die das freie Agieren der Parteien einschränken, oder Strafverfahren wegen Handlungen, die sich angeblich gegen „die unteilbare Einheit des Staates und der Nation" richten. Dazu zählen insbesondere die Unterstützung separatistischer Organisationen, also der PKK und ihrer Ziele. Hierbei geht es häufig um Meinungsdelikte, das heißt die rechtliche Bewertung politischer Äußerungen.

Die im europäischen Vergleich unverhältnismäßig hohe Zahl derartiger Verfahren (allein 25 Parteiverbotsverfahren seit Beginn der Mehrparteienperiode) hat ihre Ursache in einer Besonderheit des türkischen Rechts bzw. seiner Interpretation durch Staatsanwälte und Gerichte: Eine vorrangige Aufgabe des türkischen Rechtswesens wird im Schutz der Republik

oder des Staates vor Verletzungen durch die Bürger und ihre Organisationen gesehen. Diese Tendenz zum „Staatsschutz vor Rechtsschutz" ist seit 1961 in den Verfassungen angelegt und wurde von vielen Staatsanwälten und Richtern, besonders an den Obergerichten, verinnerlicht. Die Urteilsbegründungen in den verschiedenen Fällen zeigen deutlich, dass es dem Gericht dabei weniger um die Sicherung der Existenz der Republik als vielmehr um die Unantastbarkeit ihrer ideologischen Grundlagen in der vorherrschenden rigiden kemalistischen Interpretation ging. Damit setzte es sich oft genug in Gegensatz zur Europäischen Menschenrechtskonvention.

Zwar haben die im Zuge des EU-Beitrittsprozesses erfolgten Anpassungen türkischer Rechtsvorschriften an europäische Standards eine erhebliche Verbesserung der Gesetzeslage gebracht, doch fällt es vielen Richtern immer noch schwer, den Geist der neuen Texte in juristische Praxis umzusetzen. Selbst nach 2005 haben entsprechende Studien gezeigt, dass eine Mehrzahl von Richtern und Staatsanwälten dem Schutz der kemalistischen Republik Vorrang vor der Durchsetzung liberal-demokratischer Grundsätze einräumt bzw. internationalen Rechtsvereinbarungen, die dem Schutz demokratischer Prinzipien dienen sollen, wenig Bedeutung beimisst. Neuerdings ist in den Medien und der Öffentlichkeit der Vorwurf zu hören, dass die AKP-Regierung die dringend notwendigen institutionellen Reformen des türkischen Justizwesens vorrangig dazu nutze, das kemalistisch indoktrinierte Personal durch ein muslimisch-konservativ inspiriertes zu ersetzen. Wandel zu mehr Rechtsstaatlichkeit sähe jedenfalls anders aus.

Schutzlos trotz gesetzlicher Regelungen

Einmal fragte ihn der Richter, warum er eine nicht angemeldete Pistole bei sich zu Hause habe. „Ich habe drei Töchter, Herr Richter", antwortete der Mann und fand das Erklärung genug. Er hatte auch ein Messer, das er den Töchtern zeigte. Mit dem Messer werde er die Mutter umbringen, sagte er ihnen. Sie gingen zur Polizei. Mehrfach. Erzählten, wie der Vater die Mutter vergewaltigte und verprügelte. Einmal, als es besonders schlimm war, riefen sie die Polizei nach Hause. Vor den Augen des Polizisten brüllte der Vater seine Frau an, er werde sie umbringen. Die Polizisten nahmen ihn beiseite, für fünf Minuten, dann gingen sie wieder. Es war Mitternacht, der Vater prügelte sie, bis der Morgen anbrach.

Ayşe Paşalı. Das ganze Land kennt heute ihren Namen, das ganze Land kennt ihr Gesicht. Zerschlagen, mit Blutergüssen, die violett schillerten. Es gibt ein Foto, wo dieses Gesicht in die Kamera blickt, vor dem Gerichtssaal, hilflos, während ein Mann sich zu ihr beugt und ihr etwas zuflüstert. Ihr Ehemann. Als sie ihn vor Gericht brachte, 2009, weil er sie vergewaltigt hatte, da sagte er dem Richter: „Aber ich liebe sie doch. Ich bereue es." Und der Richter ließ ihn frei. 2010 ließ sie sich, nach vielen Anläufen, endlich scheiden. Er bedrohte sie weiter mit dem Tod. Sie ging vor Gericht: Er sollte sich ihr nicht mehr nähern dürfen. Der Richter lehnte ihren Antrag ab. Begründung: Die beiden seien eh schon geschieden. Kurz darauf, Anfang Dezember 2010, war Ayşe Paşalı tot. Von ihrem Ex-Mann erstochen, mitten auf der Straße am hellichten Tag.

Eigentlich ist es eine einfache Frage: Warum werden solche Morde nicht verhindert? [...]

Mehr als 120 Türkinnen wurden im ersten Halbjahr 2011 von ihren Partnern umgebracht. In vielen der Fälle haben die Mörder Mittäter: Polizisten, die wegschauen, Staatsanwälte, welche die Frauen wegschicken, Richter, die Verständnis zeigen für die Täter. „In dieser Justiz funktionieren Gewissen und Logik nicht", sagt die Anwältin und Vorsitzende des Vereins zum Schutz der Frauenrechte, Gönül Işler.

Gegner von Premier [Recep] Tayyip Erdoğan geben gerne seiner Regierung die Schuld: Der Konservativismus der AKP schaffe ein Klima, das die Duldung von Gewalt befördere. Aber das Problem ist viel älter, und der patriarchalische Ungeist weht durch alle politischen Lager. Die Türkei hat vorbildliche Gesetze seit 2004. Damals erneuerte eben jene AKP das Strafgesetzbuch, es war die Zeit der EU-Begeisterung im Land, die konservativ-islamische Regierung ließ sich nicht wenige Absätze im neuen Gesetzbuch von türkischen Frauenrechtlerinnen diktieren. Es war die AKP, die damals jenen berüchtigten jahrzehntealten Paragraphen aus dem Gesetzbuch warf, der einem Vergewaltiger Strafminderung zusicherte, wenn er einwilligte, sein Opfer zu heiraten.

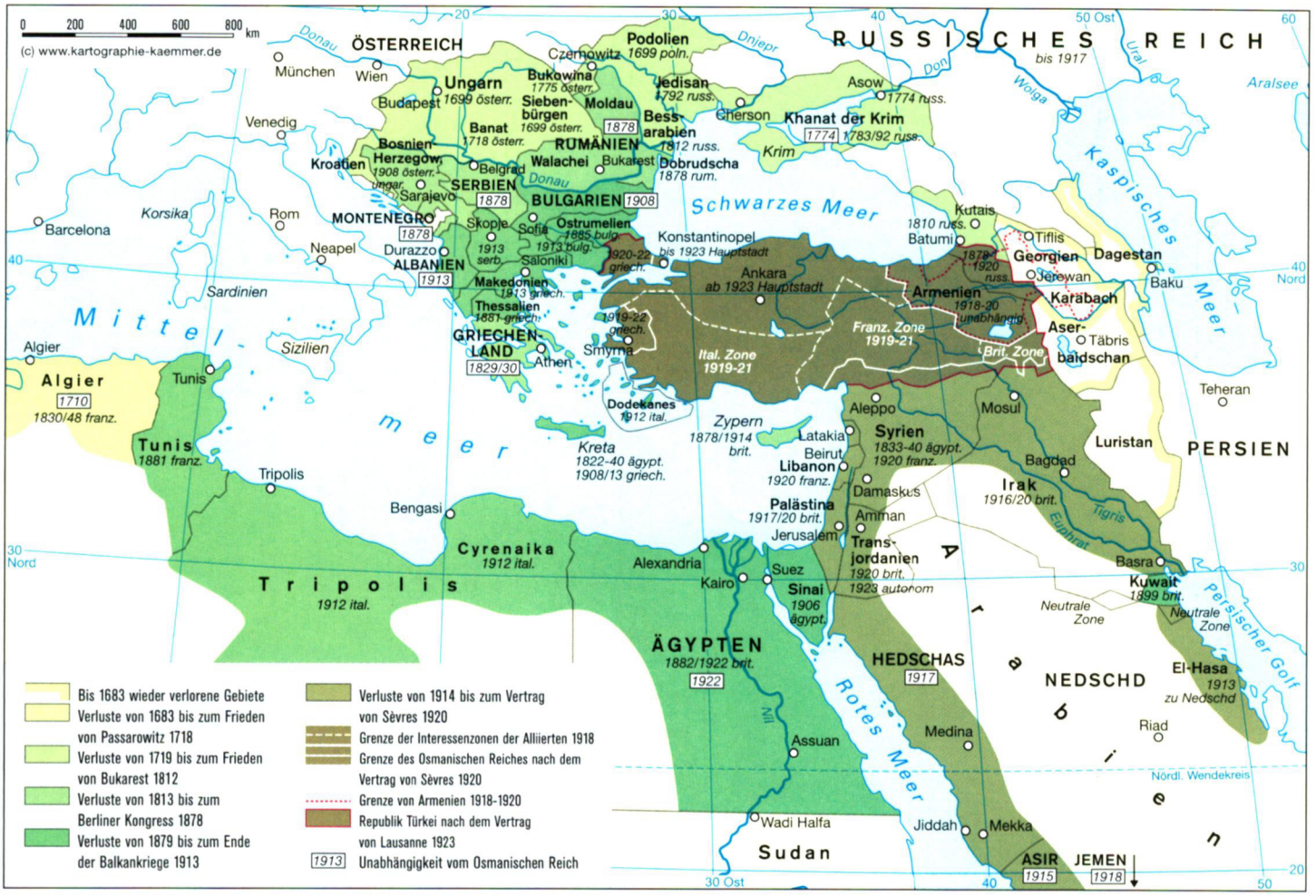
Das Problem sind nicht die Gesetze, es sind die Köpfe. „Ein Ehemann", lautet ein alter türkischer Spruch, „liebt und schlägt." Die Türkei kennt die emanzipierten Frauen von Istanbul, wo mehr Frauen als Bankerinnen oder Professorinnen arbeiten als in den EU-Ländern. Gleichzeitig durchweht sie an vielen Orten der patriarchalische Geist der Vergangenheit – viele Männer kommen gerade mit der Modernisierung der Gesellschaft und der Emanzipierung ihrer Frauen nicht zurecht. Bei einer Untersuchung der Regierung gaben 41,9 Prozent der befragten Frauen an, schon einmal Opfer physischer und sexueller Gewalt gewesen zu sein. Jede Dritte dachte schon einmal an Selbstmord.

Die AKP setzte 2006 den ersten parlamentarischen Ausschuss zur Untersuchung sogenannter Ehrenmorde ein. Vorsitzende des Ausschusses war Fatma Şahin. Sie ist seit kurzem Familienministerin. Ihre erste Amtshandlung war es, schärfere Maßnahmen gegen prügelnde Männer anzukündigen. Unter anderem möchte Şahin verurteilten Gewalttätern elektronische Fußfesseln anlegen lassen. Frauenrechtlerinnen aber fordern mehr: Polizisten und Richter müssten geschult – vor allem aber längst beschlossene Gesetze endlich angewendet werden. Immer wieder zitieren sie das Urteil „Opuz gegen die Türkei", in dem der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) erst 2009 der Türkei ein Armutszeugnis ausstellte. Dem Urteil zugrunde lag der Fall von Nahide Akgün und ihrer Mutter, deren Leiden sich von 1995 bis 2002 hinzog. Akgün wurde von ihrem Ehemann jahrelang verprügelt und mit dem Messer bedroht, 1998 fuhr er sie und ihre Mutter gar absichtlich mit dem Auto an. Dafür musste er 25 Tage in Haft. 2001 stach er sieben Mal auf sie ein. Das Urteil: eine kleine Geldstrafe. Weitere Morddrohungen: keine Reaktion der Justiz. 2002 sah der Mann einen Möbelwagen vor dem gemeinsamen Haus, auf dem Beifahrersitz die Schwiegermutter. Er zog eine Pistole und erschoss die Frau. Das Urteil des Richters nach sechs Jahren Prozess: Der Ehemann sei „provoziert" worden, die Gefängnisstrafe wurde reduziert, er wurde schließlich freigelassen. Das, so der EGMR, bedeute letztlich „Straffreiheit für Gewalttäter".

Die Türkei werde Tag für Tag demokratischer, schrieb die Zeitung Today's Zaman zum Internationalen Frauentag im März, „aber sie wird sich nie eine fortschrittliche Demokratie nennen können, solange sie ihre Frauen nicht schützt."

Kai Strittmatter, „Sie hat es doch provoziert", in: Süddeutsche Zeitung vom 25. Juli 2011

Gebietsverluste des Osmanischen Reiches 1683 - 1922



Die Türkei und ihre Nachbarn

Türkei - Administration und Bevölkerungsdichte

Informationen zur politischen Bildung Nr. 313/2011

Ingenieurbüro für Kartographie Dr. H.-J. Kämmer, Berlin 2011

Ingenieurbüro für Kartographie Dr. H.-J. Kämmer, Berlin 2011

Türkei - Wirtschaft und Bodenschätze

Informationen zur politischen Bildung Nr. 313/2011

Türkei und Zypern - Physische Übersicht und Verkehr

Informationen zur politischen Bildung Nr. 313/2011

Ingenieurbüro für Kartographie Dr. H.-J. Kämmer, Berlin 2011

Militär: Vormund der Republik?

Neben der hohen Justiz bildet das Militär eine weitere Säule der kemalistischen Republik, die ihre staatstragende Rolle aus „eigenem Recht" und nicht aus einer demokratischen Legitimation ableitet. Allerdings ist diese Rolle insbesondere in der Zeit nach 2005 erheblich in Frage gestellt worden und einem zunehmenden Wandel unterworfen.

Das türkische Militär ist mit einer Gesamtstärke von 510 000 Mann (Stand 2010) die größte Institution des Landes. Davon sind etwa 360 000 Mann im Heer (325 000) und in der Marine (35 000) Wehrpflichtige, die fünfzehn Monate dienen müssen. Die türkischen Streitkräfte stellen nach den USA die zweitgrößte Armee in der NATO. Wenngleich die Armee ihre frühere Funktion als „Schule der Nation" weitgehend verloren hat, so erfährt doch das Offizierskorps eine moderne, qualitativ hoch stehende Ausbildung. Sie nimmt bereits in Kadettenschulen ihren Anfang, die ihre Schüler zum Abitur führen. Danach entscheidet sich, wer in den verschiedenen Akademien der Streitkräfte die Ausbildung zum Berufsoffizier bzw. Berufsunteroffizier machen kann. Mit ihrem umfassenden Ausbildungssystem knüpft die Armee der Republik an die Bildungstradition der osmanischen Armee in der Spätphase des Osmanischen Reiches an. Ein Kernbestand der Offiziersausbildung ist auch heute noch die Indoktrination mit Inhalt und Geist der kemalistischen Ideologie als geistiger Grundlage der Republik.

Die türkischen Streitkräfte waren nie in größere kriegerische Auseinandersetzungen verwickelt. Die Hauptaktivität in dieser Hinsicht war und ist der Guerilla-Kleinkrieg mit den Terrorgruppen der PKK im Südosten der Türkei und zeitweise im nordirakischen Grenzgebiet. Hierfür sind die einem strengen Drill unterworfenen Wehrpflichtigen jedoch in der Regel schlecht vorbereitet und ausgerüstet. Die Armee konnte deshalb erst die Oberhand gewinnen, nachdem gezielt entsprechend ausgebildete Spezialtruppen zum Einsatz kamen. Doch immer noch gibt es nach in der Presse kolportierten Aussagen des früheren Generalstabschefs Işık Koşaner, die unwidersprochen blieben, auf allen Führungsebenen des Militärs deutliche Defizite im Kampf gegen die PKK.

Als NATO-Mitglied seit 1952 ist die Türkei an allen Aktivitäten des Bündnisses beteiligt. Im Kalten Krieg erfüllte die türkische Armee die wichtige Funktion, die Südostflanke der Allianz (zusammen mit den Griechen) zu sichern. Wegen des lange Zeit niedrigen wirtschaftlichen Entwicklungsstandes war die Türkei auf Militärhilfe ihrer Verbündeten angewiesen. Das hat dazu geführt, dass die Ausrüstung der Streitkräfte im Wesentlichen aus US-amerikanischen (und einigen deutschen) Waffensystemen besteht. Auch für die laufende Modernisierung ist die türkische Armee auf Käufe in den USA angewiesen. Doch unternimmt das Land seit Mitte der 1990er Jahre mit einigem Erfolg erhebliche Anstrengungen, eine eigene Rüstungsindustrie aufzubauen.

Im Rahmen der Atlantischen Allianz oder der Vereinten Nationen (VN) hat die Türkei auch nach dem Ende des Ost-West-Konflikts wichtige militärische Beiträge in verschiedenen Teilen der Welt geleistet. So unterstützte sie zum Beispiel 1992/93 die UNOSOM-Mission in Somalia, beteiligt sich am NATO-Einsatz in den Post-Jugoslawienkriegen und den anschließenden Friedensmissionen und ist Teil der ISAF-Truppen in Afghanistan (allerdings ohne Kampfeinsätze). Ihre größte eigenständige Unternehmung war die Militärintervention auf Zypern im Jahr 1974 und die seitdem andauernde militärische Kontrolle des Inselnordens durch eine Streitmacht von 36 000 Mann (vgl. S. 52 f.).

Die politische Sonderrolle des türkischen Militärs reicht bis ins Osmanische Reich zurück. Das Militär war sodann der wichtigste Träger und Motor des Modernisierungsprozesses in der Endphase des Reiches und der ihm nachfolgenden Republik. Seit ihrer Grün-

picture alliance / landov

Mit einer Militärparade wird am 30. August 2009 in Ankara der alljährliche „Tag des Sieges" über die griechische Armee 1922 gefeiert.

picture alliance / dpa

Türkische Militäroffensive gegen PKK-Kämpfer im Nordirak Ende Februar 2008. Bei diesem Guerillakrieg kommen oft Spezialtruppen zum Einsatz.

picture alliance / dpa

Nach einem Selbstmordanschlag auf US-Militärs Ende Januar 2010 in Kabul sichern türkische ISAF-Soldaten das Anschlagsgebiet.

dung sah sich das Militär in der Rolle des „Hüters" der kemalistischen Republik. Deren „Geschäftsführung" überließ es allerdings von Anfang an bewusst zivilen Politikern oder zu „Zivilisten" gewandelten früheren Militärs, wie Atatürk selbst einer war.

Der politische Einfluss, der in der Gründungsphase auf „natürliche Weise" gegeben war, wurde im Gefolge des Militärputsches von 1960 durch die Schaffung des Nationalen Sicherheitsrates (MGK) in der Verfassung von 1961 institutionalisiert. In diesem Gremium sind unter dem Vorsitz des Staatspräsidenten die Militärführung und die für nationale Sicherheitsfragen relevanten Minister der Regierung vertreten. Es hat den Zweck, die Regierung über die Position des Militärs zu Fragen der nationalen Sicherheit zu informieren. Damit ist die (sicherheits)politische Gleichberechtigung der Militärführung gegenüber der demokratisch legitimierten Regierung auch institutionell verankert.

Laut Verfassung ist der Generalstab ein eigenständiges Organ und nicht dem Verteidigungsministerium unterstellt. Dieses erfüllt eher die Funktion einer Streikräfteversorgungsinstitution, die dem Militär das Material bereitstellen muss, das zur Erfüllung seiner Aufgaben für notwendig erachtet wird. Sicherheits- und Militärpolitik im engeren Sinn fallen hingegen in die Kompetenz des Generalstabs.

Da Sicherheitspolitik gemäß der Verfassung und dem Gesetz über die internen Regularien des Militärs auch alle Fragen der inneren Sicherheit betrifft, übte die Armee eine umfassende Mitwirkung und Kontrolle in den wichtigsten politischen Bereichen der Republik aus. Das kam auch im institutionellen Aufbau des Generalsekretariats des MGK zum Ausdruck, in dem es Einheiten für alle wesentlichen Fragen türkischer Politik gab und das in diesen Feldern ein eigenständiges Kontrollrecht über die zivile Politik ausübte.

Verstärkt wurde der Einfluss der Militärführung noch durch die Einrichtung ähnlicher Einheiten im türkischen Generalstab, die unabhängig von den zivilen Ministerien und Behörden arbeiteten. Es entstand so im Laufe der Zeit, insbesondere nach dem Militärputsch von 1980, ein „Staat im Staate" in Form der obersten Militärführung und der ihr zugeordneten Bürokratie. Daran änderte auch nichts, dass der Generalstabschef laut Verfassung dem Ministerpräsidenten verantwortlich ist.

Vor diesem Hintergrund sah sich die Armeeführung auch zu den verschiedenen Interventionen legitimiert, mit denen sie 1960, 1971 und 1980 die gewählten Regierungen aus dem Amt jagte und tief greifende Veränderungen in der politischen Landschaft der Türkei herbeiführte. Ähnlich wollte sie im April/Mai 2007 bei ihrem letztlich vergeblichen Versuch verfahren, die Wahl Abdullah Güls zum Präsidenten zu verhindern.

Insbesondere das letztgenannte Ereignis ist ein deutlicher Indikator für den weit reichenden Wandel, den die politische Rolle des

Freikauf vom Militärdienst

[...] Für 30 000 Lira – umgerechnet 13 000 Euro – können sich Männer, denen es gelungen ist, über den 30. Geburtstag hinaus die Einberufung zur Armee zu vermeiden, ab sofort von der Wehrpflicht freikaufen: So hat es das Parlament in Ankara bestimmt. Die Regelung soll ein halbes Jahr lang gelten. [...]

[Das neue Freikaufangebot gilt auch für Türken, die seit mindestens drei Jahren im Ausland leben. Bisher konnten sie dem Wehrdienst für 5112 Euro entgehen, so sie eine Grundausbildung von 21 Tagen in der Türkei absolvierten.]

So ist das seit jeher in der Türkei: Die Ungebildeten und die Armen haben keine Chance, dem 15-monatigen Dienst zu entgehen, und sie können von Glück reden, wenn sie nicht in den Kampf gegen die PKK-Guerilla geschickt werden. Universitätsabgänger dagegen dienen nur ein halbes Jahr, und Wohlhabende finden oft Wege, sich ganz zu drücken.

[...] Das Militär, mit 600 000 Mann unter Waffen die zweitgrößte Armee der Nato, hat einen fast mythischen Ruf. [...] „Jeder Türke wird als Soldat geboren",[...] [heißt] ein Sprichwort. Ungeschriebenen Regeln zufolge können Männer auf dem Lande bis heute nicht heiraten, wenn sie nicht gedient haben.

Und die Wehrpflicht verjährt nicht. Nach offiziellen Angaben soll es in der Türkei 460 000 Ungediente geben, die noch bis zur Pensionierung damit rechnen müssen, einen Gestellungsbefehl zu bekommen. Wenn jetzt nur 100 000 von ihnen auf das Angebot der Regierung eingehen sollten, kämen schon 1,3 Milliarden Euro zusammen.

Und doch würden [...] wohl die allermeisten „Drückeberger" den Vorwurf weit von sich weisen, sie seien Kriegsdienstverweigerer. Schon der Begriff klingt in der Türkei wie ein Schimpfwort. „Obwohl die Türkei die Europäische Menschenrechtskonvention unterschrieben hat, gibt es kein Recht auf Verweigerung, werden Verweigerer wie Deserteure behandelt und von Militärgerichten sogar mehrfach verurteilt", sagt der 25-jährige Student Hüseyin Civar von der linken Friedensplattform in Istanbul. „Wer den Kriegsdienst nicht mit seinem Gewissen vereinbaren kann, hat nur die Wahl zwischen Gefängnis und Fahnenflucht." Dann gibt es noch eine dritte, legale Variante, aber sie ist kaum angenehmer: Man kann sich per Attest für geisteskrank oder homosexuell erklären lassen. Doch dafür muss man demütigende Untersuchungen durch Militärärzte erdulden.

Ein noch größeres Hindernis sei das kulturelle Erbe, sagt Hüseyin Civar. „Schon die Eltern und Lehrer bläuen uns Respekt vor der Armee ein." Nach Paragraf 318 des Strafgesetzbuches, der die „Distanzierung des Volkes vom Militär" unter Strafe stellt, bedeutet die Verweigerung, „die Liebe der Gesellschaft zu verlieren".

Wer trotzdem nicht schießen will, wer Nein sagt zum Krieg gegen die Kurden oder die oft unerträglichen Zustände bei den „heldenhaften Streitkräften" fürchtet, braucht viel Mut. Zwischen 1989 und 2009 lehnten nur rund 50 Männer den Kriegsdienst aus Gewissensgründen ab und gingen dafür ins Gefängnis. Inzwischen gebe es 400 Aufrechte, sagt Hüseyin Civar. Das habe vor allem mit dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg zu tun. Dort hatte vor fünf Jahren erstmals ein türkischer Verweigerer Recht bekommen, der den Staat wegen Mehrfachverurteilung verklagt hatte.

Vor zwei Wochen haben die Straßburger Richter ein weiteres wegweisendes Urteil gefällt. Da wurde die Türkei explizit wegen ihres fehlenden Rechts auf Kriegsdienstverweigerung verurteilt. Das Land verstoße gegen die Europäische Menschenrechtskonvention, die das Recht auf Gewissensfreiheit garantiert, befand das Gericht.

Es muss kein Zufall sein, dass der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan genau am Tag der Urteilsspruchs die neue Freikaufregelung ankündigte. [...]

Frank Nordhausen, „Löhnen statt Dienen", in: Frankfurter Rundschau vom 9. Dezember 2011

AP Photo / Kayhan Ozer, Prime Ministry Press Service, HO

Premier Erdoğan (Mitte) und der neue Generalstab Anfang August 2011. Die Militärführung hat in den letzten Jahren deutlich an Einfluss verloren.

Militärs vor allem nach der Jahrtausendwende erfahren hat. Nicht zuletzt gestützt auf die demokratischen Reformforderungen der EU konnte die AKP-Regierung den Einfluss der Armeeführung zurückdrängen. Die Bedeutung des MGK wurde bereits im Jahr 2001 durch eine Verfassungsänderung erheblich eingeschränkt, die ihn explizit zu einem Beratungsorgan der Regierung machte und sein Generalsekretariat „zivilisierte"; seit 2004 ist der Generalsekretär ein Ex-Botschafter.

Ebenso wurden im Zuge verschiedener Reformen die Vertreter des Militärs aus zivilen staatlichen Einrichtungen wie dem Hochschulrat oder der nationalen Aufsichtsbehörde für elektronische Medien RTÜK abgezogen. Mit der Verfassungsreform vom 12. September 2010 wurde die Kompetenz der Militärgerichte auf rein militärische Angelegenheiten beschränkt und die Zuständigkeit für alle „Staatssicherheitsverfahren" allein den entsprechenden zivilen Strafgerichten übertragen. Damit wurde nicht zuletzt die Strafverfolgung von Militärangehörigen in derartigen Verfahren durch zivile Justizorgane festgeschrieben.

Der „Staat im Staate" befindet sich in deutlicher Auflösung. Das Militär hat den Status einer Kaste der „Unantastbaren" verloren. Darunter dürfte auch sein Ansehen in der Bevölkerung gelitten haben. Dies wurde deutlich, als im Juli 2011 der Generalstab, mit Ausnahme des Kommandanten der Gendarmerie, aus Protest gegen die in seinen Augen politisch motivierte Verfolgung hoher Militärs durch die Justiz geschlossen zurücktrat. Was früher Anlass zu einer Staatskrise gewesen wäre, wurde nunmehr von der Regierung geschäftsmäßig behandelt, und eine Woche später wurde ein neuer Generalstab vorgestellt. Die öffentliche Aufregung hielt sich in Grenzen. Dennoch zeigen Umfragen, dass das Militär immer noch diejenige türkische Institution ist, die von den Bürgern als die vertrauenswürdigste angesehen wird. Der Mythos der Republikgründung wirkt immer noch nach.

Der „tiefe Staat" und Ergenekon

Die politische Entwicklung der Türkei hatte vor allem in den Jahrzehnten nach 1980 unter einer „institutionellen Besonderheit" zu leiden – dem „tiefen Staat". Darunter versteht die türkische Öffentlichkeit nicht genau zu beschreibende Netzwerke von Angehörigen staatlicher Institutionen (Justiz, Militär), dem organisierten Verbrechen und politischen Kreisen. Diese Netzwerke unterstanden nie einer einheitlichen Führungsstruktur. Der „tiefe Staat" diente in seinen verschiedenen Erscheinungsformen unter Missachtung aller gesetzlichen Vorschriften teils der persönlichen Bereicherung der Beteiligten, teils der Verfolgung und Vernichtung von Systemgegnern.

Aktueller Höhepunkt der öffentlichen Auseinandersetzung mit dem „tiefen Staat" ist der „Fall Ergenekon". Hier geht es um ein seit 2007 laufendes Strafverfahren gegen inzwischen mehrere hundert Verdächtige und Angeklagte aus Kreisen der Streitkräfte, der Medien, der Justiz und der Universitäten sowie einiger nationalkemalistischer NGOs. Ihnen werden verschiedene Attentate in der Vergangenheit zur Last gelegt wie ein Anschlag auf die Redaktion der Zeitung „Cumhuriyet" oder den Staatsrat, für die zunächst islamistische Kreise verantwortlich gemacht wurden.

Inzwischen lautet der weitergehende Hauptvorwurf gegen die Ergenekon-Angeklagten, dass sie durch Gewaltakte und andere Terrormaßnahmen ein öffentliches Klima der allgemeinen Unsicherheit herbeiführen wollten, das ein Eingreifen des Militärs und damit den Sturz der islamisch-konservativen AKP-Regierung bewirken sollte. Einigen Angeklagten wird neben diesen Staatsstreichabsichten auch die Planung von direkten Attentaten auf Ministerpräsident Erdoğan und einige seiner engsten Berater zum Vorwurf gemacht. Außerdem wurde ein ausschließlich gegen hohe Militärs, einschließlich aktiver Generäle, gerichtetes Verfahren eingeleitet. Ihnen wird vorgeworfen, unter dem Codenamen „Vorschlaghammer" (türk.: *balyoz*) einen Staatsstreich gegen die AKP-Regierung geplant zu haben.

Die Verfahren und die in diesem Zusammenhang anhaltenden Verhaftungen spalten die politische Öffentlichkeit der Türkei, einschließlich der Medien. Kemalistische Kreise und die CHP- sowie die MHP-Anhänger, aber zunehmend auch großstädtische Liberale sehen in dem Vorgang einen gezielten Versuch der Regierung Erdoğan, sich ihrer Gegner und Kritiker mit Hilfe willfähriger Staatsanwälte und Richter zu entledigen und das Militär als Institution zu zerstören. Mittlerweile sind über hundert Angehörige des Militärs unter den Angeklagten. Für die AKP und ihre Sympathisanten, zu denen auch liberale Kreise gehören, ist das Verfahren hingegen der entscheidende Schritt, um mit der vom Militär und von kemalistischen Nationalisten gesteuerten „Vormundschaftsdemokratie" der Vergangenheit und ihren im „tiefen Staat" endenden Praktiken endgültig zu brechen.

Inzwischen ist der ganze Vorgang nicht mehr zu überblicken. Nach vier Jahren ist gegen zahlreiche Inhaftierte immer noch

picture alliance / dpa

Viele Angeklagte im Prozess gegen die mutmaßliche Verschwörergruppe Ergenekon sitzen immer noch im eigens dafür errichteten Gefängnis Silivri westlich von Istanbul ein.

picture alliance / dpa

Unterstützung bekommen sie hier von Demonstranten, die zu Prozessbeginn im Oktober 2008 vor der Haftanstalt gegen die „Ergenekon-Lüge" protestieren.

Situation der Medien

[...] Um die aktuelle Situation der türkischen Medien zu verstehen, beginnt man am besten im Jahr 1990. In diesem Jahr wurden private Rundfunksender zugelassen. [...]

Bis dahin hatten Radio- und Fernsehfunk unter staatlichem Monopol gestanden, ausgeübt durch die TRT. [Nun vervielfachte sich] die Anzahl der privaten Fernsehangebote, die [...] per Satellit von außen empfangen werden konnten [...]. Das Publikum genoss die neuartige Atmosphäre von Freiheit und Freizügigkeit, welche die neuen Sendekanäle verbreiteten, während der Zuspruch zu den „konservativen" öffentlichen Kanälen der TRT abnahm.

In wenigen Jahren wuchs ein stark wettbewerbsorientierter Medien„markt" [...]. Das traditionelle Modell von Unternehmen, die eine Zeitung in Familienbesitz herausgaben, wich Medienbaronen mit Aufsicht über große Konglomerate, die in vielen anderen Bereichen geschäftlich aktiv waren oder öffentliche Ausschreibungen gewannen, also mit der Regierung ins Geschäft kamen. Auch religiöse Gruppierungen [...] stiegen ein und betrieben ihre eigenen Radio-Fernseh-Stationen oder dehnten ihre Aktivitäten vom Druck- auf den Rundfunkbereich aus.

In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre gab es heftige Medienkriege zwischen den drei größten Unternehmensgruppen (Doğan, Bilgin und Uzan); ebenso gab es kartellähnliche Allianzen.

[...] Währenddessen erfreuten sich die Medien religiöser Gruppierungen eines beständigen Wachstums und zunehmender Vielfalt. [...] Die einflussreichste religiöse Gemeinschaft, die im Mediengeschäft aktiv war, war die von Fetullah Gülen, Herausgeber von „Zaman" und Besitzer des Samanyolu-TV-Netzwerks.

Die erste Phase der Post-Privatisierungsära fand ein abruptes Ende, als die große Wirtschaftskrise von 2001 heraufzog und politische Veränderungen mit sich brachte. [...]

Nutznießer des politischen Vakuums, das die Krise erzeugte, wurde die Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) von Recep Tayyip Erdoğan. [...] Dies war der Beginn einer Ära, die immer noch andauert. Unter dem Vorwurf der Korruption und des Bankenbetrugs wurden zwei der drei großen Mediengruppen, Bilgin und Uzan, ziemlich rasch aus dem Feld gedrängt. Ihr Medienbesitz wurde entweder von regierungsnahen Geschäftsleuten erworben oder, im Fall von Uzans Star TV, von der Doğan-Gruppe.

Die mächtige Doğan-Gruppe, mit einem Anteil von 40 Prozent am nationalen Mediengeschäft die größte der drei, geriet nach 2007 ihrerseits in Schwierigkeiten. Der Hauptgrund soll sein, dass sie Enthüllungsartikel zum Spendenskandal um die Hilfsorganisation Deniz Feneri e. V. (dt.: Leuchtturm) in Deutschland veröffentlichte und verlauten ließ, Premierminister Erdoğan sei in die Affäre verwickelt. Erdoğan, durch den Vorwurf getroffen, polemisierte auf Kundgebungen gegen Doğan und rief seine Anhänger zum Boykott ihrer Zeitungen auf. Zur etwa gleichen Zeit wurde die Gruppe wegen Steuervergehen zu sehr hohen Strafzahlungen aufgefordert (die sich auf drei bis fünf Milliarden Dollar beliefen). Diese außerordentlich hohen Geldbußen wurden als politisch motivierte Schachzüge angesehen, um Doğan abzustrafen und aus dem Medienbereich zu verdrängen. [...]

Regierungsdruck auf den Medienbereich ist in der Türkei nichts Neues, doch diesmal scheint es sich um einen entschlossenen Versuch der regierenden AKP zu handeln, die ganze Medienlandschaft [...] neu zu gestalten. Der Personalwechsel an der Spitze der Flaggschiffe Bilgin, Sabah und ATV Television Network verstärkt diese Annahme. Diese Unternehmen erwarb ein Premierminister Erdoğan nahe stehender Geschäftsmann [...]. Erdoğans Schwiegersohn ist seit dem Verkauf der Vorsitzende der Gesellschaft. [...]

Einige andere kleinere „unabhängige" Medienunternehmen sind von Geschäftsleuten erworben worden, die der Regierung oder Gülens religiöser Gruppierung nahestehen. [...] Man sollte ebenfalls bedenken, dass der öffentliche Rundfunkanbieter TRT, vorgeblich eine unparteiische öffentliche Einrichtung, unter Kritik geraten ist, weil er die Regierung stark begünstigt und ihm nachgesagt wird, dass er ehemalige Mitarbeiter der Gülen-Gruppe beschäftigt.

Dies ist der Kontext, in dem die folgenden spezifischen Probleme analysiert werden sollen.

In ihrem 2010 veröffentlichten Index für Pressefreiheit stuft die Organisation „Reporter ohne Grenzen" (ROG) die Türkei auf Rang 138 von 178 Ländern ein, hinter den Balkanländern und um 40 Plätze tiefer als im Jahr zuvor. [...] ROG hat zwei Erklärungen für den Abstieg angeführt: Die starke Zunahme von Prozessen gegen Journalisten und die Verurteilung und Inhaftierung von Journalisten.

Die meisten Strafverfahren gegen Journalisten stehen in Verbindung mit den

keine Anklage erhoben worden. Das gegen die zuerst Verhafteten eröffnete Strafverfahren kommt seit seiner Eröffnung im Jahre 2008 nicht so recht von der Stelle. Das kann bei einer Anklageschrift, die inzwischen auf viertausend Seiten angeschwollen ist, und der Vielzahl der angeblichen Straftaten, die mittlerweile in das Verfahren Eingang gefunden haben, auch nicht verwundern. Es steht zu befürchten, dass das Verfahren sich noch Jahre hinziehen und eine objektive Rechtsfindung immer unwahrscheinlicher wird.

Trotz aller Undurchsichtigkeit und widersprüchlichen Einschätzungen ist dem Ganzen eine nachhaltige politische Wirkung nicht abzusprechen. Das Bewusstsein weiter Teile der Öffentlichkeit um den defizitären Charakter der türkischen Demokratie und ihrer wichtigsten Institutionen war noch nie so hoch. Das öffentliche Ansehen des Militärs hat erheblich gelitten, und davon werden sich die Streitkräfte als politische Institution kaum wieder erholen können. Das Misstrauen national-kemalistischer Kreise, aber auch eines deutlichen Teils der liberalen Intellektuellen gegenüber dem demokratischen Reformwillen der AKP um Ministerpräsident Erdoğan ist im Vergleich zur ersten Regierungszeit erheblich gewachsen.

Seit einiger Zeit macht sich zudem in Anti-AKP-Kreisen die These vom Entstehen eines neuen „tiefen Staates" breit, der seit Jahren mit Duldung oder Unterstützung der AKP-Regierung von Anhängern des islamistischen Predigers Fetullah Gülen aufgebaut werde und die muslimisch-konservative Umgestaltung der türkischen Gesellschaft zum Ziel habe. Die politisch-ideologische Spaltung der türkischen Gesellschaft verfestigt sich, die Chancen für einen neuen gesamtgesellschaftlichen Konsens über die weitere Entwicklung der Republik schwinden. Für ausländische Beobachter, einschließlich der Politiker in den EU-Mitgliedstaaten, ist die innenpolitische Situation in der Türkei in einem für die rechtsstaatliche Entwicklung des Landes wichtigen Bereich nicht mehr zu durchschauen.

fortdauernden Ergenekon-Prozessen, einer Serie von Verfahren wegen Vorbereitung eines Staatsstreichs und wegen illegaler Aktivitäten. [...]

Andere [Journalisten] geraten in Konflikt mit den Bestimmungen des Anti-Terror-Gesetzes, das verbietet, die Identität von Sicherheitskräften zu enthüllen, wiederum anderen wird terroristische Propaganda vorgeworfen, also die Verherrlichung der Taten der PKK oder ihres Führers. Andere, meist solche, die für kurdische Blätter arbeiten, werden verfolgt unter Bezug auf einen Artikel des Strafgesetzbuches, der „Anstiftung zu Hass und Feindschaft in der Bevölkerung" unter Strafe stellt. [...]

Nach Aussagen der „Plattform ‚Freiheit für Journalisten'" (Gazeteciler Özgürlük Platformu), eines Dachverbandes von 23 Presseorganisationen, werden aktuell mehr als 40 Journalisten im Gefängnis festgehalten; einige sind rechtskräftig verurteilt worden, die meisten jedoch sind willkürlich dort inhaftiert. Die Plattform, die Verfolgungen von Journalisten dokumentiert, hat den Status der Pressefreiheit in der Türkei Ende 2010 als „bedenklich" eingestuft.

Bis vor kurzem galt die Türkei als eines der wenigen Länder in der Welt, die YouTube verboten. Nach zweieinhalb Jahren wurde der Bann 2010 endlich aufgehoben, obwohl einige Beobachter die rechtliche Situation weiterhin als prekär einstufen. Ein Verbot der Social-Media-Plattform Facebook konnte im letzten Moment abgewendet werden, obwohl türkische Mitglieder den weltweit drittgrößten Anteil an Accounts halten. Die Anzahl gesperrter Internetseiten geht in die Tausende. [...]

Um es zusammenzufassen: Die Türkei hat eine traditionell vielstimmige, dynamische und farbenreiche Presse, und die Medien bleiben in einem gewissen Ausmaß auch so, trotz der Anstrengungen der Regierung, unabhängige und abweichende Stimmen zu unterdrücken. Sie sind trotzdem entlang der säkular-islamistischen Konfliktlinie in hohem Maße polarisiert. Dies macht einen organisierten Widerstand der Berufsgruppe gegen politischen Druck sehr schwierig. Die AKP-Regierung ist in den letzten acht Jahren bei ihrem Vorhaben, die Medienlandschaft umzugestalten, recht erfolgreich gewesen. [...] Während es ernsthafte rechtliche Probleme und finanziellen Druck auf die Medien gibt, ist ebenso wahr, dass die Atmosphäre für die Diskussion einstiger Tabu-Themen wie kurdische und armenische Angelegenheiten und die Rolle des Militärs in der Politik sich während der letzten 20 Jahre merklich verbessert hat. Es gibt Anzeichen, dass die EU endlich auf Verschlechterungen der Pressefreiheit in der Türkei aufmerksam wird. Mehr solcher Aufmerksamkeit wird nötig sein.

Haluk Şahin, The Media Scene in Turkey, in: SüdostEuropa Mitteilungen 2/2011, Übersetzung aus dem Englischen

Türkische Tageszeitungen

	Durchschnittlicher Verkauf pro Tag 2009	Politische Ausrichtung	Herausgeber
Zaman	753 250	religiös-konservativ, AKP-regierungsnah, Nähe zu der Gülen-Bewegung; auch englischsprachige Online-Ausgabe	Ali Akbulut
Posta	541 629	nationalliberal und laizistisch, Boulevard	Doğan Media
Hürriyet	474 417	liberal-konservativ, AKP-regierungskritisch	Doğan Media
Sabah	371 147	konservativ, AKP-regierungsnah	Çalık Holding
Habertürk	226 071	AKP-regierungskritisch	Ciner Holding
Milliyet	204 322	liberal	DK Gazetecilik
Vatan	195 112	säkular	DK Gazetecilik
Akşam	151 829	Mitte-rechts-nationalistische Boulevardzeitung	Türk Media
Takvim	147 678	Boulevardzeitung	Çalık Holding
Türkiye	143 129	religiös-konservativ	Ihlas Holding
Sözcu	135 235	kemalistisch-nationalistisch	Burak Akbay
Güneş	121 202	säkular; Zielgruppe insbesondere Aleviten	Çukurova Holding
Star	108 049	konservativ-rechts	Sancak
Yeni Şafak	102 661	national-islamistisch, AKP-regierungsfreundlich	Ahmet Albayrak
Cumhuriyet	59 251	links-kemalistisch	Cumhuriyet Vakfı
Taraf	49 001	liberal (deckte Ergenekon-Affäre auf)	Alkım
Radikal	40 298	linksliberal, intellektuell	Doğan Media

Zusammenstellung: Ömer Erzeren und Martina Warning für das Kapitel „Medien" im Länderbericht Türkei (bpb-Schriftenreihe), Bonn 2012

Heinz Kramer

Wirtschaft und Gesellschaft

Die Türkei hat eine rasante wirtschaftliche Entwicklung genommen und zählt heute zu den industriellen Schwellenländern. Allerdings profitieren längst nicht alle von der erfolgreichen Modernisierungspolitik. Problematisch sind die hohe Jugendarbeitslosigkeit, die Benachteiligung von Frauen und das verbreitete Analphabetentum.

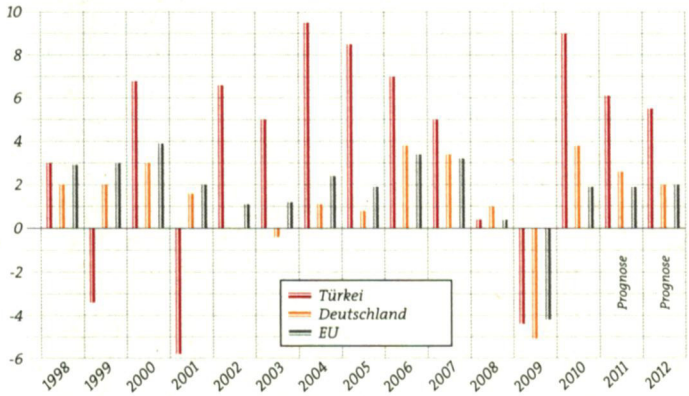
Ayhan Altun / Getty Images

Blick über Istanbuls Finanzviertel Levent. Die wirtschaftspolitischen Reformen der letzten Jahre haben insbesondere den Finanzsektor nachhaltig stabilisiert.

Wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Wandel hängen eng zusammen, ohne dass die Kausalität immer eindeutig wäre. Doch ist zum Beispiel Industrialisierung ohne Verstädterung nicht vorstellbar und eine moderne Dienstleistungsgesellschaft nicht ohne ein entsprechendes Bildungswesen. Wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung verlaufen aber nicht überall gleichmäßig. Vielmehr entsteht eine in sich vielfältig gegliederte und gebrochene Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur. Das gilt auch für die Türkei. Es fällt deshalb schwer, landesweit gültige Aussagen zu treffen. Doch auch einfache regionale Unterscheidungskriterien (Ost/West oder Stadt/Land) können allenfalls erste Orientierungsschneisen in eine viel stärker differenzierte Wirklichkeit schlagen.

Wirtschaftsentwicklung 1998-2012

Bruttoinlandsprodukt, Veränderung im Vergleich zum Vorjahr, in Prozent



FR/KÜHL; Quelle: Eurostat, in: Frankfurter Rundschau vom 21. September 2011

Industrielles „Schwellenland"

Die Türkei nahm im Jahr 2010 mit einem Sozialprodukt von 735,8 Milliarden US-Dollar (in laufenden Preisen) Platz 17 auf der Rangliste der größten Volkswirtschaften der Erde ein. Sie hat damit den Status eines Agrarlandes deutlich hinter sich gelassen und wird zu den sogenannten industriellen Schwellenländern gezählt. Mit einem durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen von 10 100 US-Dollar (in laufenden Preisen) gehört sie mit ihren circa 74 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern nach den Kriterien der Weltbank zu den Ländern der „oberen mittleren Einkommenskategorie".

Die nach der letzten hausgemachten Krise von 2000/2001 in Angriff genommenen wirtschaftspolitischen Strukturreformen haben das Gerüst der türkischen Wirtschaft, insbesondere den Finanzsektor, nachhaltig stabilisiert. Dies gelang deshalb, weil die seit 2002 amtierende AKP-Regierung den von ihrer Vorgängerin unter dem damaligen Wirtschaftsminister Kemal Derviş mit Unterstützung und unter Aufsicht des Internationalen Währungsfonds (IWF) eingeleiteten radikalen Reformkurs konsequent beibehielt. Begünstigt wurde sie dabei aber auch von der positiven weltwirtschaftlichen Entwicklung in den ersten Jahren des 21. Jahrhunderts. Diese erlaubte es der Türkei, an der starken Globalisierung der Finanz- und Warenmärkte teilzuhaben, was wesentlich zur positiven Wirkung der heimischen Reformmaßnahmen beitrug.

Die heutige Stärke der türkischen Wirtschaft wird durch den Umstand charakterisiert, dass es dem Land gelang, den im Gefolge der globalen Wirtschaftskrise 2008/2009 eingetretenen heftigen Abschwung schnell zu überwinden: Nachdem das Bruttosozialprodukt im Jahr 2009 um 4,7 Prozent geschrumpft war, wuchs die türkische Wirtschaft 2010 bereits wieder um 8,9 Prozent. Für 2011 wird eine ähnlich starke Entwicklung erwartet. Die Türkei knüpfte damit an die erfreulichen Wachstumsraten aus der Zeit vor der Krise an. In früheren Zeiten dauerte es immer mehrere Jahre, bis die Türkei eine schwere Wirtschaftskrise überwinden konnte.

Mittelmacht am Bosporus

Wirtschaftsleistung im europäischen Vergleich, 2010 (in Prozent)

	Private Konsumausgaben Veränderung zum Vorjahr*	Staatsverschuldung in % des BIP	Altersstruktur Anteil der über 64-Jährigen	Arbeitslosigkeit
Türkei	+6,8	41,2	7,0	10,7
Deutschland	+0,1	83,2	20,7	7,1
Frankreich	+1,5	81,7	16,6	9,7
Italien	+0,4	119,0	20,2	8,4
Spanien	+1,1	60,1	16,8	20,1
Eu-27	+0,7	80,2	17,4	9,6

*Inflationsbereinigt

Der Spiegel 23/2011, Quellen: Eurostat, Europäische Kommission

picture alliance / Rainer Hackenberg

Spaziergänger am Goldenen Horn in Istanbul. Über die Hälfte der türkischen Bevölkerung ist jünger als 30 Jahre.

Dieses anhaltende Wachstum bei einer (für türkische Verhältnisse) nur mäßigen Inflation seit 2004 von knapp über oder unter zehn Prozent im Jahr hat zu dem oben genannten Pro-Kopf-Einkommen geführt, dass jetzt etwa dreimal so hoch ist wie im Jahr 2002, als die AKP an die Macht kam. Für die Politik aller türkischen Regierungen im kommenden Jahrzehnt folgt daraus, dass das hohe wirtschaftliche Entwicklungstempo beibehalten werden muss, wenn die politische Stabilität gewahrt werden soll. Denn die Zufriedenheit der Wählerinnen und Wähler hängt nicht zuletzt von ihrem wirtschaftlichen Wohlergehen ab.

Bevölkerungsentwicklung

Das gilt umso mehr vor dem Hintergrund der demografischen Verhältnisse der Türkei: Über die Hälfte ihrer Bevölkerung war im Jahr 2010 jünger als dreißig Jahre. Dadurch entsteht jedes Jahr ein großer Bedarf an neuen Arbeitsplätzen, um den jungen Leuten eine dauerhafte Perspektive für ein auskömmliches Leben in einem sich wirtschaftlich und gesellschaftlich immer stärker modernisierenden Land zu

Bevölkerungstrends

[...] Serap ist 30 Jahre alt, trägt ein locker gebundenes Kopftuch um ihr schwarzes Haar, lacht nach jedem Satz, ist kraftvoll, lebensfroh und wirkt so, als führte sie mit leichter Hand eine große Familie. Aber sie hat nur ein Kind. Emre heißt ihr Sohn, er ist jetzt zehn Jahre alt. Vor einem Jahrzehnt hatte sie auch geheiratet. Viel später als ihre Mutter, die mit 14 in die Ehe bugsiert wurde und mit 30 Jahren schon ihre sieben Kinder geboren hatte. Zwei Generationen, zwei Leben. Dort war Gölova, das Dorf der Mutter in Ostanatolien, die Weite der Natur und die Enge der Familie. Hier ist Istanbul, Seraps kleine Dreizimmerwohnung und die Weitläufigkeit der Megastadt. Viele Menschen leben in Istanbul, aber nur wenige davon sind Kinder.

[...] Seit Mitte der achtziger Jahre fällt die Geburtenrate der Türkei schier unaufhaltsam. Jede Frau bringt heute im Durchschnitt 2,1 Kinder zur Welt, das ist kaum mehr als in Frankreich (2,01 Kinder). Im schnell wachsenden Nahen Osten ist die Türkei die Ausnahme, sie passt besser zu Europa. Wie in der EU steige die Lebenserwartung, falle die Kindersterblichkeit, sagt der Bevölkerungsforscher Ahmet Içduygu von der Koç-Universität. Wieso? Içduygu sagt nur: „Die Entwicklung der Türkei ... " [...].

Seraps persönliche Entwicklung: Als sie von der Grundschule kam, empfahlen die Lehrer sie für eine weiterführende Berufsschule. Serap hatte schon die erste Woche hinter sich. Da kam ihr Bruder vorbei und holte sie ab und brachte sie nach Hause mit den Worten: „Frauen studieren nicht." Mit ihren Schwestern arbeitete sie fortan auf dem Feld, von frühmorgens bis abends. Den Lohn sammelte der Vater ein.

Die Schwestern wollten nichts wie weg aus dem Dorf, dem Familiengefängnis. [...] „Endlich in die große Stadt", sagt Serap. „Du kennst niemanden, und niemand engt dich ein." Nicht mehr auf dem Feld arbeiten. Nicht mehr für den Vater Geld verdienen. Nicht mehr bevormundet werden. Das war die Hoffnung. Die Realität sind mehrere Jobs gleichzeitig als Kindermädchen und Raumpflegerin. Seraps Mann arbeitet als Fahrer für eine Kantine. So hangeln sie sich durch in der großen, teuren Stadt. Immerhin.

Die große Wanderung nach Westen gehört zur türkischen Entwicklung wie die endlosen Vorstädte von Istanbul, die in den vergangenen 30 Jahren wild gewachsen sind. Ganze Straßenzüge wurden über Nacht aus dem Boden gestampft. [...] Fast 70 Prozent der Türken leben heute in Städten, vor 30 Jahren lebte die Mehrheit noch auf dem Land. Im Westen sind Izmir und Ankara, Antalya und Bursa stark gewachsen. Dort [...] haben die Menschen weniger Kinder. In Ostanatolien, in den türkischen und vor allem kurdischen Gebieten ist das Bild auf den ersten Blick spiegelverkehrt. Dort bringt eine Frau im Durchschnitt sogar mehr als drei Kinder zur Welt. [...]

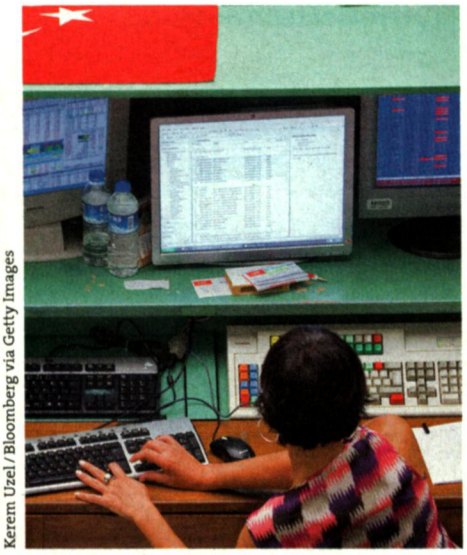
Die Geburtenrate fällt [aber] auch in Ostanatolien, die Übersiedlung in die großen Städte des Westens nimmt allmählich ab, die Städte im Osten wachsen. [...]

Die Türkin Serap wird keinem Politiker zu Gefallen weitere Kinder zur Welt bringen. Ihr Vater hatte zehn Geschwister, die Mutter acht. Serap hatte noch sechs Brüder und Schwestern. Heute hat eine Schwester noch drei Kinder, eine andere zwei, ihr Sohn Emre ist ein Einzelkind. Vor und nach ihren Jobs reicht die Zeit gerade für ihn. Emre, ein eher stiller Junge mit großen, neugierigen Augen, hat Probleme in der Schule. [...] Abends macht sie bis spät um elf Uhr Hausaufgaben mit dem Sohn. Ihr Traum für Emre: „dass er gut ausgebildet ist, dass er später eine Wahl hat – anders als ich oder mein Mann. Wir sind kein Modell." Emre weiß nicht, ob er lieber Polizist oder Ingenieur werden will. „Ich wünsche ihm, dass er sich nicht durchs Leben kämpfen muss", sagt Serap. [...]

Michael Thumann, „Stadt, Land, Sohn", in: Die Zeit Nr. 20 vom 12. Mai 2010

balikcioglu / Getty Images

Kerem Uzel / Bloomberg via Getty Images


Kerem Uzel / Bloomberg via Getty Images

Der Anteil der Landwirtschaft am BSP beträgt 2005 nur noch 10,1 Prozent; dafür wächst der Anteil der Industrie und des Dienstleistungssektors, der 2005 zwei Drittel zum BSP beiträgt. Teeernte im Kaçkar-Gebirge (l.); Montagehalle der Turkish Aerospace Industries (M.) und eine Händlerin in der Istanbuler Börse.

geben. Ohne ein entsprechendes Wachstum ist diese Herausforderung kaum zu bewältigen. Wie groß diese Aufgabe ist, lässt sich daraus ersehen, dass die Jugendarbeitslosigkeit (Altersgruppe 15-24 Jahre) außerhalb der Landwirtschaft im Jahr 2010 bei 25,9 Prozent lag; die Arbeitslosenrate insgesamt betrug circa zwölf Prozent. Diese Zahlen erfassen allerdings nicht den großen Bereich der informellen Schattenwirtschaft. Die dort prekär Beschäftigten erwirtschaften gerade in (groß)städtischen Sektoren oft einen erheblichen Teil der Familieneinkommen.

Die allgemeine Bevölkerungsentwicklung bringt zunächst keine Abhilfe beim allgemeinen Beschäftigungsproblem. Zwar wächst die türkische Bevölkerung bei einer Geburtenrate von knapp unter zwei Prozent im Jahr 2010 langfristig nicht mehr, doch wird es kurz- und mittelfristig infolge des hohen Anteils der jüngeren Jahrgänge ein Wachstum geben. Schätzungen gehen davon aus, dass die Bevölkerungszahl der Türkei in etwa 20 Jahren mit dann 85 bis 95 Millionen Einwohnern ihren Höchststand erreicht haben wird.

Wirtschaftlicher Strukturwandel

Der Erfolg der türkischen Modernisierungspolitik zeigt sich im Wandel der Wirtschaftsstruktur des Landes. Bei ihrer Gründung war die Republik ein von den Folgen des Ersten Weltkriegs und des anschließenden Unabhängigkeitskrieges schwer getroffener Agrarstaat. Die Industrie war kaum entwickelt. Zudem litt die Wirtschaft unter dem Verlust des größten Teils ihrer nicht-türkischen christlichen Bevölkerungsgruppen infolge der vom Jungtürkenregime und der Atatürk-Regierung verfolgten Vertreibungspolitik. Damit war eine Gesellschaftsschicht verloren gegangen, aus der sich vor allem das Handwerk und die Kaufmannschaft rekrutiert hatten. Die in der jungen Republik erfolgende Übernahme wichtiger wirtschaftlicher Aufgaben durch staatliche Kräfte war so nahezu unvermeidlich.

Trotz teilweise starker Wachstumsraten vollzog sich der Strukturwandel nur langsam, aber zielgerichtet, wie die folgende Tabelle zeigt:

Anteile der Wirtschaftssektoren am BSP

(in Prozent)

Sektoren Jahre	*Landwirtschaft*	*Industrie*	*Dienstleistungen*
1930	*45,5*	*11,1*	*43,4*
1960	*37,9*	*17,2*	*44,9*
1990	*16,8*	*24,8*	*58,5*
2005	*10,1*	*24,4*	*66,5*

Zusammengestellt nach Daten des Türkischen Statistischen Amtes (TUIK)

Auch die Richtung des Wandels stimmt: Ein deutlich zunehmender Rückgang des Anteils der Landwirtschaft, ein langsames Anwachsen des Anteils der Industrie und ein stetiges, zunehmendes Wachstum des Dienstleistungssektors – das ist das typische Bild einer industriellen Volkswirtschaft. Allenfalls ist zu bemängeln, dass der Anteil der Industrie etwas niedrig ist.

Energiepolitik

Starkes wirtschaftliches und Bevölkerungswachstum gehen immer auch mit steigendem Energieeinsatz einher. Da die Türkei außer (schlechter) Kohle und Wasserkraft kaum über einheimische Energievorkommen verfügt, muss Energie importiert werden. Das gilt für zwei Drittel des türkischen Energiebedarfs. Erdöl und Erdgas stehen dabei im Vordergrund. Die Hälfte der türkischen Elektrizität wird durch Erdgas erzeugt, das zu 60 Prozent aus Russland importiert wird. Erdöl kommt hauptsächlich aus Aserbaidschan,

AFP/Getty Images

Zwei Drittel der benötigten Energie muss die Türkei importieren. Das Forschungsschiff „Piri Reis" verlässt Ende September 2011 den Hafen von Izmir, um Gasvorkommen vor Zypern zu erkunden.

dem Nordirak und dem Nahen Osten. Die langfristige Sicherung der notwendigen Energiebezüge ist eine andere große Herausforderung der türkischen Wirtschaftspolitik. Die hierbei theoretisch auch mögliche Nutzung erneuerbarer Energieformen – Windkraft, Solarenergie und geothermische Energie – wird bisher politisch eher vernachlässigt, wenngleich nach 2008 erste Gesetze zu ihrer Förderung verabschiedet wurden.

Bis jetzt gibt es keine klare Linie der AKP-Regierung. Relativ sichere Bezüge könnten aus Russland kommen. Doch dadurch würde die bereits hohe Abhängigkeit von diesem Lieferanten weiter gesteigert. Alternative Bezugsquellen wären die zentralasiatischen Staaten am Kaspischen Meer und/oder Iran, Irak und andere nah-/mittelöstliche Lieferländer, die alle auch über namhafte Erdöl- bzw. Erdgasreserven verfügen. Mit Blick auf diese Quellen gibt es unterschiedliche, aber immer erhebliche politische oder technische Unsicherheiten und Risiken. Hinzu kommt, dass die AKP-Regierung die geografische Lage der Türkei nutzen und das Land zu einer politisch und wirtschaftlich lukrativen Energiedrehscheibe für Erdgas zwischen Europa und dem Kaspischen Becken bzw. dem Nahen Osten machen will (Stichwort: Nabucco-Erdgasleitung). Diese Absicht kompliziert die türkische Entscheidungslage zusätzlich. Doch müssen bis circa 2015 Entscheidungen getroffen werden, wenn die Türkei mittelfristig das Entstehen einer prekären Energielücke vermeiden will. Trotz der Nuklearkatastrophe im japanischen Kernkraftwerk Fukushima im März 2011 hält die AKP-Regierung daran fest, auch Atomstrom in den Energiemix einzubeziehen.

Außenhandel, Direktinvestitionen und Tourismus

Die wachsende Modernisierung und Industrialisierung der türkischen Wirtschaft zeigt sich auch im Außenhandel. Längst bilden Fertigprodukte, das heißt industriell gefertigte Güter, mit über 90 Prozent den Hauptanteil der Exporte, die im Jahr 2010 bei 114 Milliarden US-Dollar lagen. Dies ist vor allem eine Folge der nach 1980 geänderten Wirtschaftspolitik: Die Politik der Importsubstitution (zollgeschützter Aufbau einer nationalen Industrie) mit ihrer starken Binnenorientierung, die seit etwa 1960 vorherrschte, wurde unter dem Regime von Ministerpräsident Turgut Özal von einer radikalen Öffnung der türkischen Wirtschaft nach außen abgelöst, die mit einer Liberalisierung der Märkte und einer Förderung des Exports verbunden war.

Türkische Exportprodukte weisen in der Regel bestenfalls einen mittleren technologischen Entwicklungsstand auf. Technologisch anspruchsvolle Erzeugnisse auf der Grundlage eigenständiger Innovationen machen nur einen sehr geringen Anteil von zwei Prozent aus. Industrielle Forschung und Entwicklung sind unterentwickelt. Die Türkei unternimmt erst seit 2008 deutliche Anstrengungen, sie voranzubringen. In diesem Jahr lag der Anteil entsprechender Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt mit 0,73 Prozent noch weit von der OECD-Zielmarke von zwei Prozent entfernt. Deshalb ist auch der Anteil von technologisch hochwertigen Erzeugnissen an den türkischen Importen hoch, die die Industrie braucht, um im globalen Wettbewerb konkurrenzfähig bleiben zu können. Die in vielen Teilen des Landes entstehenden Technologieparks (Kooperationsverbünde von Hochschulen und Unternehmen) könnten bei entsprechender Förderung mittelfristig den Rückstand verringern.

Die große Bedeutung des Wirtschaftsraumes um das Marmarameer zeigt sich bei den Ausfuhren: Etwa 73 Prozent aller Exporte kommen aus dieser Region. Andere nennenswerte Exportzentren sind mit weitem Abstand İzmir, Ankara, Adana/Mersin, Konya, Kayseri und Gaziantep. Die wirtschaftliche Entwicklung der letzten drei Städte (Provinzen) ist ein Zeichen für das wirtschaftliche Aufholen der anatolischen Wirtschaft nach 1990, insbesondere aber unter dem AKP-Regime. Hier ist ein neuer städtischer Mittelstand auf der Grundlage global orientierter Wirtschaftsentwicklung und einer traditionellen, religiös beeinflussten konservativen Wertestruktur entstanden. Viele dieser aufstrebenden zentralanatolischen Unternehmen haben enge Wirtschaftsbeziehungen zu den Ländern des arabischen nah-/mittelöstlichen Raums geknüpft. So wuchs der Anteil dieser Region an den türkischen Exporten zwischen 2002 und 2010 um mehr als das Sechsfache, während die Exporte in die EU im selben Zeitraum „nur" um das Zweieinhalbfache stiegen.

Dennoch geht der größte Teil der türkischen Exporte immer noch in die EU-Länder bzw. den OECD-Raum, 2010 waren es circa 46 bzw. 54 Prozent der Ausfuhren. Die derzeit 57 Mitgliedsländer der Organisation der Islamischen Konferenz (OIK) nahmen 28,5 Prozent der türkischen Exporte ab, 20,5 Prozent davon gingen in nah-/mittelöstliche Staaten. Bei den türkischen Einfuhren zeigt sich ein ähnliches Bild: Hauptlieferanten waren die EU-Staaten mit 40 Prozent aller Importe. Unter den Einfuhren stehen Maschinen und Brennstoffe (Erdöl/Erdgas) an vorderer Stelle. Mit Importen im Wert von 54,1 Milliarden Euro war die Türkei 2008 das fünftgrößte Abnehmerland für die EU; ihre Exporte im Wert von 46 Milliarden Euro machten sie zum siebtgrößten Lieferland. Das waren 4,1 Prozent aller EU-Exporte bzw. drei Prozent aller EU-Importe. Die Türkei ist für die EU somit ein wichtiger, aber kein überragender Markt. Dabei gibt es je nach EU-Mitgliedstaat und Branche erhebliche Unterschiede.

Seit Jahren importiert die Türkei deutlich mehr als sie exportiert. Das führt zu einem ständig wachsenden Handels-

Anatolische Tiger ...

[...] Gaziantep, eine aufstrebende Industriemetropole, knapp tausend Kilometer südöstlich von Istanbul. Endlos reihen sich graue Fabrikhallen an der Schnellstraße, Kolonnen von Bussen und Lastern rumpeln über den Asphalt. Wer den Aufstieg der Türkei zur Nummer 17 der größten Volkswirtschaften der Welt besichtigen will, ist hier am richtigen Ort. Gaziantep, das früher nur für seine Auberginen-Kebabs und Pistazienbäume bekannt war, zählt heute zu den vitalsten Wirtschaftszentren des türkischen Hinterlandes – den „anatolischen Tigern". Seit 2005 hat sich die Industrieproduktion der Stadt verdoppelt, 2008 exportierte sie Waren im Wert von 3,9 Milliarden US-Dollar.

Cahit Nakıboğlu, 63, ein untersetzter Herr mit Schnauzer und Brille, hat das Wirtschaftswunder von Gaziantep mitgeprägt. Er ist der Chef der Naksan Holding, des drittgrößten Plastiktütenherstellers Europas. Zu seinen Kunden gehörten die deutsche Supermarktkette Plus, gehören das Modeunternehmen Pierre Cardin und der Möbelriese Ikea. „Der Staat hat uns nichts geschenkt", sagt Nakıboğlu. „Jahrzehntelang hat er uns nur Steine in den Weg gelegt."

Das änderte sich 2002, als Erdoğans Partei für Gerechtigkeit und Fortschritt (AKP) die Macht übernahm. Eine schwere Finanzkrise hatte das Land 2001 an den Rand des Ruins getrieben. Kemal Derviş, ein türkischer Weltbank-Manager, der [...] als Nachfolger des IWF-Chefs Dominique Strauss-Kahn im Gespräch war, leitete ein gewaltiges Umschuldungsprogramm ein. Die Früchte erntete die AKP-Regierung: Das türkische Wirtschaftswachstum stieg bis 2007 auf sechs Prozent im Durchschnitt, kaum ein Land hat sich so gut von der Weltfinanzkrise von 2008 und 2009 erholt.[...]

Und es sind, wie das Beispiel Gaziantep zeigt, nicht mehr nur die Millionenstädte im Westen der Türkei, die vom Aufschwung profitieren. Es sind auch Städte wie Denizli, Kayseri, Trabzon und Samsun, die jemand, der sie vor zehn Jahren zuletzt besuchte, heute kaum wiedererkennt: Stadtautobahnen, Wolkenkratzer, neue Hafenanlagen wurden gebaut, zwischen Eskişehir und Konya soll Ende des Jahres eine weitere Hochgeschwindigkeitstrasse der türkischen Eisenbahn in Betrieb genommen werden.[...]

Istanbul, die europäisch-asiatische Riesenstadt am Bosporus, gilt der Washingtoner Denkfabrik Brookings Institution als die dynamischste Wirtschaftsmetropole der Welt. Keiner kann sagen, ob es 15 oder schon 17 Millionen sind, die sich hier niedergelassen haben. In den Bürovierteln von Istanbul werden immer neue Wolkenkratzer in immer überdrehterem Design errichtet, an den Rändern verdichten sich die Trabantenstädte der Zuwanderer. Arbeit gibt es fast immer.

Vorbei sind die Zeiten, als nur Teepflücker vom Schwarzen Meer und Bürgerkriegsflüchtlinge aus den Kurdengebieten an den Bosporus strömten. [...] Längst wandern mehr Deutsch-Türken zurück ins Land ihrer Väter als umgekehrt Türken in die Bundesrepublik kommen: 40 000 waren es 2009, dem Jahr, aus dem die jüngsten Zahlen stammen. Viele von ihnen sind hochqualifiziert und bestens angepasst an die globalisierte Welt, in der [...] die Verwurzelung in zwei Kulturen als Karrierebonus gilt. [...]

Die Türkei hat, im Gegensatz zu den alternden Gesellschaften Europas, eine kerngesunde Bevölkerungspyramide, die etwa der der Vereinigten Staaten oder Kanadas entspricht [...]. Zurzeit liegt das Durchschnittsalter bei 29 Jahren (Deutschland: 43), an die 700 000 Hochschulabsolventen drängen jedes Jahr auf den Arbeitsmarkt. Die Türkei hat ziemlich genau den Nachwuchs, den sie für ein stabiles Wirtschaftswachstum braucht [...].

Daniel Steinvorth, Bernhard Zand, „Der Sultan von Istancool", in: Der Spiegel 23/2011

... und ihre Stärken

Taner Nakıboğlu [Vorstandsmitglied der Naksan Holding und Sohn von Cahit Nakıboğlu – Anm. d. Red.] [...] sieht [...] auch [...] Gefahren für sein Unternehmen und die türkische Wirtschaft, die eher hausgemacht sind.

Die türkische Zentralbank hat vor einem halben Jahr die Lira auf Talfahrt geschickt. Sie senkte im Aufschwung noch einmal die Zinsen, die Lira büßte gegenüber dem Dollar ein Viertel ihres Wertes ein. [...] Zur schwachen Lira kommt das Leistungsbilanzdefizit: Die wachsende Türkei führt mehr ein, als sie ausführt, und macht sich damit von kurzfristigen Auslandskrediten abhängig – gefährlich in der Finanzkrise. [...]

Taner Nakıboğlu [...] sinnt [...] auf Abhilfe bei einer anderen notorischen Not der Türkei: „Tüchtige, geschickte, gut ausgebildete junge Leute sind bei uns Mangelware." [...] Landeskenntnis, Ausbildung, Einfühlungsvermögen – das alles brächten viele nicht mit, sagt Nakıboğlu. Schuld sei das schlechte türkische Erziehungssystem.

Doch wäre er kein anatolischer Unternehmer, wenn er nicht auch dafür eine Lösung sähe. Er tritt ans Fenster und zeigt auf die neue öffentliche Berufsschule neben dem Fabrikgelände. [Seine Firma] Naksan arbeitet mit der Schule eng zusammen. Nakıboğlu aber hat sich selbst ins Bildungsgeschäft vorgewagt und eine eigene Universität gegründet. Die Zirve-Universität wird von sieben großen Familien getragen – ein weitläufiger Campus erstreckt sich auf den kahlen Hügeln vor den Stadttoren. Die Schwerpunkte liegen auf Fremdsprachen, Informatik, Wirtschafts- und Kulturwissenschaften. Nakıboğlu ist der Präsident des Verwaltungsrats.

Seine Universität zeigt das Prinzip Gaziantep und die Stärke der anatolischen Tiger: die eigene Unzulänglichkeit erkennen, aus Not und Mangel ein Geschäft machen, Zukunft bauen. [...]

Michael Thumann, „Der Tiger von der Seidenstraße", in: Die Zeit Nr. 44 vom 1. November 2011

picture alliance / Reinhard Dirscherl

Das Marmarameer verbindet das Schwarze Meer mit der Ägäis und ist deshalb als Handelsweg und Wirtschaftsraum bedeutsam.

Staton R. Winter / Bloomberg via Getty Images

Celal Hasnalçacı, Geschäftsführer der Firma Gürkar Tekstil, in deren Fabrik in Kayseri im Juli 2007. Die Stadt ist ein wichtiges Industriezentrum.

picture alliance / ZB

Touristen auf der Kuretenstraße des antiken Ephesos im Oktober 2010. Der Fremdenverkehr hat durchaus gesamtwirtschaftliche Bedeutung.

bilanzdefizit und belastet die Zahlungsbilanz erheblich. Das Land ist auf einen stetigen Zustrom von Kapital angewiesen. Damit ist auch die Türkei vom Vertrauen der internationalen Kapitalmärkte abhängig. Solange das Wachstum so hoch bleibt wie in den letzten Jahren und die Inflation unter Kontrolle gehalten werden kann, dürfte dieses Vertrauen auch anhalten und der Türkei genug Kapital zum Ausgleich ihrer Zahlungsbilanz zufließen. Dennoch sind durch diese Entwicklung der Handelsbilanz äußere Einflussfaktoren wirksam, die von der AKP-Regierung nicht völlig kontrolliert werden können und ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik in den kommenden Jahren Grenzen setzen.

Die EU liegt auch bei den Ausländischen Direktinvestitionen (ADI) in der Türkei an der Spitze: Seit 2005 kam jedes Jahr deutlich über die Hälfte aller Investitionen aus ihren Mitgliedstaaten. Von den zehn bei ADI in der Türkei führenden Ländern gehören acht zur EU. Ende 2010 gab es in der Türkei über 28 500 Firmen mit Auslandskapital, zwei Drittel von ihnen wurden nach 2003 gegründet. Allein aus Deutschland kommen über 4000 Firmen mit Auslandskapital.

Die EU-Länder, insbesondere Deutschland, spielen nicht nur im Außenhandel und bei Direktinvestitionen, sondern auch für die türkische Tourismusindustrie eine große Rolle. Im Jahr 2010 kamen von den insgesamt 28,6 Millionen Touristen etwa zwölf Millionen aus EU-Staaten (circa 40 Prozent), davon allein 4,4 Millionen aus Deutschland (circa 15 Prozent). Daneben stellen Russland (2010: 3,1 Millionen) und Iran (2010: 1,8 Millionen) in den letzten Jahren einen wachsenden Anteil. Die Tourismuseinnahmen beliefen sich im Jahr 2010 auf 15,6 Milliarden US-Dollar, das waren etwa zwei Prozent des Bruttonationaleinkommens.

Fremdenverkehr ist also durchaus von einer gewissen gesamtwirtschaftlichen Bedeutung. In den Tourismusregionen liegt seine Bedeutung als Einkommensquelle natürlich viel höher. Der Tourismus konzentriert sich als Pauschaltourismus fast ausschließlich auf die südliche Türkei im Großraum Antalya und auf die Ägäisküste. Daneben spielt noch die Metropole Istanbul eine Rolle, in der sich unzählige Zeugnisse europäischer und osmanischer Geschichte befinden. Andere Landesteile (Schwarzmeer-Region) werden nur von Einheimischen als Feriengebiet genutzt. Kulturtourismus ist in dem Land mit bedeutenden Überbleibseln zahlreicher Zivilisationen bisher wenig entwickelt.

Wirtschaftliche Ungleichheit

Hinter dieser globalen Makroansicht verbergen sich erhebliche regionale Unterschiede. Das ist bei einem Land von der Größe der Türkei (circa 785 000 Quadratkilometer) mit einer entsprechend differenzierten räumlichen Charakteristik nicht ungewöhnlich. In der Türkei gibt es ein deutliches West-Ost-Gefälle. Desgleichen sind die südlichen Küstenregionen entwickelter als weite Teile des anatolischen Binnenlandes, das aber seit Beginn der 1990er-Jahre einen deutlichen Aufholprozess gestartet hat.

Die regionalen Unterschiede in der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zeigen sich, wenn man die Brutto-Wertschöpfung pro Kopf in verschiedenen Regionen vergleicht. So lag diese im Jahre 2008 in Istanbul bei 14 591 US-Dollar, in der südöstlichen Region Van-Muş-Bitlis-Hakkâri hingegen gerade einmal bei 3419 US-Dollar. In der Hauptstadt Ankara lag sie bei 12 598 US-Dollar und in der östlichen Schwarzmeerregion bei 7059 US-Dollar. Dabei sticht die wirtschaftliche Bedeutung der Region um das Marmarameer einschließlich Istanbul deutlich hervor: Sie trug im Jahr 2006 etwa 40 Prozent zur Bruttowertschöpfung der Türkei bei. Andere Wirtschaftszentren wie der Ägäisraum (14 Prozent), Zentralanatolien mit Ankara (13,6 Prozent) oder die südliche Mittelmeerregion mit Antalya, Mersin und Adana (8,1 Prozent) blieben deutlich dahinter zurück.

Doch nicht nur regional ist der Wohlstand in der Türkei recht ungleich verteilt. Auch unter den Bürgerinnen und Bürgern herrscht eine ziemlich schiefe Einkommensvertei-

Kerem Uzel / Bloomberg via Getty Images

Heute leben etwa 70 Prozent der Bevölkerung in Städten. Kızılay-Platz in Ankara

AsPIX / Your Photo Today

Nicht alle Türken profitieren von der rasanten wirtschaftlichen Entwicklung, die Einkommensunterschiede sind enorm.

Bulent Kilic / AFP / Getty Images

Kinder auf einer Müllkippe in Hasankeyf in Südostanatolien. Die ungelöste Kurdenfrage hemmt die wirtschaftliche Entwicklung der Region.

lung. Im Jahr 2009 verfügten die reichsten 20 Prozent der Bevölkerung über 47,6 Prozent des verfügbaren Einkommens. Die andere Einkommenshälfte teilten sich die restlichen 80 Prozent der Bevölkerung. Dabei verfügten die ärmsten 20 Prozent gerade einmal über 5,6 Prozent des Einkommens. Der Gini-Koeffizient, der als statistisches Maß für die (Un-) Gleichheit der Einkommensverteilung gilt, lag für die Türkei bei 0,415 (dabei bedeutet ein Koeffizient von Null eine völlig gleichmäßige, ein Koeffizient von eins eine völlig ungleiche Einkommensverteilung), das heißt, die Verteilung in der Türkei weist eine erhebliche Ungleichheit auf.

Binnenwanderung und Verstädterung

Eine Folge dieser regionalen und personalen Einkommensunterschiede ist die seit Jahrzehnten andauernde Binnenwanderung von den armen zu den reichen Regionen, vom Land in die Stadt, vom Binnenland in die Küstenregionen der Ägäis und des Mittelmeeres. Die generelle Richtung dieser Wanderungsbewegung ist von Ost nach West, also gegen das Wohlstandsgefälle. Der wirtschaftliche Entwicklungsunterschied ist historisch bedingt, der unterschiedlichen regionalen Ausstattung mit entwicklungsfördernden Faktoren geschuldet, aber auch eine Folge der politischen Entwicklung. Hier hat sich der mal latente, mal offene Konflikt des Staates mit dem kurdischen Nationalismus (PKK) deutlich negativ auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung ausgewirkt.

Der wirtschaftliche Fortschritt und die anhaltende Wanderung haben auch die Verstädterung des Landes gefördert. Bis in die 1950er-Jahre überwog die Landbevölkerung den Anteil der städtischen Bevölkerung deutlich im Verhältnis von etwa drei Viertel zu einem Viertel. Heute dagegen hat sich das Verhältnis fast umgekehrt: Circa 30 Prozent Landbevölkerung stehen etwa 70 Prozent Stadtbevölkerung gegenüber. Entsprechend ist die Zahl der Städte von circa 500 zu Beginn der 1930er-Jahre auf knapp 3000 im Jahr 2010 gestiegen.

Dadurch hat sich auch das Erscheinungsbild der türkischen Gesellschaft verändert: weg von der starr strukturierten ländlichen Groß- hin zur städtischen Ein-Kind-Einzelfamilie. Doch auch die nicht-städtische Bevölkerung lebt heute in modernen Verhältnissen: Die Türkei ist mit Blick auf Verkehrswege und Kommunikationsnetze sowie auf die Gesundheits- und Bildungsinfrastruktur flächendeckend erschlossen. Natürlich gibt es dabei erhebliche regionale Unterschiede, die mit der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Hand in Hand gehen.

Bildungswesen

Bevölkerungswachstum, Industrialisierung, Binnenmigration und Verstädterung stellen auch große Anforderungen an das türkische Bildungswesen. Hier liegt noch vieles im Argen. Zwar wurde die Schulpflicht bereits im Jahr 1997 auf acht Jahre erhöht, doch ist dies landesweit noch immer nicht vollständig umgesetzt. Vor allem im Südosten erfolgt in den ländlichen Gebieten der Schulbesuch nur unregelmäßig. So gelten heute (Zahlen von 2008) noch 406 000 Personen (circa vier Prozent) in der Altersgruppe 15 bis 24 Jahre als Analphabeten, davon sind 79 Prozent Frauen. Alle diese Menschen hätten eigentlich die achtjährige Pflichtschule durchlaufen müssen. Insgesamt sind in der erwerbsfähigen Bevölkerung (15 bis 64 Jahre) 3,7 Millionen Menschen, das sind etwa acht Prozent, Analphabeten, über 80 Prozent davon Frauen. Diese Personen finden den Anschluss an die auch in der Türkei zunehmend fähigkeitsbasierte Arbeitswelt nicht mehr. Sie fallen in der Mehrzahl aus

ullstein bild – CARO/Dobiey

Zwei Jungen in Schuluniform auf dem Weg zu ihrer Schule in Ordu. Das Bildungssystem ist chronisch unterfinanziert und stark verbesserungswürdig.

ullstein bild – CARO/Andreas Bastian

Studentinnen vor der Universität Istanbul im April 2010. Hier darf nur studieren, wer bei den Zulassungsprüfungen sehr gut abgeschnitten hat.

dem Arbeitsmarkt und finden allenfalls in der informellen Schattenwirtschaft mit ungeregelten Arbeitsverhältnissen und ohne soziale Absicherung eine Beschäftigung.

Doch auch die Mehrzahl derjenigen, die die achtjährige Primarausbildung absolvieren – das waren im Jahr 2009 10,9 Millionen Schülerinnen und Schüler bzw. 56 Prozent aller sich in einer Ausbildung befindlichen Personen – erfährt einen Unterricht, der es ihnen immer schwerer macht, die Anforderungen des modernen Berufslebens zu meistern. Hauptursachen hierfür sind eine chronische Unterfinanzierung des Bildungssystems, ein eklatanter Mangel an moderner Lehrtechnologie und das Überwiegen eines lehrerzentrierten Frontalunterrichts. Infolgedessen belegte die Türkei in der internationalen Schülervergleichsstudie PISA von 2009 unter den OECD-Staaten nur den drittletzten Platz. Das Heer nur mittelmäßig ausgebildeter junger Menschen kann sich mittelfristig als eine erhebliche Bremse für die Fortsetzung des angestrebten hohen wirtschaftlichen Entwicklungstempos erweisen.

21 Prozent eines Bildungsjahrgangs (4,2 Millionen Schülerinnen und Schüler) besuchten 2009 ein allgemeinbildendes oder ein Fachgymnasium (türk.: *lise*). Dieser Personenkreis strebt überwiegend ein Universitätsstudium an. Der Zugang hierzu ist an das Bestehen einer landesweiten Zulassungsprüfung gebunden. Um diese erfolgreich zu bestehen, besuchen nicht wenige Schüler in den letzten zwei Jahren am Wochenende eine private „Paukschule", die gegen entsprechendes Honorar gezielt auf die Zulassungsprüfung vorbereitet. Im Jahr 2009 haben immerhin 541 000 von 663 000 Absolventen der verschiedenen Sekundarstufen diese Prüfung bestanden.

Die türkischen Studentinnen und Studenten verteilen sich auf über 80 Universitäten und andere Hochschulen. Diese zeichnen sich durch erhebliche Qualitätsunterschiede aus. Dem knappen Dutzend staatlicher und privater Eliteuniversitäten, die fast alle in Istanbul oder Ankara angesiedelt sind, werden die besten Absolventen aus den Zulassungsprüfungen zugeteilt. So wird der Leistungsabstand zwischen den Hochschulen systembedingt zementiert. Zu kurz kommen dabei „ländliche" Provinzuniversitäten, vor allem im Südosten. Türkische Hochschulpolitik trägt so in einem gewissen Umfang zur Aufrechterhaltung regionaler wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklungsunterschiede bei.

Ein gewisses Gegengewicht bildet die zentralistische Struktur des Hochschulwesens, in dem der Hochschulrat (YÖK) eine zentrale Leitungsfunktion innehat: Er legt die landesweit gültigen Curricula fest, entscheidet über Ernennungen zum Professor bzw. zur Professorin, bestimmt die Verteilung der Lehrkräfte auf die staatlichen Hochschulen und übt landesweit die oberste Disziplinarfunktion aus. Lediglich die privaten Universitäten, die in Form von Stiftungsuniversitäten organisiert sind und hinter denen oft Unternehmerfamilien stehen, sind in gewissen Grenzen – vor allem hinsichtlich der Bezahlung der Lehrkräfte – nicht an Vorgaben des Hochschulrates gebunden.

Stellung der Frauen

Viele Angehörige der türkischen Eliten sind stolz auf die im Zuge der kemalistischen Reformen herbeigeführte gesellschaftliche Aufwertung der Frau. 1930 erhielten Frauen in der Türkei das aktive, 1934 das passive Wahlrecht. Gemäß dem jungtürkischen Ideal wurde der weiblichen Bevölkerung der Zugang zu höherer Bildung ermöglicht. Als Folge gibt es in der Türkei einen erheblichen Anteil weiblicher Hochschullehrer, leitender Angestellter (besonders im Bankensektor), an Lehrerinnen und Rechtsanwältinnen. Doch wird dabei häufig übersehen, dass die Emanzipation der Frauen, wie so vieles bei den kemalistischen Reformen, auf den relativ kleinen Kreis der republikanischen Eliten beschränkt blieb und an der Masse der Bevölkerung vorbeiging. Die erwähnten Angaben zum weiblichen Analphabetentum sprechen in dieser Hinsicht eine deutliche Sprache.

Frauen zählen nach wie vor zu den besonders benachteiligten gesellschaftlichen Gruppen. Hier macht sich das Erbe der traditionellen Agrargesellschaft noch stark bemerkbar. Das zeigt sich nicht zuletzt an den Einstellungen der weiblichen Bevölkerung selbst. So ist knapp die Hälfte der Frauen zwischen 15 und 19 Jahren der Meinung, dass der Platz der Frau in der Familie bei ihren Kindern zu sein hat. Die Hälfte aller Frauen hält weibliche Erwerbsarbeit für unwesentlich. Da ist es dann auch nicht weiter verwunderlich, dass die Türkei mit einer Rate von 25 Prozent weiblicher Erwerbstätigkeit (in der Altersgruppe 15 bis 64 Jahre) im Jahr 2008 unter 124 von der Weltbank erfassten Ländern an 115. Stelle liegt. Ein großer Teil dieser erwerbstätigen Frauen ist in der Landwirtschaft, oft als unentgeltlich mithelfende Familienangehörige, tätig. Als Folge verfügt nur ein äußerst geringer Prozentsatz von ihnen über eine eigene soziale Absicherung, die meisten sind vom Ehemann und/oder der Familie abhängig.

Thies Raetzke / VISUM

Türkische Polizistinnen in Istanbul. Zwar sind Frauen formal gleichberechtigt, doch an der breiten Masse geht die Emanzipation vorbei.

AtPIX / Your Photo Today

Frauen verkaufen auf einem Markt Milch und Käse. Vor allem auf dem Land sind Frauen oft als unentgeltlich helfende Familienangehörige tätig.

In einem vom Weltwirtschaftsforum entwickelten Index der geschlechtsbedingten Ungleichheit in einer Gesellschaft („*Gender Gap Index*") lag die Türkei im Jahr 2009 an 126. Stelle unter 134 erfassten Ländern. Das türkische „Frauenproblem" beschränkt sich nicht allein auf den wirtschaftlichen Bereich. So besuchen etwa ein Viertel weniger Frauen als Männer eine Hochschule. Besonders deutlich ist die Unterrepräsentation von Frauen in der Politik. Zwar hatte die Türkei schon etwa zehn Jahre früher als Deutschland mit Tansu Çiller eine Regierungschefin (Çiller wurde 1993 türkische Ministerpräsidentin), doch ist der Frauenanteil in den legislativen Körperschaften und in den höheren politischen Ämtern äußerst gering. Nach den Parlamentswahlen vom Juni 2011 sind mit 78 weiblichen Abgeordneten zwar fast doppelt so viele Frauen wie in der vorangegangenen Wahlperiode in der Nationalversammlung vertreten, doch machen sie trotzdem nur 14 Prozent aller Abgeordneten aus (bei einem Frauenanteil von 50 Prozent in der Wählerschaft). Dieser geringe Anteil weiblicher Parlamentarier liegt nicht zuletzt an der Zurückhaltung der (männerdominierten) Parteien, genügend Frauen für aussichtsreiche Listenplätze zu nominieren.

Hierin kommt die in der türkischen Gesellschaft immer noch vorherrschende Meinung vom geringeren „Wert" der Frau im Vergleich zu dem des Mannes zum Ausdruck. Zwar ist die Rechtslage in dieser Frage seit den unter der AKP-Regierung verabschiedeten Reformen von Zivil- und Strafrecht eindeutig eine andere. So heißt es etwa in Artikel 10 der reformierten Verfassung unmissverständlich: „Frauen und Männer sind gleichberechtigt. Der Staat ist verpflichtet, die Gleichheit zu verwirklichen." Doch ist die faktische Diskriminierung der Frauen immer noch erheblich.

Ein besonderes Problem ist die häusliche Gewalt gegen Frauen. Sie wird trotz einer eindeutigen Rechtslage immer noch nicht in ausreichendem Maß von den staatlichen Stellen sanktioniert. Insbesondere in ländlichen Gebieten, vor allem in den südöstlichen Provinzen, finden von ihren Ehemännern missbrauchte Frauen bei der örtlichen Polizei und zum Teil auch vor den Gerichten keine ausreichende Unterstützung. Doch das Phänomen der häuslichen Gewalt ist keineswegs auf die „Kurdenregion" oder andere ländliche Gebiete beschränkt. Nach einer 2009 von Wissenschaftlerinnen der Istanbuler Sabancı-Universität durchgeführten Untersuchung haben 42 Prozent aller Frauen über 15 Jahre aus allen Regionen und allen sozialen Schichten der Türkei, das sind etwa elf Millionen Frauen, in ihrem Leben häusliche Gewalt physischer oder sexueller Natur erfahren. Diese Zahlen sind ein Indiz für die bislang unzulängliche Umsetzung des Gesetzes über den Schutz der Familie von 1998 (Gesetz Nr. 4320). Sie lassen Zweifel am ernsthaften Willen der AKP-Regierung aufkommen, ihre diesbezüglichen Verpflichtungen ernst zu nehmen.

Rolle der Zivilgesellschaft

Immerhin begehren zivilgesellschaftliche Frauenorganisationen in wachsendem Maße überall im Land gegen die Diskriminierung von Frauen auf. Neben Protesten, die an die Adresse der Politik und Öffentlichkeit gerichtet sind, entsteht auch ein Netzwerk praktischer Solidarität, etwa durch den Aufbau privater Frauenhäuser, gerade auch in den südöstlichen Landesteilen. Andere Frauenorganisationen führen vor Wahlen landesweite Kampagnen für eine stärkere Repräsentation von Frauen im politischen Bereich sowie Aufklärungs- und Werbeaktionen für eine Verbesserung der weiblichen Bildungssituation vor allem in ländlichen Gebieten durch.

Insgesamt zählen die Frauenorganisationen zum aktivsten Teil der türkischen Zivilgesellschaft, die immer mehr an Bedeutung gewinnt. Nichtregierungsorganisationen sind in der Türkei eine relativ junge Erscheinung. Sie entstanden vor allem im Gefolge der wirtschaftlichen Öffnungspolitik in der Ära von Ministerpräsident Turgut Özal. Wirtschaftliche Liberalisierung, politische Demokratisierung und zivilgesellschaftliche Mobilisierung gehen auch in der Türkei Hand in Hand. Umweltschutz, Menschenrechte, Verkehrsprobleme, Stadtentwicklung sind Fragen, die immer stärker öffentliches Interesse finden.

Doch auch zivilgesellschaftliche Solidarität mit Blick auf einzelne Ereignisse oder Vorhaben gehört immer häufiger zum gesellschaftspolitischen Leben der Türkei. Besonders spektakuläre Fälle wie schon Ende der 1980er-Jahre der Schutz der Caretta-Meeresschildkröte in der Bucht von Iztuzu oder der nach der Nuklearkatastrophe im japanischen Atomkraftwerk Fukushima im März 2011 wieder aufgeflammte Protest der Bevölkerung in der Gegend des südtürkischen Akkuyu gegen den von der russischen Firma Rosatom geplanten Bau des ersten Atomkraftwerks in der Türkei finden auch im europäischen Ausland Widerhall. Ganz generell profitiert die türkische Zivilgesellschaft von Hilfen der EU, die diese für Vorhaben zur

Stärkung der türkischen Demokratie im Rahmen des Beitrittsprozesses zur Verfügung stellt.

Trotz dieser enormen Entwicklung bleibt die zivilgesellschaftliche Bewegung in der Türkei landesweit relativ schwach. Ihre Organisationen konzentrieren sich in den Großstädten und werden in der Regel vom höher gebildeten Bürgertum getragen. Eine regionale Ausnahme bildet der Südosten, wo die kurdische Nationalbewegung sich inzwischen auch in der Zivilgesellschaft etablieren konnte und andere Nichtregierungsorganisationen immer stärker gegen allgemeine gesellschaftliche Missstände aktiv werden. Doch auch hier liegen die Zentren in den Städten, weniger in den Dörfern.

Im Kampf gegen diese Missstände, sei es im Bildungswesen, sei es bei den Menschenrechten, der unvollkommenen Demokratisierung oder auch bei Nachteilen für die Beschäftigten, macht sich zudem die immer noch bestehende Spaltung der Zivilgesellschaft in ideologisch getrennte Organisationen hinderlich bemerkbar. Das gilt nicht nur für die Gewerkschaften,

Adem Altan / AFP / Getty Images

Zivilgesellschaftliches Engagement: Am „Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen" fordern Frauenorganisationen im November 2010 in Ankara die Regierung zu verstärkten Schutzmaßnahmen auf.

Demokratur oder Demokratie?

1997 wurde die Istanbuler Verlegerin Ayşe Nur Zarakolu vor Gericht gestellt, weil sie einen Menschenrechtsbericht veröffentlicht hatte, in dem ein anonymer Diplomat sagte, einige türkische Soldaten seien „Verbrecher". Zarakolu hatte seit dem Staatsstreich von 1980 bereits vier Gefängnisstrafen abgesessen, es liefen gleichzeitig 22 Verfahren gegen sie, die meisten wegen „Verleumdung des Türkentums". Zusammen mit ihrem Mann Ragip Zarakolu verlegte sie Bücher, die von den Massakern an den Armeniern im Ersten Weltkrieg als Genozid sprachen oder die Foltermethoden der türkischen Sicherheitskräfte im Kampf gegen die Kurdische Arbeiterpartei (PKK) anprangerten. Die Staatsanwälte zerrten mal Ayşe Nur Zarakolu, mal ihren Mann auf die Anklagebank.

Ayşe Nur Zarakolu erhielt mehrere internationale Preise. Die Auszeichnung der Internationalen Verleger-Union auf der Frankfurter Buchmesse 1998 konnte sie nicht entgegennehmen, da sie nicht ausreisen durfte. 2002 starb sie. Der Eifer der Staatsanwälte konzentrierte sich von da an auf Ragip Zarakolu. Kürzlich wurde der Leiter des Belge Verlags wieder festgenommen. Mit Dutzenden anderen kritischen Intellektuellen sitzt er in Untersuchungshaft, weil er angeblich eine kurdische Terrororganisation unterstützt. Man könnte meinen, es habe sich für türkische Intellektuelle wenig verändert seit dem Tod von Ayşe Nur Zarakolu und dem politischen Aufstieg des Premiers Recep T. Erdoğan im selben Jahr.

Aber es hat sich einiges verändert. Man sollte nicht vergessen, dass Erdoğan für die demokratische Öffnung der Türkei mehr geleistet hat als irgendein Politiker der letzten zwei Jahrzehnte. Sein Kampf gegen den Geheimbund Ergenekon ist auch ein Kampf gegen den faschistoiden Nationalismus, dem viele Intellektuelle während der Junta-Zeiten und in den wilden Neunzigern zum Opfer fielen. Dass Erdoğan daran scheitert, die „Kurdenfrage" mit politischen Mitteln zu lösen, hat nicht zuletzt mit der Sturköpfigkeit einiger Kurdenführer zu tun, die immer noch an den Terror-Kampf glauben. Der reflexartige Kampagnen-Patriotismus der armenischen Diaspora, der weltweit mehr Gemüter erhitzt als aufklärt, macht es nicht leichter. [...]

Ahmet Insel, ein in Paris promovierter Publizist und Initiator der Unterschriftenaktion „Wir bitten die Armenier um Vergebung", erkennt in der Türkei Anzeichen eines „demokratischen Autoritarismus". Er meint damit ein Regime, das „alle Formen von Opposition kriminalisiert, die es nicht akzeptieren kann", und dazu Verschwörungstheorien benutzt. Zugegeben: Die Art, wie sich selbsternannte Kurdenführer in der Türkei organisiert haben, schreit geradezu nach einer Verschwörungstheorie. Kein Mensch scheint Genaueres über die Untergrundorganisation Koma Civaken Kurdistan (KCK) zu wissen, mit der der Verleger Ragip Zarakolu und nahezu zweitausend weitere Inhaftierte nun in Verbindung gebracht werden.

[...] Es wird erfahrungsgemäß mindestens ein Jahr dauern, bis geklärt ist, ob etwa Ragip Zarakolu eine Rolle innerhalb der KCK übernommen hat, und wenn ja, welche – außer dass er seit Jahren sagt, auch Kurden hätten ein Recht auf Selbstbestimmung. [...]

Die Nachrichtenagentur Associated Press hat berechnet, dass seit 9/11 [Islamistische Anschläge auf die USA im September 2001 – Anm. d. Red] in keinem Land so viele Menschen unter Terrorverdacht verurteilt wurden wie in der Türkei: zwölftausend von weltweit fünfunddreißigtausend. Die meisten Verhaftungen fielen in die letzten fünf Jahre.

[...] Willkürliche Bestrafung hat in Halbdemokratien meistens zwei Folgen. Erstens führt sie zur Selbstzensur. Vor zwei Wochen entschied der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte im Fall Altuğ Taner Akçam gegen die Republik Türkei. Akçam ist Geschichtsprofessor mit türkischem und deutschem Pass, der zur Lage der Armenier im Osmanischen Reich forscht. 2007 reichte er in Straßburg eine Klage gegen Artikel 301 des türkischen Strafgesetzbuchs ein, der die „Beleidigung des Türkentums" unter Strafe stellt. Akçam selbst wurde in der Türkei zwar nicht verurteilt, aber er argumentierte, der Artikel bereite – auch in seiner abgemilderten Version von 2008 – ihm und seinen Kollegen „erheblichen Stress und Sorge" und hemme ihre Forschung. Die hohen Richter stellten nüchtern fest, dass der Artikel die Europäische Menschenrechtskonvention verletzt.

Die zweite, schlimmere Folge der Halbfreiheit ist die Verwässerung moralischer Maßstäbe. [...]

Tim Neshitov, „Die Halbfreiheit", in: Süddeutsche Zeitung vom 10. November 2011

die in einen eher sozialistischen und einen eher konservativen Flügel sowie eine schwache nationalistische Gruppierung gespalten sind, die jeweils Verbindungen zu den entsprechenden Parteien pflegen. Die Spaltung der Gesellschaft in den mehrheitlichen konservativ-traditionellen Teil und die kemalistisch-nationale Minderheit zieht sich durch fast alle Bereiche der Zivilgesellschaft. Am ehesten wird sie im Widerstand gegen konkrete Einzelvorhaben des Staates überwunden. Auch die relativ große Solidarität unter den Frauenorganisationen wird immer wieder von Gegensätzen zwischen Laizistinnen und Traditionalistinnen in der *türban*-Frage (s. S. 20 f.) auf die Probe gestellt. Selbst das Unternehmerlager ist gespalten in die laizistisch orientierte Vereinigung der türkischen Großindustrie aus der Region um das Marmarameer, TÜSİAD, und die aus der konservativen anatolischen Industriebourgeoisie hervorgegangene Organisation MÜSİAD. Beide sind gleichermaßen um gute Beziehungen zur jeweiligen Regierung bemüht und durchaus einig in der Abwehr ihrer Ansicht nach zu weit gehender gewerkschaftlicher Forderungen.

Doch engagiert sich TÜSİAD seit Mitte der 1990er-Jahre besonders für die Verbesserung der demokratischen Verhältnisse in einem europäisch-liberalen Sinn. Auch gehört die Unternehmervereinigung zu den engagierten Befürworterinnen eines türkischen EU-Beitritts, von dem sie sich eine Festigung der vorteilhaften wirtschaftlichen Verbindungen des Landes mit der EU und der OECD-Welt generell verspricht. Bei MÜSİAD engagierte Unternehmen sind dagegen häufig in den „neuen" Märkten Zentralasiens und des Nahen und Mittleren Ostens engagiert. Sie versuchen, die neue außenpolitische Orientierung der AKP-Regierung für ihre Interessen zu nutzen.

Nicht ohne Musik!

Von den anatolischen Seldschuken bis heute entwickelte sich die türkische Musik in verschiedenen Bereichen: von der türkischen Klassik (türkische Kunstmusik) [...] über die Volksmusik [...] hin zur religiösen Musik, zur Militärmusik und nicht zu vergessen zur Musik der Roma. Hinzu kamen andere Musikrichtungen wie der Tango [...]. Die westliche Klassik etablierte sich in der Türkei als Gattung gleich nach der Gründung der Republik (1923).

Weitere in der Türkei beliebte und gern gehörte Musikgattungen sind der Pop, Rock, Hip Hop, Ska Punk und Jazz, die besonders in den letzten Jahren starke Verbreitung gefunden haben. [...]

Die ethnische Vielfalt des Landes und die daraus resultierenden verschiedenen Traditionen spiegeln sich auch in der Volksmusik und den in ihr verwendeten Instrumenten wider. So begegnet man z. B. in der Musik der Schwarzmeerküste dem tulum (Dudelsack) und der kemençe (Kniegeige). Die kemençe ist eines der wichtigsten, wenn nicht das wichtigste Instrument der Region. Wenn ihr hoher, für ungewohnte Ohren schriller Klang auf Hochzeiten oder anderen Feierlichkeiten ertönt, bildet sich in Kürze ein großer Kreis von Männern und Frauen, die in einem atemberaubenden Tempo zu tanzen beginnen. [...]

In den Texten der türkischen Lieder geht es häufig auch um die Liebe. Die Liebe zwischen den Menschen oder aber die Liebe zu Gott, dem Allbarmherzigen. [...]

Neben der religiösen Lyrik der Sufi-Mystik, die in unterschiedlichen Musik-Gattungen verwendet wird, hört man heute in den angesagten Clubs der Metropolen auch religiöse Klänge, die zumeist mit der Schilfrohrflöte, der ney, erzeugt werden. Trotz der Kritik, die Mercan Dede (Dede ist eine Bezeichnung, die religiösen Führern u. a. im Sufismus zuteil wird) alias DJ Arkın Allen seitens einiger Musikerkollegen einstecken muss, kommt seine Musik bei der jungen Hörerschaft sehr gut an. Er bringt die Schilfrohrflöte, das Hauptinstrument der Sufi-Musik, mit elektronischen Klängen, Trommeln, der Klarinette und der Zither zusammen und lässt Rhythmen entstehen, auf die es sich hervorragend tanzen lässt. Begleitet wird der halb Kanadier, halb Türke dabei von der kanadischen Sufi-Tänzerin Mira Burke. Seine Konzerte sind ausverkauft. [...]

Ende der 1950er und Anfang der 1960er Jahre erreichte der Rock'n Roll auch die Türkei. Zunächst hörte man ihn in der Originalsprache, in Englisch; schnell schlossen sich dem türkische Rock'n Roll-Stücke an. Erkin Koray, der Vater des türkischen Rock, prägte sogar das Wort vom anatolischen Rock, das die Synthese der westlichen Rockmusik mit der türkischen Volksmusik bezeichnet. Heute gibt es viele Rockgruppen und Rocksänger/innen wie Mor ve Ötesi, Replikas, Duman, Özlem Tekin, Şebnem Ferah u. v. m., die in Türkisch singen und sich landesweit großer Beliebtheit erfreuen. [...]

Die Pop-Musik [...] nimmt in der neueren Musikgeschichte der Türkei eine große Rolle ein. Beginnend in den 1960ern, damals unter der Bezeichnung hafif Batı müziği (leichte westliche Musik), hatte sie ihren Höhepunkt in den 1990er Jahren. Mit der wirtschaftlichen Öffnung des Landes und dem Zugang zu Studios mit besseren technischen Möglichkeiten, boomte dieses Genre regelrecht. So schnell allerdings einige der neuen Namen auftauchten, verschwanden sie auch wieder. Natürlich gab es auch Ausnahmen, so z. B. Tarkan. Der im rheinhessischen Alzey geborene Sänger wurde in der Türkei zu einem Pop-Idol. Als 1999 eines seiner bekanntesten Lieder, „Şımarık", das mit einem Kuss beginnt und mit einem Kuss endet, mit dem World Music Award ausgezeichnet wurde, sicherte er sich seinen Platz auch in den europäischen Musiksendern. [...] Die Pop-Diva [Sezen Aksu] und ihre Musik-Projekte, unter anderem auch musikalische Kooperationen mit griechischen und armenischen Musikern/innen, sind ein hervorragendes Beispiel dafür, dass mit der Sprache der Kunst Brücken zu Kulturen und Nationen entstehen können, die zu schlagen es den Politiker/innen häufig noch sehr schwerfällt. Aksu, eine Interpretin und Liedermacherin, deren Konzerte von Jung und Alt besucht werden, braucht während ihrer Live-Auftritte ihre Lieder oft nicht selbst zu singen, weil ihr Publikum, das all ihre Lieder auswendig kennt, diese Aufgabe für sie gerne übernimmt. [...]

Ein Tag ohne Musik ist in der Türkei, ob im Westen oder Osten, Süden oder Norden des Landes, kaum vorstellbar. Sie ertönt überall: aus dem Radio des Blechsammlers, der von Tür zu Tür wandert, aus den vorbeifahrenden gelben Taxis, aus den offen stehenden Fenstern von Wohnungen. In Form von westlicher Club-Musik erreicht sie aus modern dekorierten Läden vorbeilaufende Fußgänger/innen oder in Form von türkischer Klassik führt sie im Basar in eine vergangene Zeit. Die Ruhe findet man in der Türkei zumeist nicht in der Stille, sondern in einem Musikstück, das in Gedanken versinken und Erinnerungen aufkommen lässt. [...]

Jale Yoldas, „Die Musik der Türkei – eine vielfältige Angelegenheit", in: Länderbericht Türkei (bpb-Schriftenreihe), Bonn 2012

Heinz Kramer

Zwischen Tradition und Neuorientierung: die Außenpolitik

Seit 2002 hat sich Ankara von seiner Fixierung auf „den Westen" abgekehrt und zur islamischen Welt, aber auch zu Russland und Asien hin geöffnet. Die zunehmende internationale Bedeutung der Türkei hat zudem ihren Wunsch, der EU beizutreten, deutlich gemindert.

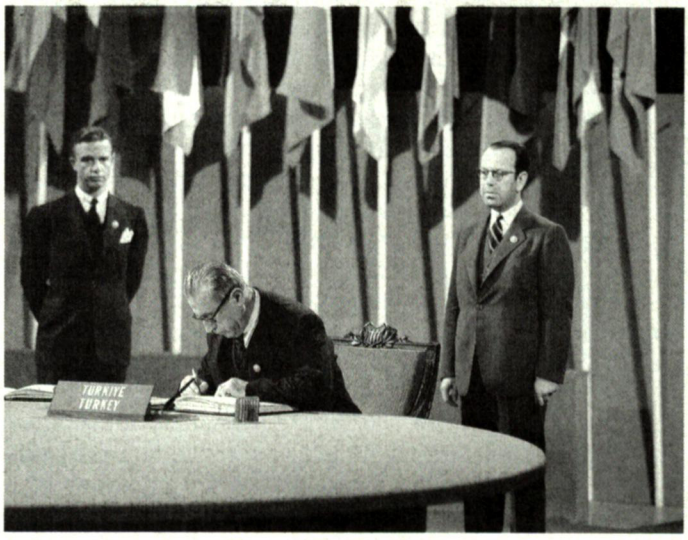
Türkische Nachbarschaft

Türkische Außenpolitik steht seit dem Amtsantritt von Außenminister Ahmet Davutoğlu im Mai 2009 verstärkt im Blickpunkt der deutschen und europäischen öffentlichen Aufmerksamkeit. Kommentatoren und Analysten rätseln, ob die Türkei sich vom Westen abwendet und eine „islamische" Richtung einschlägt. Hintergrund dieser Verunsicherung ist das deutlich gestiegene Interesse der Türkei an den Entwicklungen in der nah-/mittelöstlichen Nachbarschaft, gepaart mit dem Versuch, die Beziehungen zu diesen Ländern neu zu gestalten. Beim Blick auf diese Entwicklung wird jedoch zweierlei übersehen: Zum einen gilt die verstärkte außenpolitische Aktivität Ankaras nicht nur der „islamischen" Nachbarschaft, sondern gleichermaßen der kaspisch/zentralasiatischen, den Beziehungen zu Russland und auch der Entwicklung auf dem Balkan. Zum anderen wird zu wenig bedacht, dass türkische Außenpolitik seit jeher am nationalen Interesse ausgerichtet ist und dass sich dieses im Laufe der Republikgeschichte immer wieder einmal gewandelt hat.

„Friede daheim, Friede in der Welt"

Schon Atatürk hat für die junge Republik trotz der klaren Vorbildfunktion Europas für die Gestaltung der modernen Türkei keineswegs die außenpolitische Orientierung an und auf Europa bevorzugt. Sein Grundsatz war „Friede daheim, Friede in der Welt", das heißt der Vorrang innenpolitischer Stabilität und eine entsprechende Anpassung außenpolitischer Ziele und Verhaltensweisen. Resultat war eine Politik, die enge außen- und sicherheitspolitische Bindungen mied. Gute Beziehungen zur Sowjetunion waren genauso wichtig wie zu beiden Lagern (faschistische Staaten auf der einen, demokratische Staaten auf der anderen Seite), die sich in Europa Anfang der 1930er-Jahre immer deutlicher herausbildeten.

Nach Atatürks Tod im Jahre 1938 hielt sein Nachfolger İsmet İnönü an dieser Politik fest. Es gelang ihm durch geschicktes Lavieren zwischen den verschiedenen Mächten, die Türkei aus dem Zweiten Weltkrieg weitgehend herauszuhalten, ohne jemals offen die Neutralität zu erklären. Erst als sich der Sieg der Alliierten abzeichnete, erklärte auch die Türkei im Februar 1945 dem Deutschen Reich den Krieg und sicherte sich so die Teilnahme an der Gründungskonferenz der Vereinten Nationen (VN).



UN Photo / McLain

Außenminister Hasan Saka (M.) unterzeichnet am 26. Juni 1945 in San Francisco die Charta der Vereinten Nationen. Die Türkei ist Gründungsmitglied der VN.

Westorientierung im Kalten Krieg

Dieser Schritt erwies sich als bedeutsam für die Entwicklung der europäischen Nachkriegsordnung. Im Zuge des bald nach Kriegsende aufbrechenden Ost-West-Konflikts schlug sich Ankara auf die Seite der USA und ihrer europäischen Verbündeten. Nur so meinte İnönü die von Atatürk begründete Politik der türkischen Modernisierung nach europäischen Vorbildern erfolgreich fortsetzen zu können. Es ging ihm dabei weniger um eine Entscheidung zwischen „freier Welt" und „kommunistischem Herrschaftsbereich" als um die langfristige Existenzsicherung der kemalistischen Republik gemäß ihren Gründungsprinzipien.

Erleichtert wurde dieser Schritt durch sowjetische Forderungen gegen Kriegsende, die die in der Konvention von Montreux (1936) festgelegte türkische Herrschaft über die Meerengen Dardanellen und Bosporus einschränken sollten und zudem Abtretungen von türkischem Territorium im Osten des Landes an die Sowjetunion vorsahen. Als in dieser Lage die US-Regierung Griechenland und der Türkei volle Unterstützung zusicherte, war die türkische Entscheidung klar. In der Folgezeit wurde die Türkei Gründungsmitglied des Europarates und der OEEC, der späteren OECD.

Diese Politik wurde in der Zeit der parlamentarischen Mehrparteiendemokratie nach 1950 von allen Regierungen fortgesetzt. Der sich vertiefende Ost-West-Konflikt ließ der Türkei auch keine andere Wahl, sollte das kemalistische Entwicklungsziel nicht aufgegeben werden. Willig übernahm Ankara zusammen mit Griechenland im Rahmen der NATO die Rolle der räumlichen und militärischen „Barriere" gegen ein Vordringen der Sowjetunion in den Mittelmeerraum und gemeinsam mit dem Iran, Irak, Pakistan und Großbritannien im Rahmen des 1955 gegründeten Bagdad-Pakts (CENTO) gegen ein Vordringen Moskaus in den ölreichen Mittleren und Nahen Osten.

Die enge Gefolgschaft zu den USA wurde auch durch die Anerkennung Israels und die 1952 erfolgte Aufnahme diplomatischer Beziehungen deutlich. Ankara nahm dafür eine deutliche Entfremdung im Verhältnis zu den arabischen Staaten in Kauf. Im Gegenzug gewährten die USA dem Land umfangreiche Militär- und Entwicklungshilfe. Diese wurde die Grundlage für den Aufbau der türkischen Streitkräfte und die Modernisierung der landwirtschaftlichen Produktion. In dieser Zeit wurde die Basis für die bis heute andauernde sicherheitspolitische Sonderbeziehung zu den USA gelegt.

Die enge außen- und sicherheitspolitische Einbindung in das von den USA geführte westliche System war während des gesamten Ost-West-Konflikts Leitlinie türkischer Außenpolitik. Lediglich der Konflikt mit dem NATO-Partner Griechenland, vor allem in der Zypernfrage, bildete eine Ausnahme. Annäherungen an die Sowjetunion gegen Ende der 1960er-Jahre oder eine vorsichtige Distanzierung von der israelischen Palästinapolitik und die Mitgliedschaft in der 1969 gegründeten Organisation der Islamischen Konferenz (OIK) waren Erweiterungen des außenpolitischen Horizonts, die mit Veränderungen der welt- und regionalpolitischen Konstellationen wie der Entspannung im Ost-West-Konflikt oder den Umbrüchen in der arabischen Welt zusammenhingen. Sie waren aber keine Signale für eine grundlegende Umorientierung.

All diese Entwicklungen dienten eher dem Zweck, den westlichen Bündnispartnern, vor allem den USA, die Bedeutung des türkischen Alliierten immer wieder vor Augen zu führen, die zeitweise in den innenpolitischen Turbulenzen der Türkei während der 1960er- und 1970er-Jahre mit ihren drei Militärputschen zwischen 1960 und 1980 verloren zu gehen drohte. Die Iranische Revolution und die Machtergreifung des Ajatollah Chomeini im Januar 1979 sowie die sowjetische Invasion in Afghanistan im Dezember 1979 trugen ein Übriges dazu bei, den strategischen Wert der Türkei für das westliche Bündnis zu festigen. Nicht zuletzt vor diesem internationalen Hintergrund konnte das türkische Militär im September 1980 seinen dritten Putsch durchführen, ohne größere Proteste der NATO-Verbündeten befürchten zu müssen.

Türkisch-griechische Konflikte um Zypern und die Ägäis

Belastend für die türkische Stellung im westlichen Bündnissystem wirkte sich allerdings der Zypernkonflikt aus, der bis heute nicht gelöst ist. Im Kern geht es um die Frage, wie die griechische Bevölkerungsmehrheit und die türkische Minderheit auf der Insel zusammenleben sollen. Als es im Dezember 1963 zu einem Massaker an zyperntürkischen Zivilisten durch zyperngriechische Polizeikräfte kam, das sich zu gewaltsamen Kämpfen ausweitete, drohte eine direkte militärische Konfrontation zwischen den NATO-Partnern Griechenland und Türkei.

Seit dieser sogenannten ersten Zypernkrise 1963/64 ist das absolute türkische Vertrauen in die NATO-Vormacht USA geschwunden. Der berühmte Brief, den US-Präsident Johnson im Juni 1964 an den türkischen Ministerpräsidenten İnönü schrieb, wurde in Ankara als grobe Missachtung der nationalen Interessen durch den mächtigsten Verbündeten angesehen. In diesem Schreiben hatte Johnson mitgeteilt, die Türkei könne nicht mit dem automatischen Beistand ihrer NATO-Verbündeten rechnen, wenn eine türkische Militärintervention auf Zypern die Sowjetunion zum Eingreifen veranlassen sollte. Seitdem gefährdete der türkisch-griechische Streit um die Regelung des Zusammenlebens der beiden Volksgruppen auf der Insel immer wieder den Zusammenhalt der Atlantischen Allianz.

Hinzu kamen bilaterale Konflikte zwischen Ankara und Athen über Hoheitsrechte in der Ägäis, den ägäischen Luftraum und den Status verschiedener Inseln in der Ägäis. In den bilateralen Streitfragen will die Türkei eine politische Übereinkunft zur Grundlage der Regelungen machen, während die griechische Seite, sich im Recht sehend und von der EU bestärkt, eine Schiedsentscheidung durch den Internationalen Gerichtshof in Den Haag anstrebt. Seit der griechisch-türkischen Annäherung von 1999 führen beide Seiten vertrauliche Gespräche über die verschiedenen Punkte, ohne jedoch bis jetzt eine einvernehmliche Regelung gefunden zu haben. Doch kommt es nicht mehr zum „Beinahe-Krieg" wie noch im Januar 1996, als der Streit um die Hoheitsrechte über eine unbewohnte Mini-Insel in der Ägäis die Seestreitkräfte beider Seiten in Alarmbereitschaft versetzte.

In der Zypernfrage haben internationaler Druck und griechisches Interesse im Laufe der Zeit dazu geführt, dass die Formel der bizonalen und bikommunalen Föderation als „richtige" Lösung für das Zusammenleben der griechischen und der türkischen Volksgruppe auf der Insel von allen Seiten akzeptiert wurde. Allerdings gibt es bisher keine Einigung über die konkrete Ausgestaltung dieser Formel. Die türkische Seite befürwortet weitgehend getrennte und selbstverwaltete staatliche Einheiten der jeweiligen Volksgruppen unter dem Dach eines auf die minimal notwendigen Kompetenzen beschränkten Gesamtstaates. Die Griechen dagegen streben nach einem zyprischen Staat, in dem eine relativ starke Zentralgewalt über zwei auf die notwendigen Kompetenzen kommunaler Selbstverwaltung beschränkte Gliedstaaten herrscht. Sie sehen so ihre Mehrheitsstellung auf der Insel auch in der staatlich-institutionellen Konstruktion gewahrt, während die türkische Vorstellung vom Gedanken eines maximalen Minderheitenschutzes getragen ist.

Erschwert wird eine Einigung durch drei Umstände: die türkische militärische Besetzung eines großen Teils im Norden der Insel, den 2004 erfolgten Beitritt Zyperns zur EU und den seit Dezember 1999 laufenden türkischen Beitrittsprozess zur EU. Nachdem die gewaltsamen Konflikte von 1963 nur durch die Stationierung einer VN-Schutztruppe (UNFICYP) auf der Insel beendet werden konnten und damit die faktische Separierung der Volksgruppen begann, führte die von der griechischen Militärjunta provozierte türkische Invasion im Juli/August 1974 zur endgültigen Teilung in den türkisch besetzten Norden und die griechische Republik Zypern im Süden der Insel. Letztere wird von der internationalen Staatengemeinschaft als einzige legitime politische Vertretung der Insel anerkannt. Daran änderte auch die 1983 proklamierte Umwandlung des Nordteils in die Türkische Republik Nordzypern nichts. Sie wird nur von der Türkei anerkannt und sichert ihre Existenz durch die Anwesenheit von circa 36 000 türkischen Soldaten im Norden. Seit den 1970er-Jahren hat jeder VN-Generalsekretär vergeblich versucht, die Trennung rückgängig zu machen und eine von beiden Seiten akzeptierte Regelung herbeizuführen.

Am weitesten kam dabei Generalsekretär Kofi Annan, der im Vorfeld des zyprischen EU-Beitritts im Frühjahr 2004 einen detaillierten Regelungsplan vorlegte (Annan-Plan), dem in einer getrennt in beiden Inselteilen durchgeführten Volksabstimmung am 24. April 2004 der türkische Bevölkerungsteil mit Unterstützung der AKP-Regierung mit 65 Prozent seine Zustimmung erteilte. Der Plan wurde jedoch von den griechischen Zyprern mit 76 Prozent abgelehnt. Seitdem gibt es zwar seit dem Frühjahr 2008 – wieder unter der Ägide der VN – Verhandlungen zwischen beiden Seiten, die aber bisher ohne Ergebnis blieben.

Diese Verhandlungen werden durch den am 1. Mai 2004 erfolgten Beitritt Zyperns zur EU kompliziert. Seitdem darf eine Zypernregelung in wesentlichen Punkten nicht gegen EU-Recht verstoßen, wenngleich man sich großzügig bemessene Übergangszeiten vorstellen kann. Hinzu kommt, dass Griechenland und die Republik Zypern als EU-Mitglieder das Zypernproblem im Zusammenhang mit den seit Oktober 2005 laufenden türkischen Beitrittsverhandlungen mit Brüssel zu ihrem Vorteil instrumentalisieren wollen. Vieles spricht dafür, dass eine endgültige Zypernregelung nur im Rahmen eines Gesamtpaketes möglich sein wird, in dem Zypernfrage, griechisch-türkische Streitigkeiten und der türkische EU-Beitritt zusammengefasst sind.

ddp images / AP

Im Streit um die unbewohnte Ägäis-Insel Kardak kommt es im Januar 1996 zu einem „Beinahe-Krieg" zwischen der Türkei und Griechenland. Ein türkisches Militärboot verlässt am 31.1. das Eiland

ullstein bild – AP

Ein UN-Fahrzeug passiert in der Pufferzone zwischen Nord- und Südzypern einen türkischen Posten. Eine Lösung der Zypernfrage ist nicht absehbar.

Reuters / Stringer Turkey

Türkische Zyprer demonstrieren im April 2004, am Vorabend des Referendums für die Annahme des Annan-Plans. Doch er findet bei den griechischen Zyprern keine Mehrheit.

Initiativen nach dem Ende des Ost-West-Konflikts

Das Ende des Ost-West-Konflikts brachte für die Türkei ein radikal gewandeltes politisches Umfeld. Doch bereits unter dem Regime des damaligen türkischen Ministerpräsidenten Turgut Özal und seiner Mutterlandspartei hatte in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre eine außenpolitische Umorientierung begonnen. Özal versuchte einen dann letztlich doch fehlgeschlagenen Ausgleich mit Griechenland, und er öffnete die türkische Wirtschaft zu den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens.

Özal verfolgte das Ziel, die Türkei in Anlehnung an die asiatischen „Tigerstaaten" binnen zehn Jahren zum „Südkorea" des Nahen Ostens zu machen. Erst als diese Bemühungen ebenso wenig vorankamen wie Bestrebungen, mit den USA eine Freihandelszone zu bilden, schwenkte er in der Europapolitik um und stellte im April 1987 den Antrag auf Beitritt zur EU. Dieser blieb jedoch erfolglos. Insgesamt war seine Außenpolitik von einem erheblichen Maß an Pragmatismus und einer damit einhergehenden Lockerung der ideologischen Bindung an den Westen gekennzeichnet. Erstmalig kam der Begriff des „Neo-Osmanismus" zur Charakterisierung der türkischen Außenpolitik auf. Dabei wurde aber die sicherheitspolitische Einbindung in die Atlantische Allianz nie in Frage gestellt.

Die neue Nachbarschaft nach dem Ende und Zerfall der Sowjetunion brachte für die türkische Außenpolitik eine Vielzahl neuer Herausforderungen. Özal, seit 1991 Staatspräsident, plädierte anfänglich mit starker amerikanischer Unterstützung für eine weitreichende Hinwendung zu den neuen Turkrepubliken in Zentralasien (Aserbaidschan, Kasachstan, Kirgistan, Usbekistan, Turkmenistan). Neben wirtschaftlichen Vorteilen (Erdöl, Erdgas) versprach er sich auch eine Ausdehnung des türkischen politischen Einflussbereichs bei den „Sprachverwandten". Washington hoffte auf eine Zurückdrängung Russlands, vor allem aber auf eine Einhegung des befürchteten radikalislamischen Einflusses Teherans.

picture alliance / dpa

Das erste Rohr wird gelegt: Start der Bauarbeiten an der Erdöl-Pipeline von Baku nach Ceyhan. Sie wird mit US-Unterstützung gebaut und geht 2005 in Betrieb.

Doch bald zeigte sich, dass die politischen und wirtschaftlichen Ressourcen der Türkei bei Weitem nicht ausreichten, um in der riesigen Region zwischen dem Kaukasus und China eine dominante Rolle zu spielen. Heute ist die Türkei dort ein Akteur unter vielen, während China eine immer wichtigere Rolle spielt. Ankara konzentriert sich zunehmend auf die Kaukasusregion und die angrenzenden kaspischen Staaten mit ihren gewaltigen Erdgasvorkommen. Doch hat es neben der mit politischer US-Unterstützung gebauten und im Jahr 2005 in Betrieb gegan-

Neo-Osmanismus

[...] Der türkische Neo-Osmanismus, in dem sich islamische Überlegenheitssehnsucht mit patriotischer Ermutigung verbindet, beschränkt sich nicht allein auf die jüngsten außenpolitischen Bemühungen Ankaras. Seit Erdoğans Partei, die AKP, die Regierung stellt, ist der Rückbezug auf die osmanische Zeit ein elementarer Teil der türkischen Kulturpolitik. [...] Staatlich gefördert, wird die osmanische Kultur und Praxis in der Türkei zu neuem Leben erweckt.

Die Beispiele sind zahlreich: Seit Istanbul von der AKP regiert wird, gedenkt die Stadt jedes Jahr am 29. Mai mit einem Festakt der Eroberung Konstantinopels durch Mehmed II. 1453. Und als Istanbul im vergangenen Jahr europäische Kulturhauptstadt war, renovierte man mit dem dafür ausgewiesenen Budget vor allem osmanische Bauten. Istanbul wurde nicht mehr nur als Brücke zwischen Orient und Okzident inszeniert, sondern auch als Zentrum der osmanischen Zivilisation.

Besonders die Medien sind im staatlichen Auftrag vom neuen Sendungsbewusstsein geprägt – auch indirekt, und das nicht nur in der Türkei. Seit dem Jahr 2009 kann auf dem Balkan, im Kaukasus und in Zentralasien der Kanal TRT-Avaz des staatlichen Fernsehens TRT empfangen werden. Er sendet in verschiedenen Turksprachen, Serien aus nationaler Produktion tragen türkische Untertitel. Auch in der arabischen Welt ist das staatliche türkische Fernsehen aktiv: TRT el-Turkiya erreicht vierundzwanzig Stunden am Tag auf Arabisch etwa 350 Millionen Menschen. [...]

Bisher können die arabischen Zuschauer vor allem Nachrichten sehen, außerdem die äußerst beliebten türkischen Daily-Soaps, deren Darstellungen von Liebe und Ehe sich an konservativ-muslimischen Wertvorstellungen orientieren. Großen Anklang finden auch die ultranationalistische, von Osmanen-Nostalgie geprägte Fernsehserie „Tal der Wölfe" sowie deren Kinoadaption. [...]

Bei seiner Station in Kairo hat Tayyip Erdoğan ein neues Yunus-Emre-Institut eröffnet. Die Institution ist vergleichbar mit dem deutschen Goethe-Institut und verfügt inzwischen über Zweigstellen in vierzehn Ländern. Die meisten zählen der Balkan und der arabische Raum, das erste wurde im Jahr 2009 in Sarajevo eingeweiht – in einer Stadt, die wie kaum eine andere das Türkentum symbolisiere, hieß es damals. Wie das so üblich ist, erinnerte Erdoğan bei der Eröffnung in Kairo an den namengebenden Sufi-Mystiker des vierzehnten Jahrhunderts. [...]

Karen Krüger, „Türken und Araber werden eins", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16. September 2011

AP Photo / Darko Vojinovic

Eingangsschild eines bosnisch-türkischen Clubs im serbischen Novi Pazar. Die Türkei sieht sich als Vermittlerin zwischen den Balkan-Staaten.

genen Erdöl-Pipeline von Baku, der Hauptstadt Aserbaidschans, zum türkischen Mittelmeerhafen Ceyhan bislang kaum Erfolge erzielen können.

Teils aus nationaler Interessenpolitik, teils infolge der sicherheitspolitischen Bindungen an das westliche Bündnis und die USA engagierte sich die Türkei in den 1990er-Jahren auch im Post-Jugoslawien-Konflikt und im Krieg der USA mit dem Irak. Sowohl aufgrund seiner EU-Ambitionen als auch seiner osmanischen Geschichte (große Teile des Balkans hatten bis 1912 zum osmanischen Herrschaftsgebiet gehört) betrachtet die Türkei die Balkanregion als „natürliches" Interessengebiet. Das führte 1992 auf türkische Initiative hin zur Gründung der Schwarzmeer-Wirtschaftskooperationszone, die seitdem allerdings eher ein politisches Schattendasein führt und auch mit ihren ambitionierten wirtschaftlichen Zielen nicht so recht vorankommt.

Politisch bedeutsamer war dagegen die türkische Beteiligung an den Nachfolgekriegen im auseinandergebrochenen Vielvölkerstaat Jugoslawien. Hier fügte sich Ankara nahtlos in die Politik und die militärischen Aktionen der westlichen Staaten unter Führung der USA, die den Schutz der Zivilbevölkerung und ethnischer Minderheiten zum Ziel hatten, ein, obgleich der in ihren Augen ungenügende Schutz muslimischer Bevölkerungsgruppen in Bosnien-Herzegowina oder dem Kosovo in der türkischen Öffentlichkeit teils heftige Unmutsäußerungen hervorrief. Ebenso beteiligt sich Ankara an den verschiedenen friedenssichernden Maßnahmen nach Beendigung der Kämpfe.

Ähnlich „bündnistreu" zeigte sich die Türkei im Zweiten Golfkrieg gegen den Irak 1991, mit dem die USA zwar die irakische Besetzung Kuweits beendeten, aber darauf verzichteten, das Regime von Diktator Saddam Hussein zu stürzen. Die Regierung Özal schloss die Öl-Pipelines aus dem Nordirak und unterstützte die USA bei der Einrichtung einer Flugverbotszone nördlich des 36. Breitengrades, mit der nach Ende des Krieges die Kurden im Norden Iraks vor der Rache Saddams geschützt werden sollten.

Längerfristig schuf sich Ankara durch dieses erste militärische Engagement im arabischen Raum seit Beginn der Republik allerdings mehr Probleme als Vorteile. Die instabile Lage im nordirakischen Kurdengebiet wurde von der PKK genutzt, um ihre gegen die Türkei gerichteten Gewaltaktionen von dort aus zu führen und dieses Gebiet als Rückzugsraum zu nutzen. Zwar unternahm die Türkei im Laufe der 1990er-Jahre wiederholt umfangreiche Militäraktionen gegen die PKK im Nordirak, die sogar die längere Besetzung irakischen Territoriums im Grenzgebiet zur Türkei einschlossen. Doch brachte das für Ankara auch immer wieder politische Probleme sowohl mit den Führungen der beiden dominanten kurdischen Parteien im Nordirak als auch mit der Zentralregierung in Bagdad mit sich. Die Lage verbesserte sich erst, als es 1999 gelang, den PKK-Führer Abdullah Öcalan durch ein türkisches Kommando in Kenia festzunehmen.

Die „neue" Außenpolitik in der AKP-Ära

Die Öffnung der türkischen Außenpolitik und die Abkehr von der einseitigen Fixierung auf „den Westen" wurde dann unter der Ägide der AKP-Regierungen nach 2002 zum Programm erklärt. Dahinter steht das von Außenminister Davutoğlu entwickelte Konzept der „Strategischen Tiefe". Darin wird die Identität der Türkei aufgrund ihrer geografischen Lage und ihres religiös-kulturellen Erbes nicht mehr als nur „westlich" beschrieben. Diese geografischen und historisch-kulturellen Faktoren verleihen ihr laut Davutoğlu eine multiple Identität als europäisches, asiatisches und nah-/mittelöstliches Land mit zentralasiatischen und afrikanischen Einsprengseln. Folglich kennt seine neue Außenpolitik auch keine absoluten Vorzugspartner mehr, ohne aber deswegen bestehende Beziehungen in Frage zu stellen. Dieses Konzept ist ein klarer Bruch mit der kemalistischen Tradition. Es beansprucht, den nationalen Interessen der Türkei unter den neuen Bedingungen des 21. Jahrhunderts besser zu entsprechen als jene.

picture alliance / Photoshot

Außenminister Ahmet Davutoğlu hat das Konzept der „Strategischen Tiefe" entwickelt.

AP Photo/Murat Cetinmuhurdar, Presidential Press Service, HO

Staatspräsident Gül (hinten rechts) besucht türkische Soldaten im Grenzgebiet zum Irak. Sie sollen Guerillaaktionen, die die PKK vom Nordirak aus unternimmt, verhindern.

Irak

In diesem Sinne ist Davutoğlus Konzept gleichzeitig neu und steht dennoch in der generellen Tradition türkischer Außenpolitik als Umsetzung des nationalen Interesses. So bekräftigte auch die AKP-Regierung die schon von ihrer Vorgängerin nach den Anschlägen des 11. September 2001 abgegebene Versicherung, dass radikaler, gewalttätiger Islam von der Türkei nicht akzeptiert und unterstützt werde. Das hinderte die Türkei aber nicht daran, im Frühjahr 2003 den USA die erbetene Unterstützung für den Einmarsch ihrer Streitkräfte in den Irak, an dem sich auch Großbritannien und andere Staaten beteiligten, zu versagen. Hier musste sich Ministerpräsident Erdoğan der öffentlichen Meinung in der Türkei beugen, zumal auch die Militärführung deutliche Zurückhaltung an den Tag legte. Das türkisch-amerikanische Verhältnis wurde durch diese Haltung Ankaras erheblich beschädigt. Gleichzeitig wuchs das Ansehen Ankaras in weiten Teilen der arabischen Welt. Das Bild des „getreuen Dieners" amerikanischer Mittelostpolitik begann zu verblassen.

Das Interesse, nach dem Ende des Regimes von Saddam Hussein zur Stabilität im Irak beizutragen, führte zu einer punktuellen Zusammenarbeit mit dem Iran und Syrien als den beiden anderen wichtigen irakischen Nachbarstaaten. Hier ging es Ankara vor allem darum, ein Übergreifen der kurdischen Autonomiebestrebungen im Nordirak auf die eigene Kurdenregion zu verhindern. Daher unterstützte die Türkei die Bestrebungen der irakischen Zentralregierung in Bagdad zur Wahrung der nationalen Integrität Iraks. Als die US-Regierung ankündigte, ihre Truppen bis Ende 2011 aus dem Irak abzuziehen, begann Ankara, seine Beziehungen zur Kurdischen Regionalregierung im nordirakischen Erbil zu intensivieren, um auch auf diesen wichtigen innerirakischen Akteur einen gewissen Einfluss zu bekommen.

Die verbesserten Beziehungen führten nicht nur zu einer erheblichen Ausweitung der grenzüberschreitenden Wirt-

Ein neues Schengen in Nahost

In ihren Freitagsreden halten türkische Regierungspolitiker zwar noch an dem Ziel eines EU-Beitritts fest, doch die Verve, mit der die Türkei dieses Vorhaben in früheren Jahren verfolgte, ist dahin. Das Projekt Europa hat Konkurrenz bekommen in den außenpolitischen Planspielen des Landes. Die Öffnung der Türkei zu ihren Nachbarn im Süden und im Osten, mit denen sie seit osmanischen Zeiten in schwieriger Nähe verbunden ist, kann niemand übersehen. Manche Vordenker in Ankara und Istanbul sehen am Horizont bereits ein Gegenprojekt zur EU heraufziehen – eine Art Nahost-Union unter türkischer Führung. Sie treten für eine gemeinsame Wirtschaftszone ein, deren Mitglieder sich auch politisch abstimmen, wenn auch nicht so eng und institutionell verflochten wie die Europäer. Von einer gemeinsamen Währung ist bisher nicht die Rede.

Bescheidene Anfänge zur Annäherung sind gemacht. Die Türkei hat in den vergangenen Jahren Dutzende politische und wirtschaftliche Vereinbarungen mit ihren südöstlichen Nachbarstaaten getroffen, mit Syrien vor allem, aber auch mit Jordanien, dem Libanon und dem Irak. Bei einer Reise nach Jordanien im Dezember 2009 unterzeichnete der türkische Staatspräsident Abdullah Gül ein Freihandelsabkommen. Zwischen der Türkei und dem Libanon wurde eine solche Vereinbarung im November vergangenen Jahres abgeschlossen. Das türkisch-syrische Freihandelsabkommen trat schon 2007 in Kraft, woraufhin Ankara und Damaskus zwei Jahre später auch noch die Visumpflicht für Besuche im jeweils anderen Staat aufhoben. Die Weiterentwicklung dieser Abkommen – eine immer engere wirtschaftliche Verzahnung, der freie Verkehr von Waren und Dienstleistungen sowie die allgemeine Reisefreiheit zwischen den Staaten der Region – ist bisher zwar nur eine kühne Idee, hat aber schon einen Namen: Şamgen (gesprochen Schamgen) wird das Projekt immer häufiger genannt, in eindeutiger und zugleich recht unbeholfener Anlehnung an den Namen jenes luxemburgischen Dorfes im Grenzgebiet zu Deutschland und Frankreich, aus dem das grenzenlose Kerneuropa hervorging. Şam ist der historische arabische Name für die Levante mit Damaskus und Syrien als kulturellem Zentrum. Es war kein Geringerer als der türkische Ministerpräsident Erdoğan, der dem bemühten Wortspiel im Oktober 2009 in einem Interview mit dem Fernsehsender Al Arabija zum Durchbruch verhalf: „Sie haben Schengen-Visa in der Europäischen Union, also haben

picture alliance / abaca

Die „Mavi Marmara" versucht im Mai 2010, die Blockade des Gazastreifens zu durchbrechen, was das türkisch-israelische Verhältnis belastet.

schaftsbeziehungen, die die Türkei zum wichtigsten Wirtschaftsfaktor im Nordirak machte, sondern auch zur Schwächung der Position der PKK, die in den dortigen Kandil-Bergen ihr Hauptquartier für ihre anhaltenden Guerillaaktionen im türkischen Südosten eingerichtet hatte. Dennoch ist unklar, wie groß der Einfluss Ankaras auf die innere Entwicklung des Iraks tatsächlich ist. Damit bleibt auch die Frage offen, ob die sorgfältige Balancepolitik gegenüber dem südlichen Nachbarn die türkischen Sicherheitsinteressen längerfristig sichern kann.

Israel und Naher Osten

Doch nicht nur im Irak hat sich die Türkei unter der AKP im Mittleren und Nahen Osten engagiert. Gemäß dem von Außenminister Davutoğlu propagierten Grundsatz der „Null Probleme mit Nachbarländern" wurden auch die Beziehungen zu Syrien, dem Libanon, Iran und – anfänglich – selbst Israel verbessert. Ankara engagierte sich in verschiedenen Konflikten als Vermittler, so zwischen Israel und Syrien, zwischen verschiedenen Fraktionen im Libanon und selbst zwischen Israel und den Palästinensern. Doch blieben diese Bemühungen weitgehend erfolglos. Insbesondere nachdem Israel im Januar 2009 das Hamas-Regime im Gazastreifen angriff, änderte sich die Stimmung in der Türkei und bei Ministerpräsident Erdoğan. Seitdem zählt die AKP-Regierung zu den schärfsten Kritikern der israelischen Politik und wird von Jerusalem dem Lager der Feinde Israels zugerechnet.

Die Türkei und der „Arabische Frühling"

Die zahlreichen Aktivitäten in der Region haben das Ansehen der Türkei und besonders das ihres Ministerpräsidenten in weiten Teilen der arabischen Öffentlichkeit enorm gesteigert. Für viele wurde die Türkei zu einem nachahmenswerten Vorbild. Offen ist allerdings, wie sich die Stellung Ankaras in der Region im Gefolge der „arabischen Umbrüche" des Jahres 2011 entwickelt. Die AKP-Regierung wurde von den Volksbewegungen genauso unvorbereitet getroffen wie die USA oder die europäischen Staaten. Auch die Türkei hatte ihre Beziehungen hauptsächlich zu den autokratischen Führungen der arabischen Staaten gepflogen, die von den Volksbewegungen aus dem Amt gejagt wurden. Sie brauchte daher einige Zeit, um ihre Außenpolitik entsprechend anzupassen, zumal zum Beispiel in Libyen tausende türkische Gastarbeiter lebten, die dort im Auftrag türkischer Bauunternehmen tätig waren.

Letztlich aber fand die AKP zu einer Haltung, der zufolge in allen Ländern der Wille des Volkes zur Leitschnur für die politische Neugestaltung gemacht werden soll. Selbst der syrische Staatschef Baschar al-Assad, zu dessen Regime die AKP seit 2008 sich kontinuierlich verbessernde

wir uns entschlossen, Şamgen-Visa zu schaffen", verkündete der türkische Regierungschef. Im April dieses Jahres, unter dem Eindruck des Umbruchs in der arabischen Welt, legte Erdoğan nach und versprach, sein Land werde „die künstlichen Grenzen und Mauern" zwischen der Türkei und den Völkern des Nahen Ostens niederreißen. [...] Als Wunschdatum für die institutionelle Vollendung einer Nahost-Union wird in der Türkei oft das Jahr 2023 genannt, das hundertste Jubiläum der Gründung der Türkischen Republik. Spätestens dann, so eine oft zu hörende Ansicht, dürfe es keine Grenzen mehr geben zwischen Amman und Ankara, Beirut und Istanbul. Für die Vorstellung, Syrien, Jordanien, der Libanon, die Türkei und weitere Staaten der Region, etwa Ägypten und eines Tages vielleicht sogar Iran, könnten einst in einem neuen „Vertrag von Damaskus" den Abbau aller Grenzkontrollen vereinbaren, ist derzeit allerdings noch eine ausgeprägte Phantasie nötig.

Wirtschaftlich hat das Zusammenwachsen der Region jedoch bereits begonnen. [...] Nationalbankchef Durmuş Yilmaz will den wirtschaftsliberalen Kurs ausgedehnt sehen auf ein Gebiet „zwischen dem Persischen Golf, dem Roten Meer und dem Mittelmeer". Er rechnete vor, dass es sich für die Türkei lohne, ihre Aufmerksamkeit von dem auf hohem Niveau stagnierenden, künftig womöglich sogar schrumpfenden europäischen Markt abzuwenden und dem Süden noch mehr Aufmerksamkeit zu widmen als bisher. Laut Angaben der Nationalbank gehen von einst 56 inzwischen nur noch 46 Prozent der türkischen Ausfuhren in europäische Staaten, während der Anteil von Exporten in Mitgliedstaaten der Islamischen Konferenz von 13 auf 29 Prozent gestiegen sei. Europa ist damit zwar immer noch der mit Abstand wichtigste Wirtschaftspartner der Türkei, jedoch bei sinkender Bedeutung. Viele türkische Ökonomen geben sich sicher, dass sich diese Tendenz fortsetzen werde.

Auch deshalb ist Ankara auf Fortschritte bei der weiteren Annäherung an die südöstlichen Nachbarn erpicht. [...] Im Grunde steht der sich anbahnende Prozess, vor allem die gegenseitige Aufhebung der Visumpflicht mit Staaten wie Syrien, im Gegensatz zu den Verpflichtungen, die der Türkei aus einem Beitritt zur EU erwüchsen. Da sich in der AKP jedoch ohnehin kaum noch ein maßgeblicher Politiker ernsthaft an einer EU-Mitgliedschaft der Türkei interessiert zeigt, fällt dieser Gegensatz aus türkischer Sicht allerdings kaum ins Gewicht.

Michael Martens, „Schamgen statt Schengen", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5. Oktober 2011

AP Photo / Hamine Landoulsi

Während seiner Reise durch Ägypten, Libyen und Tunesien lässt sich Erdoğan – hier in einem Suq in Tunis im September 2011 – enthusiastisch feiern.

AP Photo / Murad Sezer

Flüssiggas-Import-Terminal des staatlichen Energieunternehmens BOTAŞ nahe der Stadt Tekirdağ. Sein bisher größtes Projekt, die Baku-Ceyhan-Pipeline, intensiviert die Energiebeziehungen mit Aserbaidschan.

Beziehungen aufgebaut hatte, was unter anderem in der gegenseitigen Aufhebung der Visumpflicht für ihre Bürger zum Ausdruck kam, musste sich heftige türkische Kritik an seinem brutalen Vorgehen gegen die politische Protestbewegung gefallen lassen. Es bleibt jedoch abzuwarten, ob und wie weit sich die in europäischen und zum Teil auch türkischen Kreisen diskutierte Ansicht bewahrheitet, dass der AKP-Türkei eine Vorbild- oder Modellrolle beim Aufbau demokratischer Systeme in den „neuen" arabischen Gesellschaften zukommen wird. In jedem Fall will die AKP diese Chance nutzen, wie sich im Sommer 2011 zeigte, als Ministerpräsident Erdoğan auf einer Rundreise durch Ägypten, Libyen und Tunesien von der dortigen Bevölkerung als Vertreter eines modernen muslimischen Staates enthusiastisch gefeiert wurde.

Kaukasusregion und Russland

Doch nicht nur in der arabischen Welt steht die AKP-Außenpolitik der „Null Probleme mit Nachbarn" vor großen Herausforderungen. Auch in der Kaukasusregion wird sie mit einer höchst komplexen Problemlage konfrontiert, für deren Bewältigung sie nur unzureichende Mittel besitzt. Die Regierung Erdoğan versucht in der Region einen schwierigen Balanceakt zwischen ihren verschiedenen und nicht immer widerspruchsfreien regionalen Interessen. Das größte Problem bereitet ihr, die Balance zwischen ihren Beziehungen zu Aserbaidschan und Armenien zu halten. Mit Aserbaidschan verbinden die Türkei eine enge ethnische Verwandtschaft und die Energiebeziehungen über die Ölpipeline Baku-Ceyhan. Beides bewirkt eine starke Solidarität mit Baku im armenisch-aserbaidschanischen Konflikt über Bergkarabach, eine mehrheitlich von Armeniern bewohnte Region im Südosten des Kleinen Kaukasus, die zwar völkerrechtlich zu Aserbaidschan gehört, aber mit massiver Unterstützung Armeniens seit 1994 de facto selbstständig ist. Das Verhältnis der Türkei zu Armenien ist wegen des Vorwurfs des Völkermords durch das Osmanische Reich an den Armeniern im Jahre 1915 schwer belastet. Dabei ist beiden Ländern an einer Normalisierung ihrer Beziehungen sehr gelegen, weil dadurch die Stabilität in der fragilen Kaukasusregion deutlich erhöht würde, was vor allem mit Blick auf seine Energiepolitik im Interesse Ankaras ist. Doch kann die Türkei dies kaum aus eigener Kraft erreichen. Sie ist hier zu einem guten Teil auf die politische Unterstützung der USA angewiesen, deren regionalpolitische Interessen weitgehend mit denen der Türkei übereinstimmen.

Mit größerer Zurückhaltung wird in Washington dagegen die Entwicklung der türkischen Beziehungen zu Russland und Iran gesehen. Das hoch antagonistische Verhältnis zu Moskau in der Zeit des Kalten Krieges hat sich unter der AKP-Ägide mittlerweile zu einer „strategischen Partnerschaft" gewandelt. Inhaltlich konzentrieren sich die Beziehungen auf den Wirtschaftssektor und hier vor allem auf den Energiebereich. Die hohe Lieferabhängigkeit von russischem Erdgas wurde schon erwähnt. Dennoch haben beide Länder nach 2009 Abkommen über weitere Energie-Großprojekte abgeschlossen. So hat die Regierung Erdoğan unter anderem den Auftrag für den Bau und den Betrieb des ersten türkischen Atomkraftwerks bei der südtürkischen Stadt Akkuyu an die russische Firma Rosatom vergeben. All diese Pläne sind Ende 2011 aber noch nicht im Stadium der Ausführung angelangt.

Photo / Vahid Salemi

Außenminister Davutoğlu (l.) und Irans Staatspräsident Mahmud Ahmadinedschad (r.) im Juli 2011. Das Verhältnis beider Länder ist ambivalent.

picture alliance / landov

International hat die Türkei an Gewicht gewonnen. Auf dem G-20-Gipfel 2010 in Südkorea unterhält sich Premier Erdoğan mit US-Präsident Obama.

Iran

Ähnlich wie Ankaras Israel-Politik sorgt auch die Politik gegenüber dem iranischen Nachbarn für Irritationen in den westlichen Hauptstädten. Beide Länder führen als große Staaten in der mittelöstlichen Region seit Jahrhunderten eine Politik normaler nachbarschaftlicher Beziehungen, die aber immer auch von unterschwelliger machtpolitischer Rivalität gekennzeichnet waren. Auch nach der schiitischen Revolution in Teheran bemühte sich Ankara trotz aller ideologischen Unterschiede um einen normalen Umgang mit dem Mullah-Regime. Das gegenseitige Interesse an wirtschaftlichem Austausch und beiderseitige Probleme mit der jeweiligen kurdischen Minderheit führten Teheran und Ankara vor allem unter den AKP-Regierungen näher zusammen.

Damit geriet die Türkei jedoch bei ihren amerikanischen und europäischen Verbündeten öfters in ein schiefes Licht. Insbesondere die iranische Atompolitik und Teherans Unterstützung mittelöstlicher Terrororganisationen wie Hamas und Hisbollah führten zu Irritationen. Ankara war nicht bereit, sich der Politik seiner Verbündeten anzuschließen, Iran durch starken internationalen Druck, der bis hin zu öffentlichen Spekulationen über die Möglichkeit einer Militärintervention reichte, zum Verzicht auf die Anreicherung von Uran zu bewegen. Ebenso wenig konnte es sich zu einer klaren Verurteilung von Teherans Unterstützung der hauptsächlich gegen Israel agierenden Terrororganisationen durchringen.

Auf der anderen Seite weckte Erdoğans offenkundiges Streben nach größerem türkischen Einfluss in der Region nach den Umwälzungen des „Arabischen Frühlings" in Teheran wieder regionalpolitische Rivalitätsreflexe, zumal Ankaras Erlaubnis für die Aufstellung einer Radarstation des (gegen Teheran gerichteten) NATO-Raketenabwehrschirms ebenso wie die harsche Abkehr vom syrischen Assad-Regime bei der iranischen Führung offenes Missfallen hervorrief. Die türkisch-iranischen Beziehungen haben auch unter der AKP noch keine neue Qualität gewonnen.

Globale Interessen

„Strategische Tiefe" bildet jedoch nicht nur die konzeptionelle Grundlage für deutlich verstärkte außenpolitische Aktivitäten der Türkei in ihrer unmittelbaren regionalen Nachbarschaft. Sie leitet gleichermaßen das Bestreben, den Status der Türkei als einer wichtigen Akteurin im globalen internationalen Kontext zu verdeutlichen. Die Türkei konnte in der Periode 2009/2010 einen Sitz als nichtständiges Mitglied im VN-Sicherheitsrat erringen und hat seit 2005 ihre Rolle in der OIK durch die Wahl des bekannten Wissenschaftshistorikers Ekmeleddin İhsanoğlu zum Generalsekretär dieser 57 Staaten umfassenden Organisation gestärkt. Wichtiger noch ist die Mitgliedschaft in der G-20, die auch international der Anerkennung als Schwellenland und Mitgestalter der internationalen Ordnung im 21. Jahrhundert gleichkommt.

Der gewachsene türkische Anspruch nach internationaler Mitgestaltung findet auch in der Intensivierung der Beziehungen zu anderen Schwellenländern seinen Ausdruck. Dies gilt besonders für China und Indien, aber auch für den afrikanischen Kontinent. China und Indien werden als die künftigen Machtzentren Asiens gesehen und bilden willkommene neue riesige Märkte für die türkische Industrie, die immer auf der Suche nach Absatzchancen jenseits ihrer etablierten Wirtschaftsbeziehungen zum OECD-Raum ist. Auch wenn diese Bemühungen um Vergrößerung des internationalen Status und Spielraums der Türkei noch in ihren Anfängen stehen, zeigen sie doch deutlich, dass unter der AKP-Regierung die kemalistische vorrangige Fixierung auf den Westen geschwunden ist und einem neuen außenpolitischen Selbstbewusstsein Platz gemacht hat. In ihren Grundzügen wird diese neue Außenpolitik sowohl in allen Gruppen der politischen Elite als auch in der türkischen Öffentlichkeit akzeptiert.

Gustavo Alabiso

Eine um den türkischen Mondstern ergänzte Europaflagge auf der Plane eines türkischen LKWs. Seit 2005 verhandelt die Türkei über einen EU-Beitritt, ...

picture alliance / abaca

... doch Frankreichs Staatspräsident Sarkozy (l.) und Bundeskanzlerin Merkel – hier im Gespräch mit Premier Erdoğan – bleiben zurückhaltend.

Perspektiven des EU-Beitritts

Von diesem neuen türkischen Selbstbewusstsein bleibt auch das Verhältnis zur EU nicht unberührt. Zwar besitzt die Türkei seit Dezember 1999 den Status einer Beitrittskandidatin, und seit Oktober 2005 wird offiziell über diesen Beitritt verhandelt. Doch sieht es nach über fünf Jahren Verhandlungen nicht danach aus, dass das Ziel in absehbarer Zeit, wenn überhaupt, erreicht werden kann. Auf beiden Seiten macht sich Ermüdung breit und bei den Türken zusätzlich Frust und Enttäuschung über die EU.

Das sah noch anders aus, als am 12. September 1963 in Ankara das Assoziierungsabkommen zwischen der damaligen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Türkei unterzeichnet wurde. Es hatte den Aufbau einer Zollunion zwischen beiden Seiten zum Ziel und sieht in seinem Artikel 28 vor, eine Mitgliedschaft der Türkei in der Gemeinschaft zu prüfen, wenn diese Zollunion erreicht wurde. Damit wurde seinerzeit eine politische Perspektive eröffnet, die von beiden Seiten gewollt und deshalb vertraglich fixiert wurde. Sie ist heute noch gültig, da das Assoziierungsabkommen nicht gekündigt und die Beitrittsperspektive seitens der EU-Mitgliedstaaten in der Folgezeit immer wieder ausdrücklich bestätigt wurde.

Dennoch unternahmen beide Seiten keine besonderen Anstrengungen, der Verwirklichung dieses Ziels rasch näher zu kommen. In der Türkei überwogen bald Befürchtungen, sie könnte in der wirtschaftlich überlegenen EWG (später EG – Europäische Gemeinschaft) nicht konkurrenzfähig sein, das Beitrittsinteresse. In der Gemeinschaft machten sich immer größere Bedenken breit, die immens große und unterentwickelte Türkei mit ihren innenpolitischen Instabilitäten der 1970er-Jahre zu integrieren. Der Militärputsch von 1980 brachte dann einen politisch motivierten Stillstand in den Beziehungen. Dieser hielt auch danach an, weil Griechenland nach seinem Beitritt zur EG 1981 wegen seiner bilateralen Konflikte mit der Türkei Fortschritte in der Assoziierung blockierte.

Was in den wenig dynamischen Jahren nach dem Beginn der Assoziation jedoch stets gleich blieb, war das hohe Interesse wichtiger EG-Mitglieder (Deutschland, Großbritannien und die Niederlande) an einer engen sicherheitspolitischen Bindung der Türkei an Europa. Deshalb leistete Deutschland der Türkei im Rahmen der NATO von 1964 bis 1995 Militärhilfe in Form von Ausrüstungs- und Waffenlieferungen in Höhe von mehreren Milliarden DM. Dieses sicherheitspolitische Interesse ließ angesichts der weltpolitischen Veränderungen des Jahres 1979 (Iran und Afghanistan) auch nach dem türkischen Militärputsch von 1980 einen totalen Abbruch der Assoziierung in den Augen der EG-Länder (und der USA) nicht ratsam erscheinen.

Nach dem vergeblichen Beitrittsantrag Özals von 1987 konzentrierte sich die politische Aufmerksamkeit in den 1990er-Jahren auf die Herbeiführung der Zollunion. Diese konnte entsprechend dem Zusatzprotokoll von 1972 zum Assoziierungsabkommen fristgerecht zum 1. Januar 1996 in Kraft treten. In Ankara keimten daraufhin wieder Hoffnungen auf einen baldigen Beitritt als letzten Schritt in der Assoziierung. Umso

größer war die Enttäuschung als – nicht zuletzt auf Betreiben Deutschlands – der Europäische Rat in Luxemburg im Dezember 1997 die Türkei explizit von der neuen Erweiterungsrunde ausnahm. Diese blieb auf zehn Länder in Mittel- und Osteuropa sowie auf die beiden Mittelmeerstaaten Zypern und Malta beschränkt. Die damit propagierte „Wiedervereinigung Europas" sollte weiterhin ohne die Türkei stattfinden.

Die Lage änderte sich jedoch nach dem Regierungswechsel in Deutschland im Herbst 1998. Die neue rot-grüne Bundesregierung erklärte sich bereit, die Türkei zum Kreis der Beitrittskandidaten zuzulassen. Als dann infolge der spontanen wechselseitigen Hilfen bei Erdbeben im Marmararaum und bei Athen auch Griechenland seine Vorbehalte fallen ließ, fasste der Europäische Rat, das Gremium der Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten, im Dezember 1999 in Helsinki einen entsprechenden Beschluss. Doch sollte es noch bis Dezember 2004 dauern und großer politischer Reformanstrengungen der seit 2002 amtierenden AKP-Regierung bedürfen, bis die EU-Mitglieder den Beginn der Beitrittsverhandlungen beschlossen.

Die Türkei hatte sich durch die Reformen zwar politisch so verändert wie seit der kemalistischen Revolution nicht mehr, doch wuchs parallel dazu in der EU-Öffentlichkeit der Widerstand gegen den Beitritt eines muslimischen Staates. Das Argument der ungenügenden Aufnahmefähigkeit der Union machte die Runde. Die Türkei wurde als zu fremd, zu groß und zu arm empfunden, um in die EU zu passen. Hinzu kam, dass konservative Kreise in der EU der Türkei schlicht eine „europäische Identität" absprachen, die zur Voraussetzung für eine reibungslose Mitgliedschaft erklärt wurde.

So standen die im Oktober 2005 begonnenen Beitrittsverhandlungen von Anfang an unter keinem guten Stern. Die Lage wurde vollends verfahren, als sich die gerade ins Amt gewählte deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) klar gegen einen Beitritt und für eine „privilegierte Partnerschaft" genannte Sonderbeziehung zwischen der Türkei und der EU aussprach und darin ab 2007 vom neuen französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy unterstützt wurde. Beide vermieden aber einen Abbruch der Verhandlungen. Das Risiko einer endgültigen Abwendung Ankaras von Europa und vom „Westen" wurde für zu groß gehalten, was auch die Führung der USA den EU-Staaten gegenüber immer wieder unterstrich. So entwickelt sich infolge der zunehmend selbstbewussten neuen türkischen Außenpolitik in der Nachbarschaft der EU – vom Balkan über die Schwarzmeer-Kaukasus-Region, den Nahen und Mittleren Osten bis nach Nordafrika – eher ein Nebeneinander denn ein gezieltes Miteinander von türkischer und EU-Politik.

Die Türkei tat ihrerseits auch nichts, um die Lage zu verbessern. Ministerpräsident Erdoğan war vielmehr zutiefst enttäuscht, dass die EU nicht in der Lage – aus türkischer Sicht: nicht willens – war, das große Entgegenkommen Ankaras in der Zypernfrage im Frühjahr 2004 (vgl. S. 53) entsprechend zu würdigen und nach dem Scheitern des Annan-Plans direkte Handelsbeziehungen mit Nordzypern aufzunehmen. Die Türkei weigerte sich deshalb, ihrer Verpflichtung nachzukommen und das Abkommen über die Zollunion mit der EU auch auf das Neumitglied Zypern auszudehnen. Türkische Häfen und Flughäfen blieben für zyprische Schiffe und Flugzeuge gesperrt.

Als Konsequenz fror die EU im Dezember 2006 acht der 35 Verhandlungskapitel ein, die in Beziehung zur Zollunion stehen. Nach 2007 erklärte Paris, dass es weitere fünf Kapitel nicht freigebe, da sie nur für Vollmitglieder relevant seien und die Türkei dies nach französischer Ansicht nicht werden soll. Weitere sechs Kapitel blockierte die Regierung Zyperns im Dezember 2009 aus Verärgerung über das Nichtstun der EU gegenüber der andauernden türkischen Verweigerung in Sachen Zollunion. Im Sommer 2011 standen somit noch drei Kapitel überhaupt für Verhandlungen offen. Diese konnten jedoch nicht beginnen, weil die Türkei aus Sicht der Europäischen Kommission die dafür notwendigen vorbereitenden Maßnahmen noch nicht ergriffen hatte.

Die Beitrittsverhandlungen befinden sich also in einer Sackgasse. Um dort wieder herauszukommen, müssten beide Seiten ihre Haltung grundsätzlich revidieren. Dafür aber sehen weder die EU-Staaten noch die Türkei einen überzeugenden Anlass. In der Türkei wächst mit der zunehmenden internationalen Bedeutung und der guten wirtschaftlichen Entwicklung die Meinung, auf die EU-Mitgliedschaft nicht unbedingt angewiesen zu sein. In Europa bleibt der öffentliche Widerstand gegen den Beitritt vor allem in konservativen Kreisen unverändert stark.

AP Photo

Die Beitrittsverhandlungen sind in einer Sackgasse, auch wenn die Türkei laut EU-Erweiterungskommissar Stefan Füle – hier mit dem türkischen Europaminister Egemen Bağış (r.) im Juli 2011 in Ankara – ein Schlüsselland für die EU ist.

Heinz Kramer

Herausforderungen im 21. Jahrhundert

Die Türkei ist bestrebt, ihren internationalen Status in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht zu festigen und auszubauen. Doch wird ihr das nur gelingen, wenn sie ihre inneren Probleme in den Griff bekommt.

Sabine Kleefisch, Bonn

Das Verhältnis von Säkularismus und Religion ist für die weitere Entwicklung der Türkei bedeutsam. Spiegelung der Kocatepe-Moschee in der Fassade eines Geschäftshauses in Ankara

Unabhängig vom Ausgang der Verhandlungen über einen EU-Beitritt wartet auf die Türkei eine Reihe großer Herausforderungen. Die Festigung und der Ausbau ihres internationalen Status werden mittelfristig vor allem durch innertürkische Probleme und weniger durch äußere Entwicklungen gefährdet. An erster Stelle steht die Notwendigkeit, mit sich ins Reine zu kommen. Die Türkei muss eine nationale Identität, das heißt ein tragfähiges Selbstbild, entwickeln, um die vielfältigen gesellschaftlichen und politischen Strömungen des Landes miteinander in Einklang zu bringen.

Dazu bedarf es eines gesellschaftlichen Kompromisses zwischen Türken und Kurden, in dem beide ihre jeweilige nationale Identität im Gesamtstaat angemessen gewürdigt und aufgehoben sehen. Dafür muss das der Republik zugrunde liegende Nationsverständnis von seiner kemalistischen Erblast befreit werden, ohne politischem Separatismus Raum zu geben. Türken und Kurden sind in über 80 Jahren Republikgeschichte trotz aller gegenseitigen Verwundungen in einem Maß miteinander verwachsen, dass eine forcierte Trennung nicht ohne erhebliche Verluste für beide Seiten und kaum gewaltfrei vorstellbar ist.

Die zweite große innere Herausforderung ist die Entwicklung eines zeitgemäßen Laizismus, in dem Religion auch als Ausdruck gesellschaftlicher Gegebenheiten gelebt werden kann und nicht ausschließlich unter staatlicher Kontrolle als strikte Privatangelegenheit betrachtet wird. Das Prinzip der Religionsfreiheit muss in einer modernen und so heterogenen Gesellschaft wie der türkischen zudem für religiöse Minderheiten gelten und auch die Ablehnung von Religion tolerieren und schützen. Staatliches und juristisches Verhalten hat sich an diesen Grundsätzen zu orientieren, ohne dabei die Belange der religiösen Traditionen der gesellschaftlichen Mehrheit zu vernachlässigen.

Ein neuer „Gesellschaftsvertrag", in dem Türken und Kurden, traditionelle Muslime und Laizisten einen von allen akzeptierten und vom Staat geschützten legitimen Platz in der Gesellschaft finden, ist die wesentliche Voraussetzung dafür, dass die Fortsetzung der positiven wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre nicht durch übermäßige politische Unruhen gefährdet wird. Gleichzeitig bildet er die Grundlage dafür, dass die Türkei jene innovativen Kräfte in ihrer Bevölkerung mobilisieren kann, auf die sie angewiesen ist, wenn sie ihre internationale wirtschaftliche und politische Stellung behalten und möglicherweise noch ausbauen will. Die Erarbeitung einer neuen Verfassung kann dabei nur ein erster Schritt sein. Sie hat nur dann eine positive Wirkung, wenn sie tatsächlich Ausdruck eines gesamtgesellschaftlichen Kompromisses ist, der in der Folge auch zu Änderungen in den Einstellungen und im Verhalten der Mehrheit der Bevölkerung, einschließlich der politischen, juristischen und militärischen Eliten, führt.

Zeittafel: Republik Türkei (1918-2011)

1918 Die Unterzeichnung des Waffenstillstands von Mudros am 30. Oktober beendet für das Osmanische Reich den Ersten Weltkrieg und besiegelt seine Niederlage.

1919 Griechische Truppen besetzen die Ägäisküste um Izmir.

Auf den Kongressen von Erzurum und Sivas wird der „Nationalpakt", das Grunddokument des nationalen Widerstandes gegen die europäischen Siegermächte, verabschiedet.

1920 Am 23. April tritt in Ankara die Große Nationalversammlung der Türkei zusammen; Mustafa Kemal wird ihr erster Vorsitzender.

Am 10. August wird im Friedensvertrag von Sèvres die Aufteilung Anatoliens unter die alliierten Siegermächte beschlossen.

1922 Sieg der türkischen Armee über die griechischen Invasionstruppen.

1923 Am 24. Juli wird der Vertrag von Lausanne unterzeichnet; er revidiert den Vertrag von Sèvres und bringt die internationale Anerkennung der Türkei.

Am 9. September wird die Volkspartei gegründet, die 1924 in Republikanische Volkspartei (CHP) umbenannt wird; ihr Vorsitzender ist bis zu seinem Tode 1938 Mustafa Kemal.

Am 29. Oktober wird im Parlament in Ankara die Republik Türkei ausgerufen; Mustafa Kemal wird ihr erster Präsident.

1924 Die erste Verfassung der Republik wird am 20. April verabschiedet; das Kalifat wird abgeschafft und die osmanische Herrscherfamilie für alle Zeiten aus der Türkei verbannt.

1925-1929 Kemalistische „Kulturrevolution" durch Verbot religiöser Orden, Hutgesetz, Kalenderreform (1925); Abschaffung des islamischen Rechts und Übernahme europäischer Gesetze (1926); Abschaffung des Islam als Staatsreligion sowie Sprachreform (1928); Abschaffung des Religionsunterrichts (1929).

1931 Im Aufruf zu den Parlamentswahlen bezeichnet Mustafa Kemal seine Republikanische Volkspartei (CHP) als republikanisch, nationalistisch, volksverbunden, etatistisch, laizistisch und revolutionär (die sechs „kemalistischen Prinzipien").

1934 Gesetz über die Einführung von Familiennamen; Mustafa Kemal erhält den Namen Atatürk (Vater der Türken).

1936 In der Konvention von Montreux erhält die Türkei die volle Souveränität über die Meerengen (Dardanellen, Bosporus). Sie garantiert die freie Durchfahrt in Friedenszeiten.

1938 Am 10. November stirbt Atatürk im Dolmabahçe-Palast in Istanbul; İsmet İnönü wird sein Nachfolger als Parteivorsitzender und Präsident.

1939-1945 İnönü gelingt es durch eine geschickte Schaukelpolitik gegenüber den Kriegsparteien, die Türkei aus dem Zweiten Weltkrieg herauszuhalten. Erst 1945 wird auf Drängen der westlichen Alliierten dem Deutschen Reich der Krieg erklärt; die Türkei wird daraufhin Gründungsmitglied der Vereinten Nationen.

1947 Die Türkei erhält unter der Truman-Doktrin westliche Aufbauhilfe und gliedert sich in das westliche Bündnissystem gegen die Sowjetunion ein.

1949 Die Türkei wird Mitglied des Europarates.

1950 Die 1946 gegründete Demokratische Partei (DP) von Adnan Menderes gewinnt die Parlamentswahlen mit absoluter Mehrheit; Ende der Einparteienherrschaft der CHP; İnönü wird Oppositionsführer.

1950-1960 Die DP konsolidiert in den Wahlen von 1954 und 1957 ihre Vormachtstellung; die Eingliederung in den Westen wird 1952 mit dem Beitritt zur NATO und 1959 mit dem Antrag auf Assoziierung an die EWG vertieft; 1955 kommt es im Zuge der ersten Zypernkrise in Istanbul zu gewalttätigen Ausschreitungen gegen Griechen, die zu einem erneuten griechischen Exodus aus der Türkei führen; eine dramatische Verschlechterung der Wirtschaftslage und die zunehmende Unterdrückung kritischer Kräfte durch die DP-Regierung schüren gegen Ende des Jahrzehnts eine politische Missstimmung im Land.

1960 Am 27. Mai putschen Obristen der türkischen Armee gegen die Regierung und bilden unter General Cemal Gürsel eine Militärregierung. Menderes und zwei seiner Minister werden in einem Schauprozess zum Tode verurteilt; Staatspräsident Celâl Bayar, ein früherer Mitstreiter Atatürks, wird aufgrund seines hohen Alters begnadigt.

1961 Beginn der „zweiten Republik" durch die Verabschiedung einer neuen Verfassung am 9. Juli. Mit einem neuen Wahlgesetz (Verhältniswahlrecht) und neuen Institutionen (Verfassungsgericht, Hoher Richter- und Staatsanwälterat, Planungsbehörde) bringt sie einerseits eine Stärkung liberaler Demokratie, andererseits institutionalisiert sie durch die Schaffung des Nationalen Sicherheitsrates als Verfassungsorgan die Rolle der Streitkräfte.

1961-1971 Herausbildung eines pluralistischen Politik- und Parteienspektrums. Die als Nachfolgerin der DP im Februar 1961 gegründete Gerechtigkeitspartei (AP) unter Süleyman Demirel und die CHP unter İnönü sind die stärksten Gruppierungen im Mitte-Rechts- bzw. Mitte-Links-Lager. Mit der Partei der nationalistischen Bewegung (MHP) unter Führung von Alparslan Türkeş und der Partei der Nationalen Ordnung (MNP) unter Necmettin Erbakan entstehen 1969 bzw. 1970 zwei Parteien, die nationaltürkische und islamistische Gruppierungen repräsentieren. Die politische Pluralisierung verhindert stabile Regierungen und fördert politischen Radikalismus auf dem rechten und linken Flügel, in den Gewerkschaften und in der Studentenschaft.

1963/64 Scheitern der 1960 auf internationalen Konferenzen in Zürich und London als griechisch-türkischer Gemeinschaftsstaat gegründeten Republik Zypern. Beginn der faktischen Teilung in griechisch bzw. türkisch besiedelte Dörfer und Städte; Stationierung der VN-Friedenstruppe UNFICYP zur Wahrung der öffentlichen Ordnung.

1963 Am 12. September wird in Ankara das Assoziationsabkommen mit der EWG unterzeichnet; es tritt am 1. Dezember 1964 in Kraft.

1971 Ein Memorandum der Militärführung als Reaktion auf die zunehmende Handlungsunfähigkeit der AP-Regierung von Demirel bei wachsenden politischen Unruhen erzwingt dessen Rücktritt. Es folgt eine Reihe von überparteilichen Regierungen unter der Führung von „Experten" und am 20. September eine Verfassungsänderung, mit der „liberale Auswüchse" der Verfassung von 1961 beseitigt werden sollen.

1974-1980 In rascher Folge wechselnde Koalitionsregierungen unter der Führung des neuen CHP-Vorsitzenden Bülent Ecevit bzw. des AP-Chefs Demirel. Sie alle sind auf die Unterstützung entweder der islamistischen Nationalen Heilspartei (MSP, Nachfolgerin der verbotenen MNP) unter Erbakan oder auf die MHP von Türkeş angewiesen. Infolgedessen geht die Radikalisierung des öffentlichen Lebens weiter. Gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Linksextremisten und radikalen rechten (MHP-)Kräften nehmen Ende der 1970er-Jahre in einigen Gebieten der Türkei bürgerkriegsähnliche Zustände an und fordern zahlreiche Todesopfer. Die Wirtschaftslage verschlechtert sich rapide, und das Land steht ab 1979 vor dem Staatsbankrott, der nur durch eine internationale Hilfsaktion im Rahmen der OECD abgewendet werden kann.

1974 Im Juli/August besetzen türkische Truppen den Norden Zyperns; die endgültige Teilung der Insel nimmt ihren Anfang; griechische Zyprer werden aus dem Norden, türkische Zyprer aus dem Süden vertrieben. 1975 proklamieren die türkischen Zyprer im Norden einen eigenen Staat, der 1983 in Türkische Republik Nordzypern umbenannt und nur von der Türkei anerkannt wird.

1978 Gründung der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) als marxistische kurdische Untergrundorganisation unter Führung von Abdullah Öcalan; Hauptziel ist die Errichtung eines unabhängigen, marxistisch-leninistischen kurdischen Staates durch den Kampf gegen das kurdische Feudalsystem und seine Repräsentanten in der Türkei; vor der Verfolgung durch türkische Sicherheitskräfte flieht ihre Führung in den Libanon und nach Syrien und entgeht so den Folgen des Militärputsches.

Bei gewaltsamen Übergriffen rechtsradikaler Sunniten auf Aleviten in Kahramanmaraş kommen am 24. Dezember 117 Menschen ums Leben; am 26. Dezember wird daraufhin von der Regierung über 13 Provinzen der Ausnahmezustand verhängt.

1980 Am 12. September putschen die Streitkräfte unter Führung des Generalstabschefs Kenan Evren, lösen im Oktober 1981 alle Parteien auf und belegen zahlreiche Politiker mit einem Politikverbot. Im ganzen Land wird das Kriegsrecht verhängt. Der Nationale Sicherheitsrat, der aus den Chefs der Streitkräfte besteht, setzt eine Übergangsregierung unter Admiral i. R. Bülent Ulusu ein und bereitet eine neue Verfassung vor. Gleichzeitig werden zahlreiche Politiker, Journalisten und Intellektuelle, die des Links- oder Rechtsextremismus bezichtigt werden, verhaftet und zu teils längeren Freiheitsstrafen verurteilt. Viele Personen aus diesen Kreisen fliehen ins Ausland.

1982 Verabschiedung einer neuen, maßgeblich von der Militärjunta beeinflussten Verfassung, auf deren Grundlage politische Ordnung und Stabilität wiederhergestellt werden sollen. Geprägt ist sie von dem Gedanken, die Republik vor dem negativen Einfluss demokratischer Freiheiten zu schützen. Kenan Evren wird für sieben Jahre zum Staatspräsidenten gewählt.

1983 Mit den Parlamentswahlen vom 6. November erfolgt die Rückkehr zur zivilen Demokratie. Die absolute Mehrheit der Parlamentssitze gewinnt mit der Mutterlandspartei (AnaP) von Turgut Özal eine Partei, die in Opposition zu den Vorstellungen der Militärführung gegründet wurde und in sich bürgerlich-liberale und gemäßigt islamische Gruppierungen vereinigt. Neben einer vorsichtigen Demokratisierung verfolgt sie vor allem einen radikalen wirtschaftspolitischen Wandel durch eine weitgehende Öffnung der türkischen Wirtschaft zum Weltmarkt.

1984 Die AnaP gewinnt am 25. März die Kommunalwahlen. Zu diesen Wahlen zugelassen sind erstmals auch die Partei des rechten Weges (DYP), die sich als Nachfolgerin der AP versteht, und die Sozialdemokratische Partei (SoDeP), die von ehemaligen CHP-Politikern unter Führung von Erdal İnönü, dem Sohn İsmet İnönüs, gegründet wurde.

Im August beginnt die PKK durch Überfälle auf zwei Militärstationen im Südosten der Türkei ihren seitdem andauernden Kampf gegen den türkischen Staat, der in den 1990er-Jahren vorübergehend Formen eines „Bürgerkriegs auf niedrigem Niveau" annimmt.

1985 Das Kriegsrecht wird auf 17, meist im Südosten gelegene Provinzen beschränkt; in zwölf weiteren gilt ein Ausnahmerecht.

Im November gründet Rahşan Ecevit stellvertretend für ihren noch mit einem Politikverbot belegten Ehemann die Demokratische Linkspartei (DSP) als Konkurrenz zur SoDeP, die inzwischen in Sozialdemokratische Volkspartei (SHP) umgetauft wurde.

1987 Im Januar tritt ein Kopftuchverbot für Studentinnen in Kraft.

Im April beantragt die Regierung Özal den Beitritt der Türkei zur Europäischen Gemeinschaft (EG).

Im Juli wird in der ganzen Türkei das Kriegsrecht abgeschafft, doch bleibt in den Südostprovinzen das Ausnahmerecht in Kraft, für dessen Durchsetzung sogenannte Regionalgouverneure eingesetzt werden.

Im September wird in einer Volksabstimmung das Politikverbot für die „Altpolitiker" aufgehoben; Demirel, Ecevit, Erbakan und Türkeş übernehmen wieder den Vorsitz ihrer jeweiligen Parteien.

1989 Im Oktober wählt das Parlament Turgut Özal zum neuen Staatspräsidenten; Ministerpräsident und Vorsitzender der AnaP wird Yıldırım Akbulut.

1990 Im Februar legt die EG den türkischen Beitrittsantrag für unbestimmte Zeit auf Eis.

Im Herbst stellt Präsident Özal die Türkei ohne Einschränkungen an die Seite der Alliierten im Kampf gegen den irakischen Diktator Saddam Hussein und provoziert damit den Rücktritt des Verteidigungs- und des Außenministers sowie des Generalstabschefs.

1991 Demirels DYP gewinnt im Oktober die Parlamentswahlen und bildet eine Koalitionsregierung mit der SHP; Beginn einer bis 2002 andauernden Periode von kurzlebigen und ineffektiven Koalitionen.

1993 Im April stirbt überraschend Präsident Özal; Demirel wird neuer Staatspräsident und Tansu Çiller übernimmt die Führung der DYP und als erste Frau in der Geschichte der Republik das Amt des Ministerpräsidenten.

Ab dem Frühjahr verschärft das türkische Militär seinen Kampf gegen die PKK. In den folgenden Jahren kommt es immer wieder auch zu Militäroperationen im nordirakischen Kurdengebiet, das der PKK zunehmend als Rückzugsraum dient.

1994 Eine schwere Währungskrise und das anschließende Sparpaket der Regierung führen zu einer starken Rezession.

Im März gewinnt die islamistische Wohlfahrtspartei (RP) von Erbakan bei den Kommunalwahlen die Metropolen Istanbul und Ankara.

1995 Bei vorgezogenen Neuwahlen im Dezember wird die RP mit 21,4 Prozent der Stimmen stärkste Partei.

1996 Am 1. Januar tritt die Zollunion mit der EU in Kraft.

Nach dem Scheitern einer AnaP-DYP-Koalition bildet Tansu Çiller mit der RP eine Koalition; Necmettin Erbakan wird Regierungschef.

1997 Am 28. Februar beschließt der Nationale Sicherheitsrat ein Paket, das die Regierung zur Eindämmung islamistischer Umtriebe zwingen soll. Es wird von Erbakan jedoch weitgehend ignoriert. Im Juni stürzt die RP-DYP-Regierung nach Massenaustritten von DYP-Abgeordneten. Mesut Yılmaz führt eine „laizistische" AnaP-DSP-DTP-Koalition, um das Paket vom 28. Februar umzusetzen.

1998 Verbot der RP durch das Verfassungsgericht; als Nachfolgerin tritt die Tugendpartei (FP) mit Recai Kutan, einem Statthalter Erbakans, als Vorsitzendem an.

Im Oktober wird PKK-Führer Öcalan durch militärisch untermauerten Druck der Türkei auf die syrische Regierung zum Verlassen von Damaskus gezwungen und beginnt eine Odyssee durch verschiedene Länder. Sie endet im Februar 1999, als er beim Verlassen der griechischen Botschaft in Nairobi von türkischen Spezialeinheiten verhaftet wird.

1999 Die DSP wird bei Neuwahlen stärkste Partei, und Ecevit bildet mit der AnaP und der MHP eine Koalitionsregierung.

Am 29. Juni wird Abdullah Öcalan vom Staatssicherheitsgericht in Ankara zum Tode verurteilt. Das Urteil wird wegen Bedenken der EU nicht vollstreckt und 2002 nach der Abschaffung der Todesstrafe in eine lebenslange Haftstrafe, ohne die Möglichkeit einer Begnadigung, umgewandelt.

Im August erschüttert ein schweres Erdbeben die Region İzmit am Marmarameer. Die Naturkatastrophe löst eine Welle spontaner Hilfsbereitschaft in Griechenland aus; danach kommt es zu einer deutlichen Entspannung im bilateralen Verhältnis.

Im Dezember erklärt die EU die Türkei offiziell zur Beitrittskandidatin, mit der Verhandlungen über eine Mitgliedschaft beginnen könnten, wenn die dafür notwendigen Voraussetzungen erfüllt seien.

2000 Weil sich die Koalition nicht auf einen Kandidaten aus ihren Reihen einigen kann, wird im Mai der ehemalige Präsident des Verfassungsgerichts Ahmet Necdet Sezer zum Staatspräsidenten gewählt; er profiliert sich nach den Wahlen von 2002 als der stärkste institutionelle Gegenspieler der AKP-Regierung; häufig lehnt er Kandidaten ab, die von der Partei für Ministerposten vorgeschlagen werden.

2001 Schwere Finanzkrise, die nur mit Hilfe eines umfassenden Beistandsprogramms des Internationalen Währungsfonds (IWF) unter der Führung des ehemaligen Weltbank-Vizepräsidenten Kemal Derviş überwunden werden kann. Derviş bringt ein auf weitreichende wirtschaftliche Stukturreformen zielendes Programm mit dem Titel „Für eine starke türkische Wirtschaft" auf den Weg. Unter den Folgen der Rezession leiden weite Teile der Bevölkerung.

Im Oktober werden 24 Artikel der Verfassung von 1982 liberalisiert; der Spielraum für freie Meinungsäußerung und politische Betätigung wird erweitert. Außerdem wird das türkische Zivilgesetzbuch weitgehend an europäische Standards angepasst, was zu einer deutlichen Verbesserung der Rechtsstellung der Frauen führt.

2002 Auf seiner letzten Sitzung vor der vorgezogenen Auflösung beschließt das Parlament Anfang August ein liberalisierendes Reformpaket, mit dem unter anderem die Todesstrafe abgeschafft und der Gebrauch der kurdischen Sprache legalisiert wird.

Bei den Parlamentswahlen am 3. November wird die Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP), die erst 2001 neben der islamistischen Partei der Glückseligkeit (SP) aus der verbotenen Tugendpartei hervorgegangen war, überlegene Siegerin. Neben ihr kann nur noch die CHP unter Führung von Deniz Baykal die Zehnprozenthürde überwinden. Der Parteivorsitzende Recep Tayyip Erdoğan übernimmt im März 2003 das Amt des Ministerpräsidenten.

2003-2005 Die AKP-Regierung verabschiedet eine Reihe von liberalisierenden Reformpaketen, mit denen die Bedingungen der EU für den Beginn der Beitrittsverhandlungen erfüllt werden sollen. Dazu gehört auch die Verabschiedung eines neuen Strafrechts. Die andauernde Umsetzung des Wirtschaftsreformprogramms von 2001 führt zusammen mit der positiven weltwirtschaftlichen Entwicklung zu einer deutlichen Verbesserung der Wirtschaftslage.

2003 Nach längeren Verhandlungen verweigert die Türkei im März den USA die Erlaubnis, im Krieg gegen das irakische Regime von Saddam Hussein Truppen durch den türkischen Südosten in den Nordirak zu bringen. Die türkisch-amerikanischen Beziehungen werden dadurch erheblich belastet. Ankara wird nach der Niederlage Saddams von den unter US-Führung stattfindenden Bemühungen um einen politischen Neuaufbau des Nachbarlandes ausgeschlossen und muss hinnehmen, dass sich im Nordirak ein weitgehend autonomes kurdisches Staatswesen unter amerikanischem Protektorat entwickelt.

2004 Am 24. April scheitert der Annan-Plan zur Lösung des Zypernproblems in einer Volksabstimmung an der griechisch-zyprischen Ablehnung; Zypern wird dennoch als geteilte Insel am 1. Mai Mitglied der EU.

Im Dezember beschließt der Europäische Rat in Brüssel den Beginn von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei ab Oktober 2005.

2005 Aufflammen nationalistischer Unruhen in der Türkei, die sich gegen Kurden und andere „Feinde der Republik" richten. Die AKP-Regierung hält sich stark zurück. In der Folgezeit kommt es zu spektakulären Prozessen gegen den späteren Literatur-Nobelpreisträger Orhan Pamuk und den türkisch-armenischen Journalisten Hrant Dink wegen „Verunglimpfung des Türkentums". Im nationalistisch aufgeheizten öffentlichen Klima fällt Dink am 7. Januar 2007 einem Mordanschlag zum Opfer.

2007 Im Juni findet die Polizei bei einer Hausdurchsuchung im Istanbuler Stadtteil Ümraniye Handgranaten und Sprengstoff, die nationalistischen Kreisen zugeordnet werden. Dies ist der Beginn weiterer Untersuchungen und eines seit Juli 2008 laufenden Strafverfahrens gegen eine nationalistische Gruppe namens „Ergenekon", der Aktivitäten zum Sturz der AKP-Regierung vorgeworfen werden.

Im Frühjahr organisieren ultra-kemalistische Organisationen in verschiedenen türkischen Großstädten Massenproteste gegen die AKP-Regierung, der die Abschaffung des Laizismus unterstellt wird.

Am 27. April droht der Generalstab in einer auf seiner Internetseite veröffentlichten Erklärung mit „Maßnahmen" für den Fall, dass AKP-Außenminister Abdullah Gül zum Staatspräsidenten gewählt wird. Anfang Mai verhindert das Verfassungsgericht die Wahl mit einem formalen Argument. Nach dem großen Erfolg der AKP bei den vorgezogenen Neuwahlen am 22. Juli wird Gül dann am 28. August im Parlament mit der erforderlichen Mehrheit zum ersten nicht-kemalistischen Staatspräsidenten der Republik gewählt.

In einer Volksabstimmung wird am 21. Oktober die Wahl des Staatspräsidenten neu geregelt: Künftig wird er für fünf Jahre vom Volk direkt gewählt, eine einmalige Wiederwahl ist möglich.

2008 Die AKP wird am 30. Juli in einem Verbotsverfahren vor dem Verfassungsgericht als „Zentrum anti-laizistischer Bestrebungen" gekennzeichnet. Ein Verbot scheitert jedoch knapp am Fehlen der dafür notwendigen Stimmenmehrheit der Verfassungsrichter.

2009 Am 1. Mai wird Ahmet Davutoğlu, bisheriger außenpolitischer Chefberater des Ministerpräsidenten, zum Außenminister ernannt. Damit erhält der Architekt der „neuen AKP-Außenpolitik" die Chance, seine Vorstellungen von einer Politik der „Strategischen Tiefe", in der es „Null Probleme mit Nachbarn" geben soll, in die Praxis umzusetzen. Die Türkei entwickelt in der Folge verstärkte außenpolitische Aktivitäten in ihrer nah-/mittelöstlichen und kaspischen Nachbarschaft sowie in der Schwarzmeer-Region und auf dem Balkan. Die traditionellen Bindungen zu den USA und der EU werden aufrechterhalten, büßen aber ihre absolute Priorität ein.

2010 Deniz Baykal tritt nach einem Sex-Skandal als Vorsitzender der CHP zurück. Neuer Vorsitzender wird Kemal Kılıçdaroğlu, der die Partei von dem Ruf befreien will, aus Prinzip eine verbohrte, orthodox-kemalistische Oppositionshaltung zu betreiben.

Am 12. September nehmen die Türken in einem Referendum mit 57,9 Prozent der Stimmen die bislang weitestgehende Änderung der Verfassung von 1982 an; sie bringt neben einer weiteren Beschneidung der Rolle des Militärs eine Justizreform, die auch die Zusammensetzung des Verfassungsgerichts umfasst, eine Ausweitung der Gewerkschaftsrechte, die Einrichtung eines Ombudsmanns und die Aufhebung der strafrechtlichen Immunität der Mitglieder der Militärjunta von 1980.

2011 Die AKP legt bei den Parlamentswahlen am 22. Juli zum dritten Mal in Folge zu und wird mit 49,9 Prozent der Stimmen stärkste Partei vor der CHP (25,9) und der MHP (12,9). Die Regierung Erdoğan unternimmt mit Beginn der neuen Parlamentsperiode am 1. Oktober einen erneuten Versuch, die Verfassung von 1982 durch einen völlig neuen Text zu ersetzen, der von einer Kommission der im Parlament vertretenen Parteien ausgearbeitet werden soll.

Literaturhinweise

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb: Reihe Aus Politik und Zeitgeschichte (ApuZ): 50 Jahre Anwerbeabkommen mit der Türkei (APuZ 42/2011); Türkei (APuZ 39-40/2009); Türkei (APuZ 33-34/2004).

Als PDF unter www.bpb.de/apuz verfügbar.

Europäische Kommission, Regelmäßiger Bericht der Kommission über die Fortschritte der Türkei auf dem Weg zum Beitritt, Brüssel 1998 ff. (jährlicher Bericht über den Stand des Beitrittsprozesses).

Als Pdf im Internet unter http://ec.europa.eu/enlargement/press_corner/key-documents/reports_oct_2011_de.htm

Gottschlich, Jürgen / Zaptçıoğlu, Dilek: Das Kreuz mit den Werten. Über deutsche und türkische Leitkulturen, Hamburg 2005, 266 S.

Gürbey, Gülistan: Außenpolitik in defekten Demokratien. Gesellschaftliche Anforderungen und Entscheidungsprozesse in der Türkei 1983-1993, Frankfurt/New York 2005, 396 S.

Hale, William: Turkish Politics and the Military, London 1994, 369 S.

Hale, William: Turkish Foreign Policy 1774-2000, London 2002, 375 S.

Hanioğlu, M. Şükrü: A Brief History of the Late Ottoman Empire, Princeton 2008, 264 S.

Hermann, Rainer: Wohin geht die türkische Gesellschaft? Kulturkampf in der Türkei, München 2008, 315 S.

Kili, Suna: The Atatürk Revolution. A Paradigm of Modernization, Istanbul 2003, 506 S.

Kramer, Heinz / Reinkowski, Maurus: Die Türkei und Europa. Eine wechselhafte Beziehungsgeschichte, Stuttgart 2008, 213 S.

Kreiser, Klaus: Atatürk. Eine Biographie, München 2008, 336 S.

Kreiser, Klaus / Neumann, Christoph K.: Kleine Geschichte der Türkei (bpb-Schriftenreihe, Bd. 529), Stuttgart 2009, 518 S.

Leggewie, Claus (Hg.): Die Türkei und Europa. Die Positionen, Frankfurt 2004, 342 S.

Mango, Andrew: Atatürk. The Biography of the Founder of Modern Turkey, New York 2000, 666 S.

Moser, Brigitte / Weithmann, Michael: Landeskunde Türkei. Geschichte, Gesellschaft und Kultur, Hamburg 2008, 312 S.

Richter, Heinz A.: Geschichte der Insel Zypern, Bd. 1-4, Ruhpolding 2004 (560 S.), 2006 (665 S.), 2007 (644 S.) und 2009 (808 S.)

Rumpf, Christian: Einführung in das türkische Recht, München 2004, 470 S.

Sauter, Dieter: Türkisches Roulette. Die neuen Kräfte am Bosporus, München 2007, 254 S.

Schlötzer, Christiane: Das Mädchen mit dem falschen Namen. Türkische Tabus, Wien 2006, 176 S.

Schmidt, Rudolf: Die Türken, die Deutschen und Europa. Ein Beitrag zur Diskussion in Deutschland, Wiesbaden 2004, 156 S.

Seufert, Günter: Politischer Islam in der Türkei, Islamismus als symbolische Repräsentation einer sich modernisierenden muslimischen Gesellschaft, Istanbul/Stuttgart 1997, 598 S.

Seufert, Günter / Kubaseck, Christopher: Die Türkei: Politik, Geschichte, Kultur, 2. Aufl., München 2006, 240 S.

Steinbach, Udo: Geschichte der Türkei, 5. Aufl., München 2010, 128 S.

Steinbach, Udo (Hg.): Länderbericht Türkei (bpb-Schriftenreihe), Bonn 2012

Stewig, Reinhard: Entstehung der Industriegesellschaft in der Türkei, Teil 1 (349 S.), 2 (289 S.) und 3 (360 S.), Kiel 1998-2000 (Kieler Geographische Schriften, Bd. 96, 99 und 102)

Wendt, Christina: Wiedervereinigung oder Teilung? Warum das Zypernproblem nicht gelöst wird, Würzburg 2006, 338 S.

Thelen, Sibylle: Die Armenierfrage in der Türkei (bpb-Schriftenreihe, Bd. 1130), Berlin 2010, 94 S.

Zürcher, Erik Jan: Turkey. A Modern History, London 2010, 418 S.

Internetadessen

www.oecd.org
Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)

Die Internetseite der OECD bietet unter anderem Wirtschaftsdaten der Türkei, insbesondere im „Economic Survey Turkey 2010".

www.oiist.org
Orient-Institut Istanbul

Forschungen und Publikationen unter anderem zu osmanischer Geschichte, Migration und zur anhaltenden dynamischen Entwicklung der Region

www.bpb.de/themen
Unter dem Stichwort Europa ist ein Dossier zu „Türkei und EU"

www.tuik.gov.tr
Statistisches Amt der Türkei
Umfassende Daten zur Wirtschaft, insbesondere im „Statistical Yearbook"

www.destatis.de
Statistisches Bundesamt Deutschland
Auf der Internetseite des Statistischen Bundesamtes findet sich ein Länderprofil Türkei mit Daten zu Wirtschaft und Gesellschaft von 2011.

www.swp-berlin.org
Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)
Zahlreiche SWP-Papiere zur Türkei

Der Autor

Dr. Heinz Kramer war von 1973 bis 2010 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungsinstitut der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), zunächst in Ebenhausen, ab 2001 in Berlin. Seine wichtigsten Interessen- und Forschungsgebiete waren seit Anfang der 1980er Jahre „EU-Türkei-Beziehungen", „Türkische Außen- und Sicherheitspolitik" und „Politische Dimension der europäischen Integration".

Kontakt: akramerberlin@t-online.de

Impressum

Herausgeberin:
Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, Adenauerallee 86, 53113 Bonn,
Fax-Nr.: 02 28/99 515-309, Internetadresse: www.bpb.de
E-Mail: info@bpb.de

Redaktion:
Christine Hesse (verantwortlich/bpb), Jutta Klaeren, Cornelius Strobel (Volontär)

Redaktionelle Mitarbeit:
Nicole Alexander, Berlin; Till Baur, Sinzig; Christine Hesse, Bonn; Jutta Klaeren, Bonn; Cornelius Strobel, Bonn; Zerrin Kartal, Mannheim

Titelbild:
Momentaufnahme im Istanbuler Stadtteil Sultanahmet 2009 – Bildagentur Hamburg / Yvonne Schoenherr

Kartenteil:
Dr. Hans-Joachim Kämmer, Ingenieur- und Redaktionsbüro für Kartographie, 12109 Berlin

Umschlag-Rückseite:
KonzeptQuartier® GmbH, Melli-Beese-Straße 19, 90768 Fürth

Gesamtgestaltung:
KonzeptQuartier® GmbH, Art Direktion: Linda Spokojny, Melli-Beese-Straße 19, 90768 Fürth

Druck:
STARK Druck GmbH + Co. KG, 75181 Pforzheim

Vertrieb:
IBRo, Verbindungsstraße 1, 18184 Roggentin

Erscheinungsweise:
vierteljährlich.
ISSN 0046-9408, Auflage dieser Ausgabe: 650 000.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:
Dezember 2011

Text und Fotos sind urheberrechtlich geschützt. Der Text kann in Schulen zu Unterrichtszwecken vergütungsfrei vervielfältigt werden.

Der Umwelt zuliebe werden die Informationen zur politischen Bildung auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Anforderungen

bitte schriftlich an
Bundeszentrale für politische Bildung c/o IBRo,
Kastanienweg 1, 18184 Roggentin
Fax: 03 82 04/66-273 oder E-Mail: bpb@ibro.de

Absenderanschrift bitte in Druckschrift.

Abonnement-**Anmeldungen oder Änderungen** der Abonnementmodalitäten bitte melden an informationen@abo.bpb.de

Informationen über das weitere Angebot der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb erhalten Sie unter der links oben genannten bpb-Adresse.

Für telefonische Auskünfte **(bitte keine Bestellungen)** steht das Infotelefon der bpb unter Tel.: 02 28/99 515-115 von Montag bis Donnerstag zwischen 8.00 Uhr und 16.00 Uhr und freitags zwischen 8.00 Uhr und 15.00 Uhr zur Verfügung.